



SHAPING SYNODALITY IN EUROPE · WELS 2026

SYNODALITÄT IN EUROPA

*Erfahrungen aus Wels, kirchliche Blockaden und Perspektiven
gemeinsamer Verantwortung*

BERICHT ZUM ONLINE-FRAGEBOGEN DER TASK FORCE
UND ZU DEN TISCHGESPRÄCHEN BEIM SYMPOSIUM IN WELS

OKTOBER 2026



KATHOLISCHE
PRIVATUNIVERSITÄT
LINZ



CONSILIUM CONFIDENTIARUM
EPISCOPORUM
EUROPAE
CCEE

Synodalität in Europa

Der erste Teil ist die Zusammenfassung, wie sie auch gedruckt vorliegt. Der zweite Teil enthält den Bericht im Wortlaut; die Kernsätze sind farbig hervorgehoben.

DIE ZUSAMMENFASSUNG

DAS SYMPOSIUM

Von Noordwijkerhout 1967 bis Wels 2026	3
Die Tradition der Bischofssymposien	4
Wer in Wels am Tisch saß	5
Zwei Quellen, getrennt ausgewertet	6

WAS DIE AUSWERTUNG ZEIGT

Wo der Weg blockiert wird	7
Konfliktlinien und Dissense	8
Woran angeknüpft werden kann	9
Zwölf Themenfelder der Tischgespräche	10

PUZZLESTEINE EINER ROADMAP

Puzzlesteine einer Roadmap	12
----------------------------	----

VORSCHLAG ZUM ABSCHLUSS

Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit	19
--	----

VORSCHLÄGE

Was daraus folgen könnte	20
--------------------------	----

AUF DEM WEG ZUR EKKLESIALEN VERSAMMLUNG 2028

Was sich in Wels abzeichnet	21
Auf welcher Ebene die Vorschläge zu beraten wären	22

DER BERICHT IM WORTLAUT

Einleitung	25
Erster Teil · Wels als europäischer Raum kirchlicher Verständigung	27
Zweiter Teil · Der Fragebogen der Task Force: Blockaden und Zukunftserwartungen	32
Dritter Teil · Tischgespräche beim Symposium in Wels: Divergenzen und Schritte nach vorne	51
Vierter Teil · Ein subsidiäres Arbeitsprogramm für die europäische Ebene	71
Schlussbetrachtung · Eine Kirche, die Verantwortung gemeinsam trägt	86

Von Noordwijkerhout 1967 bis Wels 2026

190

Personen vor Ort

31

Länder

21

Tische

4

Sprachen

Zwischen 1967 und 1996 kamen die Bischöfe Europas zu neun Symposien zusammen; aus diesen Begegnungen ging 1971 der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen hervor. Es waren Studientagungen der Bischöfe, an denen auch Theologen sowie Vertreter der Priesterräte, des Laienforums und der Ordensleute teilnahmen. In den 1980er und 1990er Jahren deuteten die Bischöfe gemeinsam ihre Zeit. 1993 in Prag, nach dem Fall der Mauer, berieten in einem erweiterten Symposium Bischöfe mit Laien, Priestern und Ordensleuten; die Gruppen brachten ihre Sicht in eigenen Berichten ein. Vom 14. bis 17. September 2026 stand das Symposium „Shaping Synodality in Europe – From Vision to Roadmap“ im Bildungshaus Schloss Puchberg bei Wels in dieser Linie. In Wels saßen Bischöfe, Priester, Ordensleute, Theologinnen und Theologen, pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und engagierte Getaufte gemischt an denselben Tischen. Ein Europäisches Kirchenforum, wie es zum Abschluss vorgeschlagen wurde, könnte die Tradition der Symposien aufnehmen.

Veranstaltet wurde das Symposium von der Katholischen Privat-Universität Linz und der Europäischen Synodalen Task Force des CCEE, unter dem Patronat des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen. Gearbeitet wurde an 21 Tischen in Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch, nach der Methode des Gesprächs im Geist, die schon die Weltsynode geprägt hat. Jede Person spricht, die anderen hören zu; nach einer Zeit der Stille nehmen alle auf, was sie im Gesagten berührt hat, und benennen gemeinsam, was sich zeigt.

Das Symposium hat keine Beschlüsse gefasst. Es steht zwischen der Weltsynode und der Ekklesialen Versammlung 2028 und hat die Erfahrungen der Synode in einen weiten Kreis von Ortskirchen getragen. Seine Ergebnisse gehen an das Präsidium des CCEE und an alle Teilnehmenden.

DIESER BERICHT

Er stützt sich auf zwei Quellen, die getrennt ausgewertet werden, den Online-Fragebogen der Europäischen Synodalen Task Force an die Teilnehmenden des Symposiums und die Berichte aus den Tischgesprächen beim Symposium in Wels. Die folgenden Seiten bündeln das Wesentliche; der Bericht im Wortlaut steht im zweiten Teil.

Die Tradition der Symposien der europäischen Bischöfe

Die ersten Symposien galten der innerkirchlichen Erneuerung. In den 1980er und 1990er Jahren wurden sie zu Orten, an denen die Bischöfe Europas ihre Zeit gemeinsam deuteten.

ERNEUERUNG NACH DEM KONZIL

1967 NOORDWIJKERHOUT Postkonziliare diözesane Strukturen

1969 CHUR Dienst und Leben der Priester

1975 ROM Sendung des Bischofs im Dienste des Glaubens

1979 ROM Jugend und Glaube

DEUTUNG DER ZEIT

1982 ROM Die kollegiale Verantwortung der Bischöfe und Bischofskonferenzen Europas in der Evangelisierung des Kontinents

1985 ROM „Säkularisierung“ und Evangelisierung in Europa heute

1989 ROM Umgang des heutigen Menschen mit Geburt und Tod. Herausforderung für die Evangelisierung

1993 PRAG Das Evangelium leben in Freiheit und Solidarität

1996 ROM Religion als Privatsache und als öffentliche Angelegenheit

IN DIESER LINIE

2026 WELS Shaping Synodality in Europe. Bischöfe, Priester, Ordensleute, Theologinnen und Theologen und engagierte Getaufte an denselben Tischen

Vorschlag KIRCHENFORUM Ein Europäisches Kirchenforum zur Deutung der Zeichen der Zeit, alle zwei Jahre

Die Symposien rückten früh vom Säkularisierungsparadigma ab. An seine Stelle traten die Lebenserfahrungen der Menschen. „Evangelisierung bedeutet, dass die Kirche lernt und lehrt“, so Carlo Maria Martini 1989.

Nach Ivo Fürer, Die Entwicklung Europas fordert die Kirchen heraus. Die Tätigkeit des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CEE) von seiner Gründung 1971 bis 1996, Redaktion Margreth Küng, Einführung Paul M. Zulehner, Matthias-Grünewald-Verlag 2018. Die Titel sind die Themen der Symposien; die Gliederung in zwei Phasen folgt der Einführung von Paul M. Zulehner.

190 PERSONEN VOR ORT, DAVON 165 TEILNEHMENDE

139

von 165 Teilnehmenden waren nicht Mitglieder, Expertinnen, Experten oder Gäste der Synodenversammlungen in Rom.

■ nicht in Rom ■ in Rom (2023 und/oder 2024)

Bischöfe

21

8

13

Forschungsgruppe

18

15

3

Weitere Teilnehmende

126

116

10

Insgesamt

165

139

26

HERKUNFT DER TEILNEHMENDEN, 31 LÄNDER, 28 MITGLIEDER DES CCEE

Österreich	42 ●●●	Deutschland	18 ●●●	Ungarn	10
Belgien	8 ●	Schweiz	8 ●	England und Wales	7 ●
Tschechien	7 ●	Irland	6 ●	Litauen	5 ●
Ukraine	5 ●●	Frankreich	4 ●	Kyryll und Method	4 ●
Niederlande	4 ●	Nordische Länder	4	Portugal	4
Slowenien	4	Italien	3 ●	Luxemburg	3 ●
Rumänien	3	Schottland	3	Slowakei	3
Lettland	2	Polen	2	Albanien	1 ●
Bulgarien	1 ●	Heiliger Stuhl	1	Kroatien	1
Moldau	1	Zypern	1		

Zu den 190 Personen vor Ort zählen auch Organisation, Presse, Dolmetschdienst, Musik, Fahrdienst, Foto und Social Media. Abgleich mit den Teilnehmerlisten im Bollettino der Sala Stampa vom 7. Juli und 21. September 2023 und vom 16. September 2024. Ein Punkt ● steht für einen Bischof; Kyryll und Method umfasst Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und Kosovo; Nordische Länder umfasst Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden; Ukraine umfasst die römisch- und die griechisch-katholische Kirche. Die Tabelle nennt das Land oder die Kirche, aus der die Teilnehmenden kamen; sie gibt nicht an, ob eine Bischofskonferenz Delegierte entsandt hat. Durch Delegierte vertreten waren 28 Mitglieder des CCEE, die Bischofskonferenzen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Deutschland, England und Wales, Frankreich, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, den Nordischen Ländern, Österreich, Portugal, Rumänien, Schottland, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Ukraine und Ungarn, die Internationale Bischofskonferenz der Heiligen Kyryll und Method sowie als weitere Mitglieder des CCEE die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche, die Diözese Chişinău und die Maronitische Erzeparchie von Zypern; hinzu kam die Griechisch-Katholische Kirche in Ungarn. Unter den Teilnehmenden waren 21 Bischöfe; insgesamt waren 22 Bischöfe anwesend, darunter zwei Kardinäle.

Zwei Quellen, getrennt ausgewertet

ONLINE-FRAGEBOGEN DER TASK
FORCE

56

Antworten von
Teilnehmenden, vier
Sprachfassungen

40 mit Leitungsaufgabe

16 ohne

TISCHGESPRÄCHE BEIM SYMPOSIUM IN
WELS

104

Tischberichte

21

Tische - 5
Gesprächseinheiten

WOHER DIE ANTWORTEN AUF DEN FRAGEBOGEN KOMMEN

Westeuropa



19

Mittel- und Südosteuropa

19

Nordeuropa

11

Südeuropa

4

Osteuropa

3

Der Fragebogen ist keine repräsentative Erhebung. Er eröffnet Erfahrungsperspektiven, die als persönliche Wahrnehmungen zu lesen sind und keine Bewertung einer Ortskirche darstellen. Herkunftsangaben aus dem Fragebogen stehen im ganzen Bericht nach diesen fünf Regionen, auch für Länder mit mehreren Antworten; so bleibt die Darstellung einheitlich, und einzelne Antwortende werden nicht erkennbar. Westeuropa umfasst Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz, Mittel- und Südosteuropa Österreich, Kroatien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, Nordeuropa Irland, das Vereinigte Königreich, Island, Lettland und Litauen, Südeuropa Italien, Portugal und Zypern, Osteuropa die Ukraine und Moldau. Österreich, Deutschland und die Schweiz sind stark vertreten, mit 68 von 165 Teilnehmenden und 17 von 56 Antworten; aus Polen kamen zwei, aus Spanien keine Teilnehmenden. Unter den 56 eingegangenen Antworten finden sich zwei Paare nahezu gleichlautender Antworten, je eines aus Mittel- und Südosteuropa und aus Südeuropa; jedes Paar wird als ein Beitrag gewertet, sodass 54 eigenständige Beiträge vorliegen. Die vier Antworten aus Südeuropa entsprechen damit inhaltlich drei Stimmen. Als Herkunft einer Aussage werden Länder nur bei den Tischgesprächen genannt, wo ein Tischbericht selbst eine örtliche Erfahrung anführt.

Wo der Weg blockiert wird

Der Fragebogen fragte nach Veränderungen seit 2021, nach Blockaden, nach den Bedingungen vor Ort und nach Hoffnungen. Die Antworten reichen von deutlicher Ermutigung bis zu der Wahrnehmung, es habe sich kaum etwas verändert. Die Reihenfolge ist thematisch gewählt; unter jedem Kasten stehen die Regionen, aus denen Hinweise kommen.

1 Leitung und Machtverteilung

Ausdrücklicher Widerstand und Angst vor Autoritätsverlust; davon zu unterscheiden eine Leitung, die dem Prozess keine erkennbare Priorität gibt.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa
Südeuropa

2 Zwischen Konsultation und Entscheidung

Antworten beschreiben als unklar, wann, wer und wie konsultiert wird und was aus dem Gehörten folgt.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa

3 Beziehungen und Kommunikation

Kommunikationsbruch zwischen Bischöfen, Priestern und Gottesvolk; klerikale Mentalitäten auch unter Laien.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa

4 Verständnis und Selbstwahrnehmung

Fehlende Bildung, nur äußerliche Aneignung und eine Identität, die Neues zuerst als Gefahr sieht.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa

5 Ausschluss und Glaubwürdigkeit

Die Stellung von Frauen als Grenze der Glaubwürdigkeit; Folgen sexualisierter Gewalt und wiederholt enttäuschter Erwartungen.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa

6 Erschwerende Rahmenbedingungen

Überlastung, Personalmangel, knappe Mittel; Krieg, Armut und Emigration verschieben, was leistbar ist.

Westeuropa Mittel- und Südosteuropa Nordeuropa
Osteuropa

Nicht einfach reformbereite Laien stehen einem reformunwilligen Klerus gegenüber. Misstrauen kann eine begründete Reaktion auf Verletzungen und enttäuschte Zusagen sein und darf nicht einfach als Widerstand gegen Synodalität etikettiert werden.

„Interessiert sich die Kirche wirklich für unsere Meinung? ... Doch am Ende hat sich nichts verändert.“

Antwort auf den Fragebogen aus Osteuropa

Konfliktlinien und Dissense

Die Antworten auf den Fragebogen beschreiben unterschiedliche Erwartungen daran, wohin der Weg führen soll. Manche Spannungen verlaufen zwischen Personen, manche innerhalb derselben Erwartung.

FÜNF KONFLIKTLINIEN AUS DEM FRAGEBOGEN

MITENTSCHEIDUNG

verbindliche Machtteilung, gemeinsame Entscheidungen



Demokratisierung als Missverständnis von Synodalität

GEIST UND STRUKTUR

Sorge vor folgenloser spiritueller Verengung



Klage über bloß äußere Teilnahme ohne innere Aneignung

TEMPO

rasches Handeln angesichts ökologischer und gesellschaftlicher Krisen



Warnung vor zu frühen Erwartungen an eindeutige Resultate

ERNEuern UND BEWAHREN (EINE ANTWORT)

Mitbestimmung, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, Lockerung des Zölibats



flächendeckende Angebote in gewohnter Qualität

MITVERANTWORTUNG UND LEHRE (EINE ANTWORT)

veränderte Arbeitsweise, stärkere Laienbeteiligung



keine Lehrveränderung, „dynamische Orthodoxie“

Geduld braucht nachvollziehbare Zwischenschritte; Dringlichkeit braucht realisierbare Entscheidungen.

DIE VIER STÄRKSTEN DISSENSE AUS DEN TISCHGESPRÄCHEN

A Die Begründung der Synodalität: Taufe oder universale Heilszuwendung

B Frauen und Ämter, einschließlich der Ordinationsfrage

C Der Zusammenhang von Beratung und Entscheidung

D Die Bedeutung institutioneller Reform

Woran angeknüpft werden kann

Die Konzentration auf Blockaden darf vorhandene Erfahrungen nicht unsichtbar machen. Die Antworten berichten aus vielen Regionen von Aufbrüchen, an die andere Ortskirchen anknüpfen können.

Verbindliche Strukturen

Strukturen geteilter Verantwortung sind verbindlich geworden und haben das Verhalten verändert.

Neue Gremien

Ein neues diözesanes Gremium und eine stärkere Vermittlung an die Pfarrgemeinderäte.

Synodale Planung

Pastoralplanung wird synodal angelegt, mit einem Begleitprogramm für örtliche Beteiligungsorgane.

Querschnittsthema

Synodalität wird als Aufgabe aller Bereiche verstanden, die den Übergang vom eingeübten Funktionieren zum gemeinsamen Handeln verlangt.

Zugängliche Materialien

Synodale Materialien und Zugänge, die von den Bedürfnissen der Gemeinden ausgehen.

Bildung und Teams

Bildungsangebote, Synodalteams und eine neue Gesprächskultur.

Diözesane Prozesse

Konkrete diözesane Prozesse und gestärkte Pastoralräte.

Junge Erwachsene

Neue Teams und die Beteiligung junger Erwachsener auf Pfarrebene, belebte Jugendpastoral.

Dass an einem Ort etwas gelungen ist, widerlegt nicht die Erfahrung einer Blockade an einem anderen.

„Die Solidarität der Menschen hat in diesen Jahren gezeigt, dass sie fähig sind, den Glauben in der Tat zu leben.“

Antwort auf den Fragebogen aus Osteuropa

Zwölf Themenfelder: strittig und vorgeschlagen

Die Tischberichte lassen sich zwölf Themenfeldern zuordnen. Zu jedem ist festgehalten, was strittig blieb und was vorgeschlagen wurde.

01

Taufe als Grundlage

STRITTIG

an einem Tisch Taufekklesiologie nicht von allen akzeptiert; setzt die Begründung bei der Taufe zu spät an, wenn Gottes Heilshandeln allen vorausgeht?

VORGESCHLAGEN

Taufgedächtnis, mystagogische Bildung, Begleitung von Eltern, Patinnen und Paten

02

Gleiche Würde und Frauen

STRITTIG

Frauenordination als schärfster dokumentierter Dissens; an einem Tisch besonders intensiv der Frauendiakonat, von der Ordinationsfrage zu unterscheiden, dazu die Weihe verheirateter Männer und die Zölibatsverpflichtung; an einzelnen Tischen die Sichtbarkeit queerer Menschen, geschlechtliche Vielfalt und Sexualethik

VORGESCHLAGEN

Dienste nach Charismen und Eignung; Leitung und Weihe unterscheiden; die Statuten von Bischofskonferenzen so ändern, dass eine Frau Generalsekretärin werden kann

03

Vom Hören zur Entscheidung

STRITTIG

Wirksamkeit von Konsultation; Vorrang kirchenrechtlicher Erneuerung oder von Glaubensleben und Mission; die Metapher „Reset“

VORGESCHLAGEN

zweite Beratungsrunde und Begründung, wenn die Leitung einem Ratsvotum nicht folgt

04

Rechenschaft und Ressourcen

STRITTIG

Rechenschaft Ehrenamtlicher; Vertrauen und Kontrolle. Finanzielle Ungleichheit und Einsamkeit von Bischöfen und Priestern gelten als Belastung, ohne strittig zu sein.

VORGESCHLAGEN

Begleitung und Coaching von Leitungspersonen, klare Aufgabenprofile, Weiterbildung

05

Hören und Freimut

STRITTIG

Genügt das Hören, oder wird Dialog zur Ablenkung? Geschützter Raum oder abgeschlossene Welt?

VORGESCHLAGEN

Gespräch im Geist in kleinen Einheiten; Aufmerksamkeit für Arme und Ausgeschlossene

06

Identität und Offenheit

STRITTIG

Wer gehört zur Kirche? Ab wann wird Öffnung zur Selbstpreisgabe? Katholizität und Rechtsextremismus

VORGESCHLAGEN

Begegnungsorte jenseits der Sonntagsmesse; Beziehungen zu Neugetauften

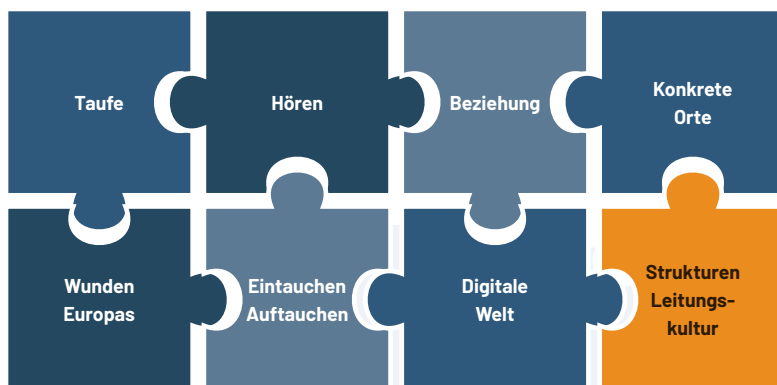
Zwölf Themenfelder: strittig und vorgeschlagen

07 Säkularisierung und Macht	STRITTIG	Säkularisierung als Chance bleibt für einige mit osteuropäischen Erfahrungen schwierig; Macht als Glaubwürdigkeitsproblem oder Handlungsbedingung
	VORGESCHLAGEN	Aussöhnung mit der eigenen Vergangenheit; kleine Gemeinschaften; Soziallehre und Gemeinwohl
08 Europas Wunden	STRITTIG	Hoffnung geben und eigene Ohnmacht; welche Erfahrungen Hoffnung wecken
	VORGESCHLAGEN	Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften für Menschen in Krieg und Armut
09 Liturgie und geistliche Vertiefung	STRITTIG	Stellenwert von Liturgie, Eucharistie und Predigt; Einheit und Kreativität; unvollständige Rezeption des Konzils, Nostalgie nach der Vergangenheit auch bei Jüngeren, Gegenstimme gegen den bloßen Verweis auf das Konzil
	VORGESCHLAGEN	Orte der Kontemplation, für die auch die Bischöfe Verantwortung tragen; Mystagogie
10 Initiation und junge Menschen	STRITTIG	Firmalter und Anforderungen; Bewegungen; die Abwesenheit junger Menschen im Gespräch
	VORGESCHLAGEN	katechumenale Orte des Glaubens; Begleitung nach der Sakramentenfeier
11 Digitale Lebensräume	STRITTIG	kurzfristige Aufmerksamkeit oder glaubwürdiges Zeugnis
	VORGESCHLAGEN	von bestehenden Angeboten lernen, etwa einem belgischen Netzwerk von „Godfluencern“
12 Ökumene, Ost und West	STRITTIG	gegenseitiges Nichtverstehen; Treue zum eigenen Ritus und Offenheit. Der Krieg gilt als Belastung, ohne strittig zu sein.
	VORGESCHLAGEN	Kenntnis der Kirchen vor Ort, gemeinsame Gebetsformen, Dienst der Versöhnung; ein Tisch schlägt eine europäische ökumenische synodale Versammlung vor

Vorgeschlagene Schritte sind Anregungen der Gespräche; Beschlüsse sind sie nicht.

Was zusammengehört

Am Ende des Symposiums wurden aus den Tischberichten erste Puzzlesteine einer Roadmap für Europa benannt; ein fertiges Bild ergeben sie noch nicht. Zum Abschluss wurde in der Abschlussrede der Vorschlag eines Europäischen Kirchenforums für die Deutung der Zeichen der Zeit eingebracht; er stammt nicht aus den Tischberichten. Auf den folgenden Seiten bilden die Puzzlesteine den Rahmen, in dem die Befunde aus dem Fragebogen der Task Force und aus den Tischgesprächen beim Symposium in Wels mit den Vorschlägen dieses Berichts zusammengeführt werden. Auf jeder Seite ist farbig gekennzeichnet, was an den Tischen gesagt und vorgeschlagen wurde, was der Fragebogen zeigt und was sich aus der Auswertung beider Quellen ergibt.



VORSCHLAG ZUM ABSCHLUSS: EIN EUROPÄISCHES KIRCHENFORUM FÜR DIE DEUTUNG DER ZEICHEN DER ZEIT

Eine Roadmap entsteht, wenn wir die Puzzlesteine ernst nehmen, sie aufeinander beziehen, erkennen, was fehlt, konkrete nächste Schritte erproben und bereit sind, uns unterwegs korrigieren zu lassen.

Berufungscoaching, die Begleitung von Leitung und Berufungsakademien wurden an den Tischen vorgeschlagen und sind auch auf europäischer Ebene wichtig. Begrenzte europäische Angebote zu Berufungscoaching und Begleitung von Leitung wären nach weiterer Klärung möglich, eine Berufungsakademie erst, wenn Bedarf und tragfähige Partner geklärt sind. Sie gehören zum Puzzlestein Strukturen und Leitungskultur. Das Kirchenforum dient der Deutung der Zeichen der Zeit.

■ An den Tischen ■ Im Fragebogen □ Vorgeschlagen an den Tischen ■ Aus der Auswertung



Taufe

Die Taufe ist der Anfang unseres gemeinsamen Kircheseins.

AN DEN TISCHEN

Für viele Tische ist die Taufe der gemeinsame Bezugspunkt von Würde und Verantwortung; zugleich beschreiben die Berichte eine Distanz zwischen Sakrament und gelebtem Bewusstsein. Ein Tischbericht hält fest, dass die Taufekklesiologie nicht von allen akzeptiert wurde; eine Gegenfrage lautet, ob die Begründung bei der Taufe zu spät ansetzt, wenn Gottes Heilshandeln allen vorausgeht.

IM FRAGEBOGEN

Eine Antwort nennt unzureichende Bildung von Laien zu ihrer Taufwürde.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Taufgedächtnis, auch ohne Priester; mystagogische Bildung; Begleitung von Eltern, Patinnen und Paten
- **EUROPÄISCH** eine Task Force zum Taufbewusstsein im Zusammenhang mit dem CCEE; ein Taufkongress

AUS DER AUSWERTUNG

Ein theologischer Arbeitsstrang könnte die Einwände aufnehmen, statt sie allein mit Bildungsangeboten zu beantworten.



Hören

Als Kirche geben wir zu oft Antworten auf Fragen, die niemand gestellt hat.

AN DEN TISCHEN

Für manche genügt das Hören, andere erwarten daraus Handeln. Gefragt wurde, ob Dialog wirklich stattfindet; eine Rückmeldung wünschte weniger Fragen und mehr Stille vor dem Gespräch.

IM FRAGEBOGEN

Gewachsenes Zuhören und neue Beteiligungsformen werden als Veränderungen seit 2021 beschrieben; wo Beteiligung ohne Wirkung bleibt, entsteht Ernüchterung.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Gespräch im Geist in kleinen Einheiten einüben
- Arme, Wohnungslose, Ausgeschlossene und Menschen ohne religiöse Zugehörigkeit hören

AUS DER AUSWERTUNG

Vor jeder Beratung wäre zu klären, wozu gehört wird und was daraus folgt.

Beziehung und konkrete Orte



Beziehung

Wie gehen wir zu den Menschen? Wie werden wir dort gegenwärtig, wo sie leben?

AN DEN TISCHEN

Gastfreundschaft, verlässliche Beziehungen und die Bereitschaft, sich selbst verändern zu lassen, bilden einen gemeinsamen Schwerpunkt. Strittig blieb, wer zur Kirche gehört und ab wann Öffnung zur Selbstpreisgabe wird.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Begegnungsorte jenseits der Sonntagsmesse; dorthin gehen, wo Menschen nicht auf kirchliche Angebote warten
- Beziehungen zu Neugetauften; Einsamkeit wahrnehmen
- gelebte Glaubens- und Missionserfahrungen erzählen

AUS DER AUSWERTUNG

Lernpartnerschaften zwischen Orten mit verwandten Fragen könnten diese Erfahrungen verbinden.



Konkrete Orte

Nach dem Gottesdienst bleibt ein Priester an der Tür stehen und verabschiedet die Menschen persönlich.

AN DEN TISCHEN

Die Gespräche fragen wiederholt nach dem Leben nach der Sakramentenfeier; Vorbereitung allein schafft noch keine verlässliche Zugehörigkeit. Dass junge Menschen in den Gesprächen selbst fehlten, wurde ausdrücklich angesprochen. Gemeinschaften mit klarer Identität und Bewegungen wurden teils als Hilfe, teils als zu geschlossen erlebt.

IM FRAGEBOGEN

Gewachsene Gruppen geben Halt und können zugleich den Blick auf Menschen außerhalb begrenzen.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- katechumenale Orte des Glaubens; Begleitung von Familien und Jugendlichen nach der Sakramentenfeier
- **EUROPÄISCH** Austausch guter Initiationserfahrungen bei einem nächsten europäischen Treffen

AUS DER AUSWERTUNG

Offen bleibt, wie die bisher fehlenden jungen Menschen an der Entwicklung solcher Orte mitwirken.

Wunden Europas und geistliche Quelle



Wunden Europas

Wo begegnen wir dem Auferstandenen in den Wunden der Menschen Europas?

AN DEN TISCHEN

Krieg, Flucht, Einsamkeit, Angst und Polarisierung prägen die Berichte; aus der Ukraine erhält die Frage existenziellen Ernst. Die Berichte sprechen auch von einer verwundeten Kirche.

IM FRAGEBOGEN

Die Folgen von Missbrauch schwächen die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften für Menschen in Krieg und Armut
- Solidarität mit Spiritualität und Barmherzigkeit über die eigene Gruppe hinaus verbinden

AUS DER AUSWERTUNG

Erlittene Verletzung und kirchlich verursachtes Unrecht wären zu unterscheiden. In kriegsbetroffenen Kontexten verändern Krieg, Armut und Emigration, was örtlich leistbar ist; zusätzliche Berichtspflichten sollten dort nicht entstehen.



In Gott eintauchen, bei den Menschen auftauchen

AN DEN TISCHEN

Gebet, Stille, Schrift und die persönliche Christusbeziehung werden wiederholt als Quellen synodaler Praxis genannt. Über den Stellenwert von Liturgie, Eucharistie und Predigt gingen die Meinungen auseinander.

IM FRAGEBOGEN

Eine Synodalität, die äußerlich bleibt, wird ebenso befürchtet wie eine folgenlose spirituelle Verengung.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Orte der Kontemplation, für die auch die Bischöfe Verantwortung tragen
- liturgische Bildung und Mystagogie; Predigt mit dem Alltag verbinden; Exerzitien und Wallfahrten

AUS DER AUSWERTUNG

Geistliche Vertiefung und institutionelle Verbindlichkeit wären zusammenzudenken.



Digitale Welt

Digitale Räume können Türen öffnen. Durch diese Türen müssen Menschen einander wirklich begegnen können.

AN DEN TISCHEN

Die digitale Welt gilt als Lebensraum vor allem junger Menschen. Strittig blieb, ob Aufmerksamkeit in sozialen Medien mehr als einen kurzfristigen Effekt erzeugt und wo Zeugnis in Selbstinszenierung übergeht. Andere nannten konkrete Initiativen als Beispiele einer Begleitung junger Menschen.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- junge Menschen in ihren tatsächlichen Kommunikationsräumen begleiten; eine verständliche Sprache finden
- digitale und persönliche Begegnung verbinden
- von bestehenden Angeboten lernen, etwa einem belgischen Netzwerk von „Godfluencern“

AUS DER AUSWERTUNG

Zu untersuchen wäre neben der Reichweite vor allem der Weg vom Kontakt zu Gespräch und örtlicher Gemeinschaft.

Offen bleibt, wie digitale Erstkontakte in verlässliche Begleitung übergehen und woran mehr als Aufmerksamkeit erkennbar wird.



Strukturen und Leitungskultur



Wer wird gehört? Wer berät? Wer entscheidet?

AN DEN TISCHEN

Die Wirksamkeit von Konsultation wurde unterschiedlich erlebt. Manchmal funktioniert sie, manchmal bleibt die Entscheidung unverändert beim Pfarrer oder Bischof. Strittig blieben die Rechenschaft Ehrenamtlicher, das Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle und, als schärfster Dissens, die Frauenordination. Besonders intensiv wurde an einem Tisch über den Frauendiakonat diskutiert, der von der Ordinationsfrage zu unterscheiden ist; genannt wurden auch die Weihe verheirateter Männer und die Zölibatsverpflichtung. Einzelne Tische sprachen die Sichtbarkeit queerer Menschen, den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Fragen der Sexualethik an. Genannt wurden große finanzielle Unterschiede zwischen Diözesen und die Einsamkeit von Bischöfen und Priestern.

IM FRAGEBOGEN

Fortbestehende Machtkonzentration, unklare Entscheidungswege, die Angst, Autorität zu verlieren, und eine Leitung, die dem Prozess keine Priorität gibt. Mehrere Antworten beschreiben, dass Frauen Verantwortung tragen, die institutionell nicht entsprechend anerkannt wird. Mehrere Antworten aus West- sowie aus Mittel- und Südosteuropa nennen den Zölibat, zwei westeuropäische auch den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und die Sexualethik.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- funktionsfähige Pastoralräte; nachvollziehbare Kriterien zur Überprüfung der Umsetzung
- eine zweite Beratungsrunde und eine Begründung, wenn die Leitung einem Ratsvotum nicht folgt
- Dienste nach Charismen und Eignung anvertrauen; Leitung und Weihe unterscheiden
- die Statuten von Bischofskonferenzen so ändern, dass eine Frau Generalsekretärin werden kann
- **EUROPÄISCH** gegenseitiger Zugang zu den Briefen der Diözesen aus dem ersten Halbjahr 2027; die Rolle der Frauen einschließlich der Ordinationsfrage nicht länger unausgesprochen lassen

AUS DER AUSWERTUNG

Mitarbeit, Mitberatung und Mitentscheidung wären zu unterscheiden; erprobte Modelle zu Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft könnten mehrsprachig zugänglich gemacht werden. Die Frage nach einer Generalsekretärin kann sich allen Bischofskonferenzen stellen; jede kann in eigener Verantwortung klären, ob ihre Statuten dies zulassen. In einzelnen Konferenzen ist dies bereits verwirklicht, in der Nordischen Bischofskonferenz seit 2009, in der Niederländischen seit 2014, in der Deutschen seit 2021, in der Slowenischen seit 2023 und in der Schottischen seit 2026.

Leitungskultur: Berufung, Begleitung, Bildung



Leitung braucht Begleitung, Berufung braucht Raum

AN DEN TISCHEN

Einer einseitigen Zuweisung aller Reformhemmnisse an Priester wurde widersprochen; auch Laien können widerständig sein, und Frauen in Leitungsaufgaben können gerade nach der Übertragung von Verantwortung heftiger Kritik ausgesetzt sein. Eine neue Besetzung verändert nicht von selbst die Kultur, in der Leitung ausgeübt wird.

IM FRAGEBOGEN

Widerstand auch bei jüngeren Priestern; fehlende Fähigkeiten zu gemeinsamer Unterscheidung und kooperativer Leitung.

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN

- Bildung und Begleitung von Leitungspersonen; dauerhafte Weiterbildung von Bischöfen und Priestern
- klarere Aufgabenprofile; stärkere ehrenamtliche Verantwortung; stärkere Beteiligung von Laien in Räten

VORGESCHLAGEN AN DEN TISCHEN, ERLÄUTERT IN DER ABSCHLUSSREDE

Berufungscoaching

Menschen entdecken und gestalten ihre Berufung, in Familie, Beruf, Ehrenamt, pastoraalem Dienst und kirchlichem Amt.

Begleitung von Leitung

Coaching, kollegiale Beratung und geistliche Begleitung für Bischöfe und Leitungspersonen.

Berufungsakademien

Gemeinsames Lernen verschiedener Berufungen, verbunden mit der Frage, welche Menschen Europa heute braucht.

AUS DER AUSWERTUNG

Qualifizierte Begleitung könnte auch Ortskirchen offenstehen, die sie nicht allein finanzieren können; sinnvoll wären zunächst begrenzte Angebote bestehender Einrichtungen. Begleitung ersetzt weder Rechenschaft noch unabhängige Verfahren bei Machtmissbrauch.

Ein Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit



Die Zeichen der Zeit gemeinsam deuten

In der Abschlussrede wurde ein Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit vorgeschlagen, ein geistlicher und theologischer Raum, in dem die Kirchen Europas gemeinsam wahrnehmen, was mit den Menschen geschieht. Wo wachsen Angst, Polarisierung, Einsamkeit und Gewalt? Wo zeigen sich Hoffnung, Solidarität, neue Formen des Glaubens, der Berufung und der Verantwortung? Ein solches Forum könnte an die Tradition der Symposien der europäischen Bischöfe von 1967 bis 1996 anknüpfen, in deren Linie auch Wels steht. Besonders die Symposien der 1980er und 1990er Jahre verstanden Europa als geistlichen Raum der Begegnung zwischen Ost und West, Nord und Süd. Bischöfe, Theologinnen und Theologen, pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, junge Menschen, Ordensleute, engagierte Getaufte und Menschen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft kämen dort zusammen.

AUS DER AUSWERTUNG

Ein solches Forum könnte alle zwei Jahre zusammenkommen, ein gesellschaftlich relevantes Thema beraten und bearbeiten und dazu Stellung nehmen.

VOR EINER ENTSCHEIDUNG ZU KLÄREN

- Zweck
- Verhältnis zu vorhandenen Gremien
- ökumenische Partnerschaft
- erwarteter Nutzen für die Ortskirchen

AN DEN TISCHEN

Ein Tisch schlug eine europäische ökumenische synodale Versammlung vor, die christliche Gemeinschaften zusammenbringt und ein gemeinsames Sprechen aus ihrer Verschiedenheit ermöglicht.

2027

Evaluationsversammlungen der Diözesen und Eparchien im ersten, Versammlungen der Bischofskonferenzen im zweiten Halbjahr, wie sie das Generalsekretariat der Synode vorsieht

2028

Kontinentalversammlungen in den ersten vier Monaten, vom Generalsekretariat der Synode für alle Kontinente vorgesehen; im Oktober die Ekklesiale Versammlung im Vatikan

offen

Gegebenenfalls ein erstes Kirchenforum, wenn über Zweck, Form und Rhythmus entschieden ist

Was daraus folgen könnte

Aus der Auswertung des Fragebogens und der Tischgespräche legen sich einige Schritte nahe. Leitend ist der Gedanke, europäisch zu handeln, damit die Ortskirchen selbst handeln können.

1 Ein Lern- und Unterstützungsverbund

ANLASS Antworten im Fragebogen wünschen Vernetzung, Beispiele und kleine umsetzbare Schritte; eine Antwort schlägt ein „Synodality Network“ vor.

VORSCHLAG Ortskirchen mit verwandten Fragen könnten miteinander in Kontakt kommen; vorhandene Angebote ließen sich zugänglich machen.

2 Erprobte Modelle zu Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft

ANLASS Fragebogen und Tische zeigen Unklarheiten zwischen Hören, Beraten und Entscheiden; die Tische regen Modelle für Diözesen und Pfarreien an.

VORSCHLAG Fallbeispiele, auch nicht gelungene, könnten mehrsprachig zugänglich werden.

3 Theologische Klärung

ANLASS Die Tische dokumentieren Dissense zu Taufe und Heilszuwendung, zu Würde und Amt, zu Leitung und Weihe.

VORSCHLAG Kurze Klärungsdossiers könnten die Einwände aufnehmen, statt sie zu übergehen.

4 Solidarität

ANLASS Antworten im Fragebogen und Tischberichte nennen Krieg, Armut, Emigration und fehlende Mittel, die bestimmen, was möglich ist.

VORSCHLAG Ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Übersetzung, Teilnahme und Bildung ließen sich wahrnehmen und nach Möglichkeit ausgleichen.

5 Offene Fragen weitergeben

ANLASS An den Tischen wird gefordert, die Rolle der Frauen einschließlich der Ordinationsfrage nicht länger unausgesprochen zu lassen.

VORSCHLAG Strittige Anliegen könnten mit ihren Positionen an die zuständigen Ebenen weitergegeben werden.

CCEE UND SYNODALITÄT

Die Kommissionen des CCEE für Evangelisierung und Kultur, für Jugend, für Familie und Leben sowie für Sozialpastoral könnten die Vorschläge dieses Berichts insgesamt in ihrer Arbeit in den Blick nehmen, ohne Parallelstrukturen zu schaffen. Wie dies geschehen kann und ob darüber hinaus weitere Kommissionen angedacht werden könnten, wäre mit den Verantwortlichen zu klären.

Was sich in Wels abzeichnet

Welche Themen Europa 2028 einbringt, wird aus den Berichten der Diözesen und Bischofskonferenzen hervorgehen; Wels kann das nicht vorwegnehmen. Fragebogen und Tischgespräche lassen aber Richtungen erkennen, an denen sich die weitere Unterscheidung orientieren könnte.

1

Taufe als Grundlage gemeinsamer Verantwortung

Für viele Tische der gemeinsame Bezugspunkt; zugleich Distanz zwischen Sakrament und Bewusstsein und der Einwand, Gottes Heilshandeln gehe allen voraus.

Frage Was folgt aus der Taufe für Beteiligung und Sendung?

2

Vom Hören zur Entscheidung

Ernüchterung, wo Beteiligung ohne erkennbare Wirkung bleibt; unklar, wann, wer und wie konsultiert wird.

Frage Wie wird aus gemeinsamer Beratung erkennbare Wirkung?

3

Frauen in Verantwortung und Leitung

Grenze kirchlicher Glaubwürdigkeit; Frauenordination als schärfster dokumentierter Dissens.

Frage Wie lassen sich Leitung und Weihe unterscheiden, ohne den Dissens zu verdecken?

4

Synodalität unter Lasten

Krieg, Armut, Emigration, Personalmangel; Minderheiten- und Diasporasituationen.

Frage Wie gehört Solidarität zur synodalen Praxis?

5

Ost und West

Gegenseitiges Nichtverstehen, Treue zum eigenen Ritus und Offenheit, ökumenische Beziehungen unter der Last des Krieges.

Frage Was tragen die Vielfalt der Riten und die Ökumene zum europäischen Gespräch bei?

6

Sendung in einem säkularen, polarisierten Europa

Säkularisierung, Polarisierung, Abwesenheit junger Menschen, digitale Lebensräume.

Frage Wie lassen sich Initiation, Gastfreundschaft und Zeugnis neu verbinden?

Europa bringt sich in die Weltkirche mit mehreren Stimmen ein, mit benannten Übereinstimmungen und offen benannten Unterschieden.

Auf welcher Ebene die Vorschläge zu beraten wären

Die Vorschläge lassen sich vorläufig danach ordnen, auf welcher Ebene sie zu beraten wären. Die Ordnung ist vorläufig; was in die Ekklesiale Versammlung eingeht, ergibt sich aus den Berichten der Bischofskonferenzen. Die Ziffern verweisen auf die Vorschläge der Seite 20.

HILFREICH, DAMIT BETEILIGUNG FOLGEN HAT

- 1 verlässliche Verbindungen zwischen Ortskirchen mit verwandten Fragen
- 2 geprüfte Fallbeispiele zu Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft, auch nicht gelungene
- 4 ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Übersetzung, Teilnahme und Bildung wahrnehmen

MÖGLICH, NACH WEITERER KLÄRUNG

- begrenzte Angebote zur Begleitung von Leitung und zum Berufungcoaching
- ein Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit, wie es in der Abschlussrede vorgeschlagen wurde

IN WELS GENANNT, IN WELTKIRCHLICHER ZUSTÄNDIGKEIT 3 5

- Fragen nach Weiheämtern und nach universalkirchlichen Normen
- das verbindliche Verhältnis von Amt und Mitentscheidung
- die Rolle der Frauen einschließlich der Ordinationsfrage, mit den unterschiedlichen Positionen
- der Frauendiakonat, zu dem die Positionen auseinandergehen
- die Zölibatsfrage, zu der die Positionen auseinandergehen

IN DER VERANTWORTUNG JEDER BISCHOFSKONFERENZ

An einem Tisch wurde vorgeschlagen, die Statuten von Bischofskonferenzen so zu ändern, dass eine Frau Generalsekretärin werden kann. Ob ihre Statuten dies zulassen, kann jede Bischofskonferenz selbst klären. In der Nordischen Bischofskonferenz ist dies seit 2009 verwirklicht, in der Niederländischen seit 2014, in der Deutschen seit 2021, in der Slowenischen seit 2023 und in der Schottischen seit 2026.

Ob und wie diese Anliegen in die Ekklesiale Versammlung eingehen, wird sich auf dem weiteren Weg zeigen. Hilfreich wäre, dass sie dann mit den in Europa vertretenen Positionen, auch den gegensätzlichen, benannt werden.

Die Vorschläge sind weder Beschlüsse des Symposiums noch zugesagte Leistungen bestehender Institutionen.

AUSBLICK

„Gut, dass wir darüber geredet haben, reicht nicht aus.“

Antwort auf den Fragebogen aus Westeuropa

„Ich habe Hoffnung, aber keinen Optimismus.“

An einem Tisch in Wels

Wels hat für diesen Weg einen Raum eröffnet. Seine Weiterführung wird sich in erster Linie daran zeigen, ob Beziehungen tragfähiger werden, ob Hören Folgen hat und ob Menschen ihre kirchliche Verantwortung mit größerer Freiheit und größerem Vertrauen wahrnehmen können; ob weitere Veranstaltungen stattfinden, ist dafür nicht das erste Kriterium.



Der vollständige Bericht an die Präsidenten der Europäischen Bischofskonferenzen und die Teilnehmenden des Symposiums, mit allen Auswertungen im Wortlaut.

Einleitung

KERNSÄTZE

Zwischen dem Anspruch gemeinsamer Verantwortung und den tatsächlichen Möglichkeiten der Beteiligung besteht eine Spannung, die nicht durch weitere Verständigung über Begriffe allein aufgelöst werden kann.

Ein synodaler Prozess verliert Vertrauen, wenn Menschen zwar gehört werden, aber nicht erkennen können, welche Bedeutung ihr Beitrag für das gemeinsame Handeln erhält.



Das Symposium „Shaping Synodality in Europe“ in Wels hat deutlich gemacht, dass die synodale Erneuerung der Kirche weder an einem Mangel an Ideen noch an einem Mangel an Bereitschaft allein zu messen ist. In vielen Ortskirchen sind neue Beziehungen, Formen gemeinsamer Beratung und Erfahrungen geistlicher Unterscheidung entstanden. Zugleich bleibt der Übergang von solchen Erfahrungen zu einer verlässlichen kirchlichen Praxis schwierig. Zwischen dem Anspruch gemeinsamer Verantwortung und den tatsächlichen Möglichkeiten der Beteiligung besteht eine Spannung, die nicht durch weitere Verständigung über Begriffe allein aufgelöst werden kann.

Die Beiträge erschließen eine Kirche, die auf unterschiedlichen Wegen nach einer glaubwürdigen Gestalt ihrer Sendung sucht. Manche Stimmen erwarten vor allem verbindliche Veränderungen in Leitung, Entscheidung und Rechenschaft. Andere fragen nach einer tieferen geistlichen Aneignung, nach dem Verhältnis von synodaler Praxis und kirchlicher Lehre oder nach einer Erneuerung der Verkündigung. Wieder andere stehen unter so starken personellen, wirtschaftlichen oder kriegsbedingten Belastungen, dass bereits die Aufrechterhaltung tragfähiger Gemeinschaft große Kräfte verlangt. Diese Unterschiede betreffen neben dem Tempo teilweise auch das Verständnis des Weges, der damit in Teilen selbst strittig ist.

Für die weitere Arbeit ist deshalb eine doppelte Aufmerksamkeit notwendig. Die Blockaden müssen deutlich benannt werden, ohne jeden Vorbehalt gegen eine bestimmte Reform als Ablehnung von Synodalität zu behandeln. Zugleich dürfen geistliche Sprache, Hinweise auf kulturelle Unterschiede oder die notwendige Geduld nicht dazu führen, konkrete Fragen nach Verantwortung und Veränderung immer wieder zu vertagen. Ein synodaler Prozess verliert Vertrauen, wenn Menschen zwar gehört werden, aber nicht erkennen können, welche Bedeutung ihr Beitrag für das gemeinsame Handeln erhält.

Der Bericht unterscheidet den Online-Fragebogen der Task Force an die Teilnehmenden des Symposiums von den Tischgesprächen beim Symposium in Wels. Der Fragebogen lag in vier Sprachfassungen vor und fragte nach Veränderungen seit 2021, nach Blockaden, nach den Bedingungen vor Ort und nach Hoffnungen. Er erbrachte 56 Antworten; 40 Antwortende geben eine Leitungsaufgabe an, 16 verneinen sie. Die Tischgespräche beim Symposium in Wels sind durch 104 reguläre Berichte aus 21 Gruppen und fünf Gesprächseinheiten erschlossen. Die Antworten eröffnen konkrete Erfahrungsperspektiven, die in ihrer Eigenständigkeit ernst zu nehmen sind, ohne für die Kirchen Europas repräsentativ zu sein. Wo Unterschiede und Dissense sichtbar werden, bleiben sie Bestandteil der Darstellung.

Aus den Befunden ergibt sich eine europäische Aufgabe, die weder in einer Vereinheitlichung der Ortskirchen noch in einer zusätzlichen Leitungsebene bestehen kann. Europäische Zusammenarbeit muss ermöglichen, was einzelnen Ortskirchen allein schwerfällt, und zugleich ihre eigene Verantwortung stärken. Subsidiarität beschreibt damit die angemessene Ordnung gemeinsamer Verantwortung zwischen den Ebenen. Entscheidend ist, ob Diözesen und Gemeinden durch die Zusammenarbeit besser in der Lage sind, ihre Sendung unter ihren konkreten Bedingungen wahrzunehmen.

ERSTER TEIL

Wels als europäischer Raum kirchlicher Verständigung

KERNSÄTZE

Einheit muss sich in der Bereitschaft bewähren, die Erfahrungen der anderen als mögliche Korrektur der eigenen Perspektive zuzulassen.

Verlässlichkeit entsteht, wenn gemeinsame Anliegen in Aufgaben, Zuständigkeiten, Zeit und Unterstützung übersetzt werden.



Eine Begegnung unterschiedlicher kirchlicher Erfahrungen

Wels führte Erfahrungen aus Bischofskonferenzen, Diözesen, Pfarreien, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen und synodalen Bildungszusammenhängen zusammen. Bischöfliche und andere kirchliche Leitungsverantwortung begegnete theologischer Forschung, pastoraler Praxis und den Erfahrungen engagierter Getaufte. Der Wert dieses Zusammentreffens lag nicht allein darin, bereits entwickelte Positionen zu präsentieren. Im gemeinsamen Gespräch konnte sichtbar werden, wie unterschiedlich dieselben Begriffe verstanden werden und welche konkreten Erfahrungen hinter Zustimmung, Zurückhaltung oder Kritik stehen.

Unmittelbare Erfahrungen aus den römischen Synodenversammlungen wurden mit einem weiteren Kreis kirchlicher Verantwortlicher geteilt, die selbst nicht an diesen Versammlungen beteiligt gewesen waren. Dadurch wurde der synodale Prozess in andere Arbeitszusammenhänge weitergetragen. Diese Weitergabe verlangt über die Vermittlung fertiger Ergebnisse hinaus eine Aufnahme in die Wirklichkeit der Ortskirchen, in ihre Beziehungen, ihre Konflikte und ihre Möglichkeiten. Erst dort entscheidet sich, ob die gemeinsame Orientierung zu einer veränderten Weise des Kircheseins wird.

Die Verbindung mit wissenschaftlicher Arbeit und kirchlicher Bildung war dafür wesentlich. Theologische Reflexion kann helfen, Erfahrungen zu unterscheiden, Begriffe zu klären und vorschnelle Gegensätze zu überwinden. Umgekehrt muss sie sich von der konkreten kirchlichen Wirklichkeit befragen lassen. Wo Menschen Beteiligung als wirkungslos erleben oder zwischen theologischer Anerkennung und tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten eine Grenze erfahren, genügt eine richtige Definition von Synodalität nicht.

Auch Bildungszusammenhänge wie die „School of Synodality“, pastoraltheologische Lernräume und die Beteiligung jüngerer Priester gehören zu diesem Horizont. Sie verweisen darauf, dass die Weiterführung des Prozesses nicht allein von bereits ausgeübten Leitungsfunktionen abhängt. Es geht ebenso darum, Menschen für gemeinsame Verantwortung zu gewinnen, ihnen Erfahrungen zu ermöglichen und die dazu nötigen Fähigkeiten zu entwickeln. Solche Lernwege benötigen Orte, an denen Fragen gestellt werden können, ohne dass jede Unsicherheit sofort als mangelnde Loyalität oder mangelnde Reformbereitschaft bewertet wird.

Die geografische und kirchliche Breite Europas

Der europäische Bezugsrahmen umfasst unterschiedliche nationale und regionale Erfahrungen. Dazu gehören Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz ebenso wie Irland, England und Wales, Schottland und Island. Portugal, Italien und Zypern eröffnen weitere südeuropäische Perspektiven. Aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa kommen Erfahrungen aus Österreich, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Polen, Slowenien, Kroatien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Litauen, Lettland, Moldau und der Ukraine hinzu.

Diese geografische Breite darf nicht in eine Gegenüberstellung eines einheitlichen Westens und eines einheitlichen Ostens übersetzt werden. Innerhalb derselben Länder bestehen erhebliche Unterschiede zwischen Diözesen und Gemeinden, zwischen städtischen und ländlichen Räumen, zwischen mehrsprachigen Gemeinschaften und zwischen verschiedenen kirchlichen Milieus. Eine Ortskirche kann ausgebaute Beteiligungsstrukturen besitzen und zugleich Schwierigkeiten haben, neue Menschen zu erreichen. Eine andere kann über wenige institutionelle Möglichkeiten verfügen und dennoch eine tragfähige Kultur persönlicher Verantwortung entwickelt haben.

Die Nordische Bischofskonferenz und die Internationale Bischofskonferenz der Hll. Kyrill und Method bringen übernationale Formen kirchlicher Zusammenarbeit in diesen Zusammenhang ein. Solche Erfahrungen sind für eine europäische Weiterarbeit besonders wichtig, weil sie zeigen, dass kirchliche Verständigung nicht immer entlang einzelstaatlicher Grenzen organisiert werden kann. Gemeinsame Sprache, regionale Geschichte und unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen müssen auch innerhalb eines solchen Konferenzraumes zusammengebracht werden.

Die ostkirchlichen Perspektiven bleiben ebenso eigenständig. Die römisch-katholischen und die griechisch-katholischen Erfahrungen der Ukraine sind nicht austauschbar. Die griechisch-katholische Metropolitankirche in Ungarn und der maronitische Kontext Zyperns erweitern den Blick auf Liturgie, Initiation, kirchliche Zugehörigkeit und Leitung. Europa ist kirchlich nicht ausschließlich lateinisch geprägt. Ein gemeinsamer synodaler Lernprozess muss diese Verschiedenheit in ihrer Bedeutung für die Fragestellungen und die Arbeitsweise aufnehmen.

Einheit, die Unterschiede nicht übergeht

Die europäische Verständigung wird dort anspruchsvoll, wo unterschiedliche Erfahrungen zu unterschiedlichen Erwartungen führen. Säkularisierung kann als Verlust kirchlicher Präsenz und als Gefährdung vertrauter Lebensformen erfahren werden. Sie kann zugleich Möglichkeiten eröffnen, Glauben aus freier Zustimmung zu leben und gesellschaftliche Macht von der Wahrheit des Evangeliums zu unterscheiden. Beide Erfahrungen kommen im Gespräch vor. Sie lassen sich nicht durch eine einzige Bewertung ersetzen.

Ähnliches gilt für gesellschaftliche und politische Nähe. In manchen Kontexten wird die Kirche als wichtige Trägerin von Bildung, Solidarität und öffentlicher Verantwortung erlebt. In anderen treten die Gefahren einer engen Verbindung von kirchlicher Identität, nationaler Selbstbehauptung und politischer Macht in den Vordergrund. Neben dem Umfang kirchlichen Einflusses ist deshalb zu klären, wofür die Kirche ihn verwendet, welche Abhängigkeiten daraus entstehen und ob ihre Praxis den Menschen zu Freiheit, Würde und gemeinsamer Verantwortung verhilft.

Auch kirchliche Minderheitserfahrungen sind nicht einheitlich. Eine kleiner werdende Kirche in einem früher stark katholisch geprägten Land befindet sich in einer anderen Lage als eine seit Langem kleine Diasporagemeinschaft. Dennoch können beide voneinander lernen. Wo die Erwartung aufgegeben werden muss, flächendeckend alles in bisheriger Form fortzuführen, gewinnen die Qualität von Beziehungen, die Sprachfähigkeit des Glaubens und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Dienste an Bedeutung.

Die gemeinsame Aufgabe verlangt daher, die Unterschiede auch in gemeinsamen Erklärungen erkennbar zu halten. Einheit muss sich in der Bereitschaft bewähren, die Erfahrungen der anderen als mögliche Korrektur der eigenen Perspektive zuzulassen. Das verlangt mehr als Höflichkeit. Es verlangt, dass auch unbequeme Fragen gehört werden und dass die eigene Geschichte nicht zum universalen Maßstab kirchlicher Treue erklärt wird.

Von gemeinsamer Erfahrung zu verlässlicher Praxis

Die Tischgespräche zeigen, dass bereits das gemeinsame Sprechen von Menschen unterschiedlicher Aufgaben und Berufungen eine kirchliche Erfahrung sein kann. Diese Erfahrung ist jedoch nicht von sich aus dauerhaft. Sie muss mit den Orten verbunden werden, an denen die Beteiligten leben und Verantwortung tragen. **Ohne solche Verbindungen droht ein gelungenes Symposium als Ausnahmeerfahrung neben einer weitgehend unveränderten Alltagspraxis stehen zu bleiben.**

Eine Weiterführung braucht deshalb Personen und Strukturen, die Beziehungen aufrechterhalten und Lernen ermöglichen. Dabei darf die Verantwortung nicht auf wenige besonders engagierte Einzelne verlagert werden. Wird synodale Erneuerung vor allem von persönlicher Begeisterung getragen, bleibt sie verletzlich gegenüber Überlastung, Personalwechsel und enttäuschten Erwartungen. Verlässlichkeit entsteht, wenn gemeinsame Anliegen in Aufgaben, Zuständigkeiten, Zeit und Unterstützung übersetzt werden.

Dies betrifft auch die Verbindung zwischen den verschiedenen kirchlichen Ebenen. Europäische Gespräche müssen so geführt werden, dass ihre Fragen in Bischofskonferenzen, Diözesen und Gemeinden aufgenommen werden können. Umgekehrt muss die örtliche Erfahrung die europäische Agenda mitbestimmen. Eine Weitergabe nur von oben nach unten würde den synodalen Anspruch verfehlen. Ebenso unzureichend wäre es, örtliche Stimmen zu sammeln, ohne ihnen erkennbar zu antworten.

Der europäische Raum kann hier eine besondere Aufgabe übernehmen. Er ermöglicht Begegnungen, die nicht von unmittelbaren örtlichen Abhängigkeiten geprägt sind. Er kann Erfahrungen vergleichbar machen, ohne sie gleichzusetzen, und Unterstützung vermitteln, die vor Ort allein nicht verfügbar ist. Sein Wert liegt darin, kirchliche Eigenverantwortung zu stärken und gemeinsame Aufgaben bearbeitbar zu machen.

Maßstäbe für die Weiterarbeit

Aus dieser Ausgangslage ergeben sich mehrere Maßstäbe. Synodale Erneuerung muss an der Sendung der Kirche orientiert bleiben und darf sich nicht in der Beschäftigung mit der eigenen Organisation erschöpfen. Zugleich muss diese Sendung in den Beziehungen und Verfahren der Kirche erkennbar sein. **Eine Verkündigung gemeinsamer Würde verliert an Glaubwürdigkeit, wenn Menschen in der kirchlichen Praxis dauerhaft ohne Stimme bleiben.**

Geistliche Unterscheidung und institutionelle Verantwortung gehören dabei zusammen. Gebet, Schrift und Stille eröffnen einen Raum, in dem Gewohnheiten und eigene Interessen befragt werden können. Klare Verfahren, Rechenschaft und transparente Entscheidungen verhindern, dass dieser Raum von einzelnen Personen vereinnahmt wird. Weder ersetzt die geistliche Haltung eine verantwortete Ordnung, noch kann eine gute Ordnung die geistliche Aneignung überflüssig machen.

Ein weiterer Maßstab ist der Umgang mit Konflikten. Der synodale Weg verlangt nicht, jede Differenz sofort aufzulösen. Er verlangt aber, dass Unterschiede benannt und bearbeitet werden können, ohne Menschen aus der Gemeinschaft des Gesprächs auszuschließen. Wo eine Entscheidung nötig ist, muss sie verantwortet werden. Wo eine Frage offenbleibt, sollte ihre Offenheit nicht als erledigter Konsens ausgegeben werden.

Schließlich wird sich die Weiterarbeit daran messen lassen müssen, ob sie Menschen und Gemeinschaften zu ihrem eigenen Handeln befähigt. Die Kirche braucht neben der Mitarbeit bei vorgegebenen Aufgaben die Mitverantwortung von Menschen, die ihre Gaben einbringen, Fragen stellen und Entscheidungen mit vorbereiten können. Darin verbinden sich Taufwürde, geistliche Reifung und eine kirchliche Leitung, die ihre Verantwortung nicht allein wahrnimmt.

ZWEITER TEIL

Der Fragebogen der Task Force: Blockaden und Zukunftserwartungen

KERNSÄTZE

Wo Beteiligung ohne erkennbare Wirkung bleibt, entstehen Ernüchterung, Rückzug und Vertrauensverlust.

Aber jede ernst gemeinte Beratung benötigt eine erkennbare Verbindung zur Verantwortung derjenigen, die eingeladen haben.



Persönliche Erfahrungen aus den Ortskirchen

Der Fragebogen der Task Force an die Teilnehmenden des Symposiums erschließt Erfahrungen mit dem synodalen Prozess seit 2021. Er fragt nach tatsächlichen Veränderungen, nach Blockaden, nach örtlichen Bedingungen und nach Hoffnungen für die Weiterarbeit. Die Antworten reichen von deutlichen Ermutigungen bis zu der Wahrnehmung, es habe sich kaum etwas verändert. Sie werden als persönliche Erfahrungen gelesen; abschließende Bewertungen ganzer Länder werden aus ihnen nicht abgeleitet. Herkunftsangaben aus dem Fragebogen beziehen sich in diesem Bericht durchgehend auf fünf Regionen, Westeuropa, Mittel- und Südosteuropa, Nordeuropa, Südeuropa sowie Osteuropa. Westeuropa umfasst Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz, Mittel- und Südosteuropa Österreich, Kroatien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, Nordeuropa Irland, das Vereinigte Königreich, Island, Lettland und Litauen, Südeuropa Italien, Portugal und Zypern, Osteuropa die Ukraine und Moldau. Als Herkunft einer einzelnen Aussage werden Länder nicht genannt, auch dort nicht, wo mehrere Antworten aus einem Land vorliegen. So bleibt die Darstellung einheitlich, und einzelne Antwortende werden nicht erkennbar.

Gerade die Unterschiede innerhalb desselben Herkunftskontextes sind aufschlussreich. Sie zeigen, dass nationale Orientierung, diözesane Umsetzung und pfarrliche Erfahrung auseinanderfallen können. Die folgende Darstellung unterscheidet deshalb die Art der Schwierigkeiten und die Ebene, auf der sie wahrgenommen werden.

Kernbefund der Einzelantworten

Die Einzelantworten zeigen eine erhebliche Spannung zwischen dem Anspruch synodaler Erneuerung und der erfahrenen kirchlichen Wirklichkeit. Gewachsenes Zuhören und neue Beteiligungsformen stehen neben fortbestehender Machtkonzentration, unklaren Entscheidungswegen und Widerständen gegen geteilte Verantwortung. Wiederholt werden fehlende Leitungsimpulse, Angst vor Autoritätsverlust, klerikale Mentalitäten bei Priestern wie Laien und ausbleibende Folgen von Konsultationen beschrieben. Überlastung, fehlende Bildung und begrenzte Ressourcen verstärken diese Schwierigkeiten. Wo Beteiligung ohne erkennbare Wirkung bleibt, entstehen Ernüchterung, Rückzug und Vertrauensverlust.

Dabei stehen nicht einfach reformbereite Laien einem reformunwilligen Klerus gegenüber. Die Antworten beschreiben engagierte Bischöfe und Priester ebenso wie passive oder widerständige Laien, produktive Gremien ebenso wie selbstbezogene Gruppen und erneuerungsbereite Gemeinden ohne ausreichende Unterstützung. Unterschiede bestehen auch zwischen nationaler, diözesaner und pfarrlicher Ebene. Gerade diese Konstellationen sind für ein Monitoring wichtig, das nicht bei allgemeinen Länderetiketten stehen bleiben soll.

Für die Beurteilung der Schwierigkeiten sind drei Ebenen zu unterscheiden. **Blockaden** sind Handlungsweisen und institutionelle Konstellationen, die Beteiligung oder Umsetzung verhindern beziehungsweise entkräften. **Konfliktlinien** bezeichnen unterschiedliche Vorstellungen von

Synodalität und ihren Konsequenzen. **Rahmenbedingungen** sind etwa Personalmangel, Armut, demografischer Wandel oder Krieg. Diese Ebenen können sich gegenseitig verstärken, verlangen aber unterschiedliche Antworten. Eine theologische Meinungsverschiedenheit ist nicht von sich aus eine Blockade; fehlende Finanzierung lässt sich nicht durch einen Appell an Offenheit beseitigen.

Blockaden in Leitung und Machtverteilung

Aktiver Widerstand und Angst vor Autoritätsverlust

Ein Teil der Einzelantworten beschreibt über langsame Lernprozesse hinaus ausdrückliche Verhinderung oder Ablehnung. Aus Westeuropa wird berichtet, dass klerikal eingestellte Pfarrer Synodalität vor Ort blockieren und ein bischöfliches Verständnis des Prozesses beim Hören stehen bleibt, ohne neue Entscheidungsbeteiligung zu eröffnen. Stimmen aus Mittel- und Südosteuropa nennen die Angst der Leitungsebene vor zu vielen Mitredenden und das Beharren auf rechtlicher Zuständigkeit. Aus Westeuropa wird auch öffentliche bischöfliche Ablehnung geschildert. Diese Wahrnehmungen gelten für die jeweiligen Erfahrungsräume; eine Aussage über sämtliche Verantwortlichen einer Region oder eines Landes ist mit ihnen nicht verbunden.

Aus Nordeuropa wird die bewusste Verweigerung synodaler Beteiligung durch einzelne Priester und Laien berichtet. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa beschreibt, dass synodal Engagierte lächerlich gemacht oder zum Schweigen gebracht würden. In solchen Fällen genügt es nicht, weitere Informationen bereitzustellen. Die berichtete Blockade liegt darin, dass die Bereitschaft anderer zur Mitarbeit keine geschützte und anerkannte Form findet.

Die Antworten legen unterschiedliche Mechanismen nahe. Wo Autorität mit alleiniger Entscheidungsmacht identifiziert wird, kann jede Ausweitung von Beteiligung als Verlust erscheinen. Wo Synodalität als Bedrohung des Glaubens verstanden wird, kann Verhinderung sogar als Pflicht erlebt werden. Diese Deutungen müssen unterschieden werden, damit nicht jede Reserve pauschal als Machtinteresse ausgelegt wird, konkrete Machtfragen aber auch nicht hinter geistlicher Sprache verschwinden.

Zwei Antworten aus West- und Südeuropa verschärfen den Befund. Beide verorten Widerstand ausdrücklich auch bei jüngeren Priestern. Eine dieser Stimmen verbindet dies mit unzureichender Bildung von Laien zu ihrer Taufwürde und mit stark hierarchisch geprägten ländlichen Kontexten. Die andere berichtet von der Vorstellung, mit dem Abschlussdokument von 2024 sei der synodale Weg bereits beendet, und fordert zugleich authentische Haltungen sowie eine überzeugende theologische Begründung. Ein Generationenwechsel allein erscheint aus diesen Perspektiven nicht als hinreichende Antwort.

Fehlende Initiative und nicht gesetzte Priorität

Von aktivem Widerstand zu unterscheiden ist eine Leitung, die den Prozess nicht ausdrücklich bekämpft, ihm aber keine erkennbare Bedeutung gibt. Eine westeuropäische Rückmeldung nennt fehlende Initiative des Bischofs und geringe diözesane Sichtbarkeit. Aus Nordeuropa wird beschrieben, dass der Bischof mit unmittelbar anstehenden Aufgaben beschäftigt sei und Synodalität nicht als innerlich notwendiges Mittel kirchlicher Erneuerung aufgreife. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa betont, dass Synodalität nicht in allen Regionen zu den tatsächlichen Prioritäten gehöre.

Ein anders gelagerter Befund kommt ebenfalls aus Nordeuropa. Dort wird die diözesane Leitung als offen und vermittelnd beschrieben, während die Aufnahme durch Priester und Gemeinden schwach bleibe. Das zeigt, dass Zustimmung auf einer Leitungsebene nicht automatisch eine tragfähige Umsetzungskette entstehen lässt. Auch aus Mittel- und Südosteuropa werden örtliche Aufbrüche und zugleich der Wunsch nach einer deutlicheren gemeinsamen Unterstützung durch die Bischöfe benannt.

Für das Monitoring wäre daher neben offiziellen Erklärungen nach weiteren Voraussetzungen zu fragen. Entscheidend sind Zuständigkeiten, verfügbare Zeit, Bildungsangebote, Unterstützung bei Konflikten und die erkennbare Rückbindung an Gemeinden. **Eine erklärte Priorität ohne solche Voraussetzungen bleibt organisatorisch schwach.**

Blockaden zwischen Konsultation und Entscheidung

Beteiligung ohne geklärten Weg zu Verantwortung

Eine westeuropäische Rückmeldung formuliert das Problem besonders präzise. Es sei unklar, wann konsultiert werden solle, wer zu welcher Frage einzubeziehen sei und wie dies geschehen müsse. Neben einer zu geringen Zahl von Gesprächen betrifft die Schwierigkeit damit deren Funktion. **Wenn nicht klar ist, wozu gehört wird und was aus dem Gehörten folgt, bleibt Beteiligung unverbindlich.**

Aus Nordeuropa wird der Übergang von Teilnahme zu Mitverantwortung ausdrücklich als Problem benannt. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa beschreibt eine Distanz zwischen Konsultation und konkretem kirchlichem Leben sowie Schwierigkeiten, Entscheidungen und Verantwortung zu teilen. Stimmen aus Westeuropa unterstreichen, dass gemeinsames Beraten ohne gemeinsames Entscheiden nicht genüge. Eine weitere westeuropäische Rückmeldung fordert Beteiligungsrechte, die nicht allein vom freiwilligen Zugeständnis der Hierarchie abhängen.

Daraus ergeben sich mehrere voneinander zu unterscheidende Fragen. Können Menschen Themen einbringen? Werden sie an der Vorbereitung einer Entscheidung beteiligt? Ist ihre Mitwirkung nur beratend oder auch entscheidungswirksam? Wird begründet, wenn ein Beratungsergebnis nicht übernommen wird? Die Einzelantworten legen nahe, dass diese Ebenen häufig nicht ausreichend geklärt oder miteinander verbunden sind.

Vorhandene Strukturen ohne erneuerte Praxis

Gremien sind in den Antworten nicht durchweg die Lösung und ebenso wenig durchweg das Problem. Aus Westeuropa wird einerseits eine gewachsene Kultur gemeinsamer Beratung beschrieben. Andererseits können viele Regelungen und Gremien wenig Raum für Unvorhergesehenes lassen. Eine weitere Antwort stellt fest, dass trotz zahlreicher Organisationen geeignete Foren fehlen, in denen der Glaubenssinn des Gottesvolkes zur Sprache kommt und gemeinsam geklärt wird.

Weitere westeuropäische Rückmeldungen zeigen eine verwandte Spannung. Ein vorhandenes, staatskirchenrechtlich abgesichertes Mitspracherecht kann Beteiligung ermöglichen, zugleich aber die Frage auslösen, weshalb überhaupt noch mehr Veränderung notwendig sei. Eine Stimme aus Mittel- und Südosteuropa kritisiert, dass sich vor allem der Diskurs verändert habe, während rechtliche Kompetenzen unverändert blieben. Eine weitere westeuropäische Stimme setzt einen anderen Akzent und sieht unmittelbare Hindernisse vorrangig in der mangelnden Nutzung vorhandener Möglichkeiten und erst in zweiter Linie in Vorschriften.

Diese Unterschiede sind wichtig. Eine pauschale Forderung nach mehr Gremien würde an manchen Erfahrungen vorbeigehen; die Behauptung, alle nötigen Möglichkeiten seien bereits vorhanden, an anderen ebenso. Zu prüfen wäre jeweils, ob ein Problem in fehlenden Rechten, unklaren Verfahren, mangelnder Nutzung oder in einer Beziehungskultur liegt, die formale Beteiligung entwertet.

Weitere Antworten zeigen, dass vorhandene Beteiligungsstrukturen selbst zum Gegenstand kritischer Prüfung werden müssen. Eine Stimme aus Mittel- und Südosteuropa beschreibt nebeneinander Selbstzufriedenheit, Überlastung, Desinteresse und Ernüchterung über ausbleibende Veränderungen. Eine westeuropäische Rückmeldung weist darauf hin, dass bereits bestehende partizipative Gremien die Bereitschaft zu Selbstkritik und Reform vermindern können.

Eine weitere Rückmeldung aus diesem Raum beschreibt ein konkretes institutionelles Dilemma. Zusätzliche Strukturen seien unerwünscht, bestehende wolle zugleich niemand aufgeben, weil damit Macht und Beteiligungsmöglichkeiten verbunden seien. Auch die Gleichsetzung staatskirchenrechtlicher Organisation mit Demokratie und Synodalität wird ausdrücklich problematisiert. Hinzu kommen nach dieser Wahrnehmung Schwierigkeiten des gemeinsamen Handelns kirchenrechtlicher und staatskirchenrechtlicher Gremien, unterschiedliche Finanzierungsbedingungen sowie kirchenkulturelle Unterschiede. Das ist ein genauerer Befund als eine allgemeine Reformmüdigkeit. Er verweist auf die Abstimmung verschiedener Träger und die Frage, wie bestehende Beteiligung tatsächlich zu gemeinsamer Verantwortung führt.

Blockaden in Beziehungen, Kommunikation und Eigenverantwortung

Vertrauensverlust und geschlossene Informationswege

Mehrere Einzelantworten beschreiben eine beschädigte Beziehung zwischen kirchlichen Ebenen. In einer Rückmeldung aus Mittel- und Südosteuropa ist von einem Kommunikationsbruch zwischen Bischöfen, Priestern und Gottesvolk in beide Richtungen die Rede. Aus Nordeuropa wird fehlende Verbindung und Gastfreundschaft zwischen Priestern, Pfarrmitarbeitenden und Menschen, die sich beteiligen möchten, beklagt. Damit betrifft die Blockade bereits den Zugang zur Gemeinschaft, noch bevor formale Mitentscheidung möglich wird.

Eine Einzelantwort aus Mittel- und Südosteuropa schildert einen konkreten Pfarrkonflikt im Zusammenhang mit neuen diözesanen Strukturen. Nach ihrer Darstellung wurden Informationen zurückgehalten oder verzerrt, andere Positionen nicht angenommen und Engagierte zum Rückzug gebracht. Diese Schilderung ist als Erfahrung der antwortenden Person zu lesen; ein abschließendes Urteil über die beteiligten Personen erlaubt sie nicht. Sie zeigt, dass auch nichtgeweihte Schlüsselpersonen informelle Macht ausüben können.

Davon zu unterscheiden ist das Problem, dass vorhandene Arbeit nicht wahrgenommen wird. Eine westeuropäische Antwort beschreibt, wie bei geringen personellen Ressourcen durchaus viel geschehe, aber die Ergebnisse die Gemeinschaft nicht erreichten. Hier wäre nicht vorschnell mangelnde Initiative zu unterstellen. Nötig wären verlässliche Kommunikationswege und Rückmeldungen, die auch Menschen außerhalb des engeren Kreises erreichen.

Passivität, Klerikalismus der Laien und geschlossene Gruppen

Die Erwartung, dass Leitung alles regelt, ist selbst eine wiederkehrende Schwierigkeit. Eine westeuropäische Antwort beschreibt, dass Gläubige trotz der Rede von ihrer Verantwortung weiterhin auf Vorgesetzte schauen und von ihnen Lösungen erwarten. Aus mehreren Ländern Mittel- und Südosteuropas werden klerikale Mentalitäten auch unter Laien benannt. **Geteilte Verantwortung scheitert dann daran, dass sie nicht gewährt wird, und teilweise auch daran, dass sie nicht eingeübt, zugetraut oder angenommen wird.**

Eine weitere Einzelantwort aus dieser Region zeigt eine besondere Form von Selbstgenügsamkeit. Bestehende Gebets-, Gesangs- und Seniorengruppen können als Zeichen eines vollständigen und erfolgreichen Pfarrlebens verstanden werden. Was für die Zugehörigen Halt und Gemeinschaft schafft, kann den Blick auf Menschen außerhalb dieser Kreise begrenzen. Ähnlich wird aus Westeuropa ein übermäßiges Festhalten an Pfarrtraditionen beschrieben.

Zu prüfen ist deshalb, unabhängig vom Wert von Tradition und stabilen Gruppen, ob ihre Stabilität Begegnung und Beteiligung weiterer Menschen ermöglicht oder verhindert. Eine synodale Öffnung muss vorhandene Bindungen respektieren und zugleich nach denjenigen fragen, die in ihnen keinen Platz finden.

Blockaden des Verständnisses und der kirchlichen Selbstwahrnehmung

Fehlende Bildung und eine nur äußerliche Aneignung

Unwissenheit wird teilweise knapp, teilweise sehr differenziert benannt. Eine westeuropäische Antwort nennt sie als vorrangige Blockade. Weitere westeuropäische Stimmen beschreiben einen komplexen Begriff, der auch für Leitungspersonen schwer mit konkreten Inhalten zu füllen sei. Eine Rückmeldung aus Nordeuropa fragt grundsätzlicher nach dem Verständnis, wer Kirche ist und wozu sie besteht.

In einer weiteren westeuropäischen Antwort wird davor gewarnt, dass Synodalität äußerlich bleibe und weder als Lebensweise noch als geistliche Haltung angeeignet werde. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa beschreibt Menschen, die am Prozess gleichsam von außen teilnehmen, ohne sich auf eine innere Veränderung einzulassen. Antworten aus Mittel- und Südosteuropa und aus Nordeuropa machen zudem darauf aufmerksam, dass Bildung nicht überall ausreichend gefördert oder von Verantwortlichen priorisiert wird.

Bildung meint in diesem Zusammenhang mehr als Erläuterungen zu Dokumenten. Die Antworten benennen fehlende Fähigkeiten zum gemeinsamen Unterscheiden, zu kooperativer Leitung und zum verantwortlichen Handeln von Laien. Wo Bildung fehlt, kann Unsicherheit bestehende Abhängigkeiten verstärken. Wo sie angeboten wird, aber keine realen Beteiligungsmöglichkeiten folgen, bleibt ihre Wirkung ebenfalls begrenzt.

Defensive Identität, politische Verflechtung und Angst vor der Gegenwart

Einige Antworten beschreiben eine kirchliche Selbstwahrnehmung, in der Neues zunächst als Gefahr erscheint. Eine Rückmeldung aus Mittel- und Südosteuropa nennt Parteipolitik in Gemeinden, Nationalismus, antimodernistische Glaubensauffassungen und die Neigung zu autoritärer Leitung. Alte Modelle würden erhalten, weil sie Sicherheit vermittelten, auch wenn sie der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht mehr entsprächen.

Eine weitere Antwort aus dieser Region verbindet mangelnde Offenheit mit nationaler Identität, Vergangenheitsnostalgie und einer häufig moralisch-abwehrenden Reaktion auf Säkularisierung. Sie beobachtet solche Tendenzen ausdrücklich auch bei jüngeren Menschen. Eine dritte Stimme aus der Region beschreibt Angst vor einem Verdacht aus Rom und die Wahrnehmung der Synodalität als gehorsam zu erledigende Aufgabe statt als eigener Erneuerungsweg. Auch westeuropäische Antworten sprechen das Verhältnis zu Rom an. Sie beschreiben römischen Zentralismus, das Warten auf römische Entscheidungen, die ausstehende *recognitio* für eine nationale synodale Struktur und internationale Interventionen als Belastung. Eine vierte Stimme aus Mittel- und Südosteuropa verweist auf politische Polarisierung und nachwirkende postkommunistische Denkformen.

Daraus lässt sich keine einheitliche Diagnose für diese Region ableiten. Die Stimmen benennen unterschiedliche lokale und historische Konstellationen. Gemeinsam ist ihnen der Hinweis, dass synodale Prozesse dort schwach bleiben können, wo kirchliche Identität vorwiegend durch Abgrenzung, Sicherheit und Verteidigung bestimmt wird. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa ergänzt, dass die Sorge um religiöse Praxis das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsverantwortung zurückdrängen könne.

Ausschluss, Glaubwürdigkeitsverlust und enttäuschte Erwartungen

Frauen und die Grenzen realer Gleichwürdigkeit

Mehrere Antworten sehen in der Stellung von Frauen eine Grenze kirchlicher Glaubwürdigkeit. Aus Westeuropa wird die Spannung zwischen unverzichtbarer tatsächlicher Verantwortung von Frauen und ihrem Ausschluss vom Priestertum beschrieben. Eine weitere Rückmeldung aus diesem Raum verbindet die Frauenfrage mit einer Kritik an mangelnder Machtteilung und an der Nichtaufnahme theologischer Erkenntnisse.

Stimmen aus Mittel- und Südosteuropa nennen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern sowie Vorurteile gegen die Beteiligung bisher weniger repräsentierter Gruppen. Eine westeuropäische Antwort hebt den Wunsch nach größerer liturgischer Sichtbarkeit hervor. Die Anliegen sind damit nicht identisch. Sie reichen von Anerkennung und Repräsentation über Leitung bis zum Zugang zu Weiheämtern und dürfen nicht auf eine einzige Forderung verkürzt werden.

Die Blockade besteht nach diesen Stimmen dort, wo vorhandene Gaben und übernommene Verantwortung institutionell nicht entsprechend anerkannt werden. Diese Erfahrungen sind ernst zu nehmen, ohne daraus eine Übereinstimmung aller Antwortenden in jeder Reformfrage abzuleiten.

Missbrauchsfolgen, Rückzug und Verlust von Zukunftsvertrauen

Die Folgen sexualisierter Gewalt werden in Antworten aus West- und Nordeuropa ausdrücklich benannt. Sie betreffen neben dem öffentlichen Ansehen die Bereitschaft engagierter Menschen, weiterhin Verantwortung zu übernehmen. Eine westeuropäische Stimme berichtet, dass selbst früher kirchlich eng verbundene Menschen nach dem Sinn weiteren Engagements fragten. Eine Antwort aus Nordeuropa beschreibt Demoralisierung und Angst vor Zurückweisung oder Scheitern.

Daneben wirkt die Erfahrung ausbleibender Veränderungen. Aus Westeuropa werden der Übergang von Aufbruch zu Müdigkeit und ein deutlicher Rückgang der anfänglichen Begeisterung geschildert. Weitere westeuropäische Stimmen sprechen von Ermüdung und mangelnder Durchschaubarkeit. Wo wiederholt Hoffnung geweckt wird, ohne dass erkennbare Konsequenzen folgen, kann ein weiterer Beteiligungsauftrag unglaubwürdig werden.

Daraus ergibt sich ein wichtiger Unterschied. **Misstrauen kann eine begründete Reaktion auf Verletzungen und enttäuschte Zusagen sein und darf nicht einfach als Widerstand gegen Synodalität etikettiert werden.** Zur Glaubwürdigkeit gehören hier außer einer neuen Einladung

auch Verantwortungsübernahme, Schutz, nachvollziehbare Konsequenzen und verlässliche Rückmeldung.

Erschwerende Rahmenbedingungen

Überlastung, Personalmangel und unzureichende Finanzierung

Einzelantworten aus Nordeuropa, aus Westeuropa und aus Mittel- und Südosteuropa verbinden Priestermangel mit größer werdenden Zuständigkeitsräumen, zu wenig Zeit und fehlenden Möglichkeiten für die Ausbildung von Laien. Eine Antwort aus Nordeuropa macht besonders deutlich, dass Bildung allein nicht genügt, wenn anschließend keine angemessenen Beschäftigungs- und Integrationsmöglichkeiten bestehen. Eine weitere Antwort aus Nordeuropa beschreibt begrenzte wirtschaftliche Mittel und die nachwirkende Unterbrechung einer Kultur des Mäzenatentums.

Die Wirkung dieser Schwierigkeiten reicht über eine äußere Begrenzung hinaus. Wenn wenige Personen immer mehr leisten müssen, wird die Bewahrung des unmittelbar Notwendigen plausibel, während Erneuerung aufgeschoben wird. Zugleich könnten geteilte Verantwortung und neue Mitarbeit entlasten, benötigen aber zunächst genau jene Begleitung, für die kaum Zeit bleibt. So lässt sich ein sich selbst verstärkender Zusammenhang von Überlastung, geringer Beteiligung und weiter steigender Belastung erkennen.

Antworten aus Westeuropa ergänzen, dass auch vorhandene Ressourcen und gewachsene Strukturen Veränderung nicht automatisch erleichtern. Ein ausgebauter Status quo kann Beharrung begünstigen; kleinteilige Organisation kann gemeinsame Vorhaben erschweren. Monitoring sollte deshalb außer nach der Menge von Ressourcen auch nach ihrer Verteilung und Verwendung fragen.

Eine Antwort aus Nordeuropa setzt einen besonders wichtigen Akzent. Sie beschreibt eine veränderte synodale Pastoralplanung, die Stärkung örtlicher Beteiligungsorgane und eine Gruppe zum Dienst von Frauen. Zugleich stehen veränderte Zusammensetzungen von Klerus und katholischer Bevölkerung, erschöpfte Finanzen und Immobilienfragen im Vordergrund. Synodalität bleibe nach dieser Stimme am Rand, solange sie nicht als die Weise verstanden werde, gerade solche drängenden Probleme gemeinsam zu bearbeiten. Die Kritik richtet sich damit gegen ihre Behandlung als zusätzliches Sonderprogramm.

Demografie, ländliche Räume und kulturelle Vielfalt

Überalterung und nachlassende Bindung werden in mehreren Kontexten genannt. Zugleich zeigen die Antworten, dass junge Menschen nicht automatisch für Öffnung stehen und ältere Menschen nicht automatisch gegen sie. Aus Mittel- und Südosteuropa wird beschrieben, dass gerade Jüngere Sicherheit in traditionellen Formen suchen können. In Westeuropa reichen die Beobachtungen von Desinteresse bis zu Zurückhaltung gegenüber dem Prozess, die sich durch eine eigene Erfahrung verändern kann.

Eine westeuropäische Antwort benennt Schwierigkeiten der Vermittlung und Teambildung im ländlichen Raum. Eine weitere verweist auf unterschiedliche Dynamiken innerhalb eines Landes. Eine Antwort aus Nordeuropa stellt die Gemeinschaftsbildung in vielsprachigen und multikulturellen Gemeinden in den Mittelpunkt. Diese Bedingungen verlangen verschiedene Zugänge; ein einheitliches europäisches Bildungs- oder Beteiligungsformat würde ihnen nur begrenzt gerecht.

Krieg, Armut und Emigration

Eine Antwort aus Osteuropa setzt einen existenziellen Akzent. Der Krieg und die Entmenslichung des Lebens bilden die größte Einschränkung; Hoffnung richtet sich auf Überleben, christliche Reifung und Verantwortung unter diesen Bedingungen. Eine weitere Rückmeldung aus dieser Region nennt Krieg, Armut und Emigration. Diese Stimmen dürfen nicht unter einer allgemeinen Kategorie mangelnder Umsetzungsbereitschaft eingeordnet werden.

Auch die knappe Nennung „Mission“ in den betreffenden Antwortfeldern ist nicht eindeutig als Behauptung zu lesen, Mission selbst sei eine Blockade. Plausibler ist, darin ein unter schwierigen Bedingungen bedrängendes Aufgabenfeld zu erkennen. Für das Monitoring folgt daraus die Notwendigkeit einer klärenden Rückfrage und konkreter Unterstützung statt vorschneller Zuschreibung von Widerstand.

Eine dritte Antwort aus diesem Raum schildert einen durch den Krieg unterbrochenen Prozess. Zunächst hätten Menschen in den Pfarreien erleichtert auf die Einladung reagiert, ihre Meinung einzubringen; anschließend sei keine Veränderung erfahrbar geworden. Genannt werden ein fehlendes diözesanes Forum für Vorschläge von Laien, starke Abhängigkeit von wenigen Priestern und fehlende Beauftragung zur Mitverantwortung. Die Aussage verbindet damit Kriegsbedingungen und institutionelle Hindernisse, ohne beides gleichzusetzen.

Konfliktlinien über das Ziel synodaler Erneuerung

Die Einzelantworten benennen Hindernisse und zeigen zugleich unterschiedliche Erwartungen daran, wohin der Weg führen soll; auch der Weg selbst ist also strittig. Diese Differenzen müssen neben den Blockaden sichtbar bleiben.

Mitentscheidung und Demokratisierung werden gegensätzlich gewichtet. Stimmen aus Westeuropa verlangen verbindliche Machtteilung und gemeinsame Entscheidungen. Eine Antwort aus Mittel- und Südosteuropa sieht dagegen ein Missverständnis und einen Missbrauch von Synodalität als Demokratisierung. Es bleibt zu klären, welche konkreten Verfahren die Beteiligten meinen und welches Verständnis von Amt und gemeinsamem Unterscheiden dahintersteht.

Geistliche Erneuerung und Strukturreform werden unterschiedlich verbunden. Einige Antworten befürchten eine Verengung auf eine folgenlose spirituelle Dimension; andere beklagen gerade fehlende innere Aneignung und eine bloß äußere Teilnahme am Prozess. Diese Aussagen widersprechen sich nicht zwangsläufig, können aber zu unterschiedlichen

Prioritäten führen. Für die Weiterarbeit sind geistliche Vertiefung und institutionelle Verbindlichkeit gemeinsam zu prüfen, ohne eine Seite zur Entschuldigung für das Unterlassen der anderen zu machen.

Veränderungsdruck und langfristiger Kulturwandel stehen in Spannung. Eine Stimme aus Mittel- und Südosteuropa fordert rasches Handeln angesichts ökologischer und gesellschaftlicher Krisen. Eine westeuropäische Stimme warnt vor zu frühen Erwartungen an eindeutige Resultate. Der Unterschied betrifft sowohl den Zeithorizont als auch die Frage, woran Fortschritt erkennbar sein soll. Geduld braucht nachvollziehbare Zwischenschritte; Dringlichkeit braucht realisierbare Entscheidungen.

Erneuerung und Bewahrung werden zugleich erwartet. Eine westeuropäische Antwort beschreibt den Wunsch nach Mitbestimmung, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit und einer Lockerung des Zölibats bei gleichzeitiger Erwartung flächendeckender Angebote in gewohnter Qualität. Eine Rückmeldung aus Südeuropa nennt unterschiedliche Diagnosen der kirchlichen Situation und das Ringen um Einheit ohne Uniformität oder Fragmentierung. Konflikte entstehen deshalb zwischen klar abgrenzbaren Lagern und ebenso innerhalb derselben Erwartungen.

Auch kritische Gegenstimmen sind dokumentiert. Eine Antwort aus Westeuropa hält einige Themen in Europa für überbetont, sodass das Eigentliche in den Hintergrund gerate. Eine andere, ebenfalls aus Westeuropa, beschreibt, dass Synodalität für viele zu einer Waffe geworden ist, um andere anzuklagen. Eine Antwort aus Nordeuropa bittet um europäische Anstrengungen gegen Desinformation über Synodalität und über die Erneuerung durch das Konzil. Eine weitere aus dieser Region beschreibt den bewussten Widerstand von Priestern und Laien mit fundamentalistischen Haltungen.

Mehr Mitverantwortung wird nicht durchgängig mit Lehrveränderungen verbunden. Eine Antwort aus Osteuropa bejaht ausdrücklich eine veränderte kirchliche Arbeitsweise und stärkere Laienbeteiligung, lehnt aber eine Nutzung der Synodalität für politische oder ideologische Anliegen und für Lehrveränderungen ab. Die Antwort bezeichnet den gewünschten Weg als „dynamische Orthodoxie“. Diese Position steht innerhalb des Erneuerungswillens und macht dort eine Konfliktlinie sichtbar.

Veränderungen und Ressourcen, an die angeknüpft werden kann

Die Konzentration auf Blockaden darf vorhandene Erfahrungen nicht unsichtbar machen. Beschrieben werden größere Offenheit zwischen Bischöfen und Laien, synodale Materialien und gemeindenähe Zugänge in Westeuropa sowie Bildungsangebote, Synodalteams und konkrete diözesane Prozesse in Mittel- und Südosteuropa. Aus derselben Region wird auch von lokalen Initiativen trotz schwach wahrgenommener übergeordneter Entwicklung berichtet. Eine Antwort aus Nordeuropa verbindet kirchliche Vermittlung mit positiven Erfahrungen in Jugendpastoral und geweihtem Leben.

Auch widersprüchliche Antworten aus demselben Herkunftskontext sind aufschlussreich. Der Bericht über einen Kongress, die Beschreibung vorsichtig wachsender Mitverantwortung und die Aussage, es habe sich nichts verändert, dürfen nicht zu einem Durchschnittsbild eingeebnet werden. Sie zeigen, dass die Frage nach dem Ort und der Erfahrungsperspektive für jede weitere Rückfrage entscheidend ist.

Für die europäische Arbeit ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe. Sie muss dort unterstützen, wo Beteiligung verhindert oder erschwert wird, und zugleich verstehen, wodurch konkrete Erfahrungen gelingen. Die Übersicht nach Regionen am Ende dieses Teils erschließt diese Unterschiede; sie ersetzt nicht die Klärung mit den jeweiligen Beteiligten.

Weitere Antworten erweitern auch die positiven Befunde. Eine Antwort aus Südeuropa beschreibt verbindlich gewordene Strukturen geteilter Verantwortung und daraus hervorgegangene Verhaltensänderungen. Eine westeuropäische Antwort nennt ein neues diözesanes Gremium und eine stärkere Vermittlung an Pfarrgemeinderäte. Eine Antwort aus Nordeuropa berichtet von synodaler Pastoralplanung und einem neuen Ressourcen- und Begleitprogramm für örtliche Beteiligungsorgane. Eine weitere westeuropäische Antwort beschreibt Synodalität als Querschnittsthema, das den Übergang von einem institutionell eingeübten Funktionieren zu gemeinschaftlichem Handeln verlangt. Diese Erfahrungen sind jeweils örtlich berichtete Entwicklungen; für umfassende Länderdiagnosen reicht ihre Grundlage nicht aus.

Zukunftserwartungen und ausdrücklich europäische Anliegen

Synodalität als gewöhnliche Weise des Kircheseins

Die Hoffnungen reichen über die Fortsetzung eines zeitlich begrenzten Prozesses hinaus. Antworten aus Mittel- und Südosteuropa wünschen eine dauerhafte Kultur von Begegnung, Unterscheidung und gemeinsamer Verantwortung. Eine Stimme aus Nordeuropa beschreibt den erhofften Weg als Exodus aus überkommenen Gewohnheiten zu einer neuen Identität als Gottesvolk. Andere Antworten betonen eine Öffnung der Kirche, die missionarische Kraft des Evangeliums und die Verbindung von persönlicher Glaubwürdigkeit und institutioneller Veränderung.

Aus Westeuropa wird ausdrücklich erwartet, dass Worte und Papiere zu rechtsverbindlichen Reformen, Machtteilung und Kontrolle führen. Stimmen aus Mittel- und Südosteuropa heben Geschlechtergerechtigkeit und die transformative Bedeutung des Evangeliums hervor. Eine südeuropäische Antwort verbindet geistliche Erneuerung mit verantwortlichen Konsequenzen aus übernommenen Aufgaben. Die Hoffnungen sind damit weder auf Struktur noch auf Spiritualität reduzierbar.

Eine westeuropäische Rückmeldung konkretisiert die Hoffnung auf Verbindlichkeit durch Forderungen nach rechtlich verankerten Beispruchsrechten für Laienvertretungen, Mitbestimmung von Pfarrgemeinderäten und Evaluation von Bischöfen durch das Kirchenvolk. Hinzu kommen Dezentralisierung, regionale Lösungen, eine stärkere Entkopplung von Weihe und

Macht sowie Erprobungsräume für die Predigt von Laien. Es handelt sich um Reformanliegen der antwortenden Person, die bislang weder als Befugnisse bestehen noch von den Antwortenden gemeinsam beschlossen wurden.

Lernen zwischen Ortskirchen statt Übertragung eines Einheitsmodells

Mehrere Antworten verbinden Europa ausdrücklich mit dem Austausch konkreter Erfahrungen. Eine westeuropäische Stimme betont, dass gute Praxis als Anregung für die eigene Situation erschlossen und dabei an deren Bedingungen angepasst werden müsse. Weitere Antworten aus Westeuropa und aus Mittel- und Südosteuropa wünschen Beziehungen, hilfreiche Beispiele und kleine umsetzbare Schritte. Eine weitere Antwort aus Mittel- und Südosteuropa erwartet klare Orientierung und pastorale Hilfsmittel, um Trägheit und geringe Beteiligung überwinden zu können.

Eine Stimme aus Mittel- und Südosteuropa verweist bereits auf als hilfreich erlebte internationale Bildungsangebote und geteilte Ressourcen. Eine Antwort aus Nordeuropa erwartet eine gemeinsame Deutung der Zeichen der Zeit sowie Unterstützung dabei, neue Impulse ohne zusätzliche Lagerbildung aufzunehmen. Diese Antworten begründen einen europäischen Auftrag, der die Ortskirchen befähigt, statt ihnen ihre Entscheidungen abzunehmen.

Weitere Antworten benennen den europäischen Unterstützungsauftrag besonders unmittelbar. Eine westeuropäische Antwort fordert interdiözesane Unterstützung und europäische Vernetzung in einem „Synodality Network“. Eine Antwort aus Nordeuropa setzt auf Verbindungen zwischen Menschen, das Teilen guter Erfahrungen und neue Formen synodaler Gemeinschaft. Eine weitere westeuropäische Stimme wünscht geduldige Übersetzungsarbeit zwischen kirchlichen Ebenen und die Bereitschaft, eigene Positionen zu weiten. Diese Anliegen verbinden örtliche Verantwortung mit einem konkreten Bedarf an grenzüberschreitender Unterstützung.

Methodische Vielfalt und angemessene Entscheidungswege

Eine westeuropäische Rückmeldung enthält einen konkreten, eigenständigen Wunsch. Neben dem ignatianisch geprägten Gespräch im Geist sollten weitere synodale Methoden erschlossen werden, weil nicht allen Menschen dieselbe Form liege und manche Fragen zeitnah entschieden werden müssten. Genannt werden die dominikanische Disputation und am benediktinischen Kapitel orientierte Formen.

Diese Stimme erweitert den Bildungsauftrag. Zur möglichst flächendeckenden Einführung einer Methode tritt die Aufgabe, die Eignung verschiedener Formen für unterschiedliche Fragen und Kontexte zu prüfen.

Europäische Verantwortung für Frieden, Demokratie und Gemeinwohl

Einzelne Antworten formulieren einen ausdrücklich gesellschaftlichen Horizont. Eine westeuropäische Stimme verbindet europäische kirchliche Zusammenarbeit mit Frieden, Freiheit und Demokratie sowie der Fähigkeit der Kirche, politisch verhärtete Grenzen zu überschreiten. Eine weitere westeuropäische Antwort hebt soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichheit, Respekt und Gemeinwohl hervor. Stimmen aus Mittel- und Südosteuropa nennen ökologische Dringlichkeit, Armutsbekämpfung und die Überwindung kirchlicher Selbstbezogenheit.

Europa ist in diesen Antworten daher mehr als eine Plattform für innerkirchliche Erfahrungsberichte. Es ist auch ein gemeinsamer Verantwortungsraum, in dem die Kirche ihre Sendung angesichts gesellschaftlicher Krisen wahrnehmen soll. Diese Perspektive bleibt als eigener Akzent neben den institutionellen und geistlichen Erwartungen stehen.

Konsequenzen für eine synodale Leitungspraxis

Beteiligung braucht eine erkennbare Wirkung

Die Einzelantworten legen nahe, die Qualität synodaler Prozesse nicht zuerst an der Zahl der Einladungen oder Gespräche zu messen. Entscheidend ist, ob Menschen verstehen, wozu sie beteiligt werden und welche Bedeutung ihr Beitrag für das gemeinsame Handeln erhält. Ein Hörprozess kann gut vorbereitet und geistlich vertieft sein und dennoch enttäuschen, wenn die weitere Bearbeitung unklar bleibt. Die Frage nach der Wirkung mag als Ausdruck eines bloß instrumentellen Verständnisses von Synodalität erscheinen; sie gehört jedoch zur Verantwortung für die geweckten Erwartungen.

Für Leitung ergibt sich daraus die Aufgabe, den Weg einer Beratung vor ihrem Beginn möglichst klar zu bestimmen. Welche Frage steht zur gemeinsamen Unterscheidung? Welche Erfahrungen werden benötigt? Wer bereitet eine Entscheidung vor, wer trägt die Zuständigkeit und wie wird das Ergebnis vermittelt? Nicht jede Beratung kann oder soll über alles entscheiden. **Aber jede ernst gemeinte Beratung benötigt eine erkennbare Verbindung zur Verantwortung derjenigen, die eingeladen haben.**

Diese Verbindung wird besonders dort wichtig, wo ein Beratungsergebnis nicht übernommen wird. Eine Begründung ist dann nicht bloß kommunikative Ergänzung einer bereits getroffenen Entscheidung. Sie anerkennt die Beteiligten als verantwortliche Subjekte des kirchlichen Lebens. Wo eine solche Begründung fehlt, wird leicht der Eindruck erzeugt, die Beteiligung sei nur erwünscht, solange sie die bereits vorhandene Absicht bestätigt.

Verantwortung teilen und Verantwortung klären

Der Fragebogen zeigt sowohl den Wunsch nach größerer Eigenverantwortung als auch Unsicherheit darüber, wer wofür zuständig ist. Geteilte Verantwortung entsteht nicht durch eine möglichst unbestimmte Verteilung von Aufgaben. Sie braucht erkennbare Rollen, die Möglichkeit fachlicher Rückfrage und eine verlässliche Form der Rechenschaft. Sonst können neue Beteiligungsformen zu zusätzlichen Belastungen führen, ohne die Machtverteilung tatsächlich zu verändern.

Das betrifft die Verantwortung von Priestern und Laien gleichermaßen. Priester dürfen nicht für jede Entscheidung verantwortlich bleiben, während gleichzeitig andere zu selbständigem Handeln aufgefordert werden. Laien sollen nicht Aufgaben übernehmen müssen, ohne die dazu nötigen Informationen, Befugnisse und Unterstützung zu erhalten. Eine synodale Leitungspraxis muss die jeweilige Verantwortung so gestalten, dass sie tatsächlich wahrgenommen werden kann.

Ebenso wichtig ist die Unterscheidung zwischen Mitarbeit, Mitberatung und Mitentscheidung. Alle drei können sinnvoll sein, sind aber nicht dasselbe. Wird einfache Mitarbeit als Mitverantwortung bezeichnet, obwohl weder die Aufgabenstellung noch ihre Durchführung mitgestaltet werden kann, entsteht eine begriffliche Unklarheit mit praktischen Folgen. Umgekehrt darf nicht jede Form gemeinsamer Verantwortung nur dann als wertvoll gelten, wenn sie mit identischer Entscheidungskompetenz verbunden ist.

Die mittleren Ebenen ernst nehmen

Zwischen bischöflicher Orientierung und pfarrlicher Praxis liegen zahlreiche Vermittlungsräume. Dazu gehören diözesane Verantwortungsbereiche, Dekanate, pastorale Dienste, Ausbildungsstätten und die alltägliche Kommunikation zwischen diesen Ebenen. Der Fragebogen zeigt, dass Impulse dort aufgenommen, verändert, verzögert oder nicht weitergegeben werden können. Ein klares bischöfliches Bekenntnis zur Synodalität ist deshalb wichtig, aber allein noch keine Gewähr für ihre Umsetzung.

Die Qualität dieser Vermittlung sollte selbst Gegenstand gemeinsamer Reflexion werden. Wo fehlen Kenntnisse, wo Zuständigkeiten, wo Zeit? Welche Personen tragen bereits Verantwortung, ohne dafür ausreichend Unterstützung zu erhalten? Welche Informationen erreichen Gemeinden nicht, obwohl sie verfügbar wären? Solche Fragen helfen, zwischen fehlendem Willen und unzureichenden Bedingungen zu unterscheiden.

Eine besondere Aufgabe besteht darin, die Rückmeldung aus der örtlichen Praxis wieder in die diözesane Leitung einzubringen. **Vermittlung ist keine Einbahnstraße.** Wenn Schwierigkeiten vor Ort nur als mangelndes Verständnis eines guten Konzepts gelesen werden, bleibt die Möglichkeit ungenutzt, das Konzept durch die Erfahrung zu verbessern. Synodale Leitung muss sich deshalb auch an den Wirkungen ihrer eigenen Entscheidungen befragen lassen.

Bildung mit realen Handlungsmöglichkeiten verbinden

Der häufig genannte Bildungsbedarf umfasst neben Kenntnissen über Synodalität auch Fähigkeiten, die im gemeinsamen Handeln erlernt werden müssen. Dazu gehören das Hören auf unterschiedliche Erfahrungen, die geistliche Unterscheidung, der Umgang mit Konflikten und die Bereitschaft, Verantwortung, die man einfordert, auch selbst zu übernehmen. Solche Fähigkeiten entstehen nicht durch eine einmalige Information über neue Begriffe.

Bildung gewinnt an Wirkung, wenn sie mit konkreten Aufgaben verbunden ist. Ein Leitungsteam kann an einer tatsächlich anstehenden Entscheidung lernen, wie Informationen geteilt, Betroffene gehört und unterschiedliche Gesichtspunkte gewichtet werden. Ein Rat kann prüfen, ob seine Arbeitsweise Raum für Fragen lässt oder vor allem bereits vorbereitete Vorlagen bestätigt. Eine Gemeinde kann Erfahrungen damit sammeln, neuen Personen nach der Einladung auch die Mitgestaltung zuzutrauen.

Dabei bleibt theologische Bildung unverzichtbar. Praktische Kooperation allein beantwortet noch nicht die Frage, weshalb gemeinsame Verantwortung zum Kirchesein gehört. Umgekehrt bleibt eine theologische Begründung abstrakt, wenn sie ohne entsprechende Erfahrung vermittelt wird. Der Zusammenhang beider Lernwege ist besonders für Priesterbildung, Weiterbildung und die Begleitung ehrenamtlich Verantwortlicher bedeutsam.

Verletztes Vertrauen nicht durch neue Erwartungen überfordern

Wo Menschen durch Missbrauch, Ausschluss oder folgenlose Beteiligung verletzt wurden, kann eine neue Einladung ambivalent wirken. Sie kann Hoffnung eröffnen, aber auch die Erwartung erneuter Enttäuschung hervorrufen. Eine verantwortliche synodale Praxis muss daher anerkennen, dass Vertrauen nicht vorausgesetzt werden kann und dass Rückzug nicht immer mangelnde Bereitschaft bedeutet.

Der Aufbau von Vertrauen verlangt Verlässlichkeit in überschaubaren Schritten. Zusagen müssen eingehalten oder begründet korrigiert werden. Kritik muss möglich sein, ohne dass die Zugehörigkeit der kritisierenden Person infrage gestellt wird. Unterschiedliche Erfahrungen sollten nicht durch den Hinweis auf bereits vorhandene Fortschritte entkräftet werden. **Dass an einem Ort etwas gelungen ist, widerlegt nicht die Erfahrung einer Blockade an einem anderen.**

Bei Missbrauchserfahrungen gelten darüber hinaus eigene Anforderungen. Geistliche Gespräche und gemeinschaftliche Reflexion können zuständige Schutz-, Beschwerde- und Aufarbeitungsverfahren nicht ersetzen. Die Bereitschaft, auf Betroffene zu hören, muss mit fachlicher Verantwortung und dem Schutz ihrer Selbstbestimmung verbunden bleiben. Eine gemeinsame Sprache kirchlicher Verletzlichkeit darf die unterschiedliche Verantwortung von Betroffenen und Verantwortlichen nicht verwischen.

Geduld mit überprüfbaren Schritten verbinden

Die Antworten verlangen sowohl Geduld als auch erkennbare Veränderung. Diese Erwartungen müssen nicht gegeneinanderstehen. Geduld wird dort glaubwürdig, wo ein nächster Schritt benannt, Verantwortung übernommen und eine spätere gemeinsame Prüfung vereinbart wird. Ohne solche Verbindlichkeit kann sie als Aufforderung erscheinen, weiter zu warten, während die entscheidenden Fragen unangetastet bleiben.

Umgekehrt schützt eine geistlich verantwortete Geduld davor, jede neue Struktur bereits als Erneuerung zu feiern. Beziehungen verändern sich langsamer als Zuständigkeitsordnungen. Neue Verantwortung kann Unsicherheit, Verlustgefühle und Konflikte hervorrufen. Diese Erfahrungen brauchen Begleitung, ohne dass sie zum Grund werden, jeden begonnenen Weg wieder zurückzunehmen.

Für die weitere Arbeit empfiehlt sich daher eine Verbindung von begrenzten Vorhaben und längerfristiger Orientierung. Nicht alles muss zugleich verändert werden. Aber das, was begonnen wird, sollte ernsthaft begleitet und auf seine Wirkung hin betrachtet werden. Gerade darin kann eine Leitungskultur entstehen, die sowohl den Menschen als auch dem gemeinsamen Auftrag verpflichtet ist.

Erfahrungen aus dem Fragebogen nach Regionen

Die Übersicht hält die berichteten Schwerpunkte nach Regionen zusammen. Länder werden auch dort nicht einzeln ausgewiesen, wo mehrere Antworten aus einem Land vorliegen; die Region nennt in Klammern, welche Länder sie umfasst. Die Zahl der Antworten ist jeweils angegeben, damit sichtbar bleibt, auf welcher Grundlage eine Erfahrung beschrieben wird. Eine einzelne Stimme eröffnet einen wichtigen Gesprächsanlass, erlaubt aber keine allgemeine Bewertung einer nationalen Kirche. Unter den 56 eingegangenen Antworten finden sich zwei Paare nahezu gleichlautender Antworten, eines aus Mittel- und Südosteuropa und eines aus Südeuropa. Jedes Paar wird in der thematischen Gewichtung als ein Beitrag behandelt; damit liegen 54 eigenständige Beiträge vor.

Region	Antworten	Berichtete Schwerpunkte
Westeuropa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweiz)	19	Neue Zusammenarbeit von Bischöfen und Laien, diözesane und nationale Strukturentwicklung, Synodalteams und Weiterbildung, mehr Konsultation und interdiözesane Vernetzung, zugängliche Materialien, Gespräch im Geist, stärkerer Ausgang von örtlichen Bedürfnissen, Synodalität als Querschnittsthema und mehr Zuhören in einzelnen Gemeinschaften. Zugleich Leitungsängste, lokaler Widerstand, geringe örtliche Wirkung, unklare Konsultationswege, Unwissenheit und Bildungsbedarf, Ernüchterung und Reformmüdigkeit, geringe diözesane Sichtbarkeit und fehlende Initiative, Überlastung, Alterung und Widerstand auch bei jüngeren Priestern und engagierten Laien. Benannt werden mangelnde Verbindlichkeit, intransparente Macht und die Selbstbehauptung bestehender Gremien; problematisiert werden die Gleichsetzung staatskirchenrechtlicher Strukturen mit Demokratie und Synodalität sowie die Abstimmung unterschiedlicher Träger und Finanzierungssysteme. Als Belastung beschrieben werden auch römischer Zentralismus, das Warten auf römische Entscheidungen, die ausstehende recognitio für eine nationale synodale Struktur und internationale Interventionen. Anliegen sind Beteiligungsrechte und Evaluation, die Verbindung zu jungen Menschen, ländliche Vermittlung, Teambildung, stärkere Laienbeteiligung, theologische Begründung, eine gemeinsam handlungsfähige Leitung, methodische Vielfalt, interdiözesane Unterstützung und europäische Vernetzung.
Mittel- und Südosteuropa (Österreich, Kroatien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn)	19	Erste Beteiligungserfahrungen, Synodalteams, Seelsorgeteams, Bildungsangebote und eine neue Gesprächskultur, gestärkte Pastoralräte und Gremien, örtliche Prozesse, neue Teams und die Beteiligung junger Erwachsener auf Pfarrebene sowie ein Wandel zu einer Pastoral mit den Menschen. Zugleich geringe Rezeption und kaum wahrgenommene nationale oder diözesane Entwicklung, ein vor allem im Diskurs sichtbarer Wandel bei unveränderten rechtlichen Kompetenzen, Desinteresse, Ablehnung, Selbstzufriedenheit, fehlende Formation, Trägheit und geringe Reichweite außerhalb des Kernmilieus, begrenzte Ressourcen, Überlastung, Distanz zwischen Klerus und Laien, Kommunikations- und Vertrauensprobleme, örtliche Konflikte, Angst vor Autoritätsverlust, klerikale und autoritäre Muster, ungleiche Beteiligung, politische Einflüsse und teilweise negative öffentliche Darstellungen; Synodalität ist nicht überall eine wirkliche Priorität, eine Stimme warnt vor ihrem Missverständnis als Demokratisierung. Anliegen sind Taufbewusstsein, Geschlechtergerechtigkeit, Transparenz, missionarische Öffnung und Bildung zu geteilter Verantwortung.

Region	Antworten	Berichtete Schwerpunkte
Nordeuropa (Irland, Vereinigtes Königreich, Island, Lettland, Litauen)	11	Nationale Vernetzung, diözesane Veranstaltungen und Gemeindearbeit, gestärkte und erneuerte Pastoralräte, Gespräch im Geist in einzelnen Kontexten, synodale Pastoralplanung mit Unterstützung örtlicher Beteiligungsorgane, eine Gruppe zum Dienst von Frauen, gemeindliche Hörprozesse, vermittelnde Leitung, belebte Jugendpastoral und Zusammenarbeit in einzelnen Gemeinschaften, daneben die Aussage, es gebe keine Veränderung. Zugleich Ressourcenmangel und finanzielle Grenzen, Vertrauensverlust, Missbrauchsfolgen, erschöpfte Leitung und unzureichende Leitungsinitiative, geringe Beteiligung von Priestern und geringe Aufnahme in den Gemeinden, geringe Umsetzung, mangelnde Einheit, unzureichende Einbindung junger Menschen sowie Ermüdung und Skepsis gegenüber Hörprozessen. Anliegen sind die synodale Bearbeitung von Finanz-, Personal- und Immobilienfragen, die Gemeinschaftsbildung in vielsprachigen Gemeinden, Mitverantwortung und die Bewältigung kirchlicher Skandale.
Südeuropa (Italien, Portugal, Zypern)	4	Verbindliche Strukturen geteilter Verantwortung, veränderte Entscheidungsverfahren, mehr Mitverantwortung und mehr gemeinsames Bewusstsein. Zugleich Skepsis im Klerus, nicht beteiligte Pfarreien, Widerstand besonders jüngerer Priester, Bildungsdefizite, Vorurteile, rückläufiges Engagement und die schwierige Einbindung neuer Generationen. Anliegen sind Priesterbildung, die Überwindung stark hierarchischer Praxis und gemeinsame pastorale Vorhaben. Die vier Antworten entsprechen inhaltlich drei Stimmen.
Osteuropa (Ukraine, Moldau)	3	Solidarität als gelebter Glaube im Krieg, mehr Dialog und Teilen, anfängliche Ermutigung. Krieg, Armut, Emigration und Atheismus bestimmen, was möglich ist; Überleben, Schutz des Lebens und verantwortliches Christsein stehen im Vordergrund. Genannt werden ein durch den Krieg unterbrochener Prozess, ein fehlendes diözesanes Forum, priesterliche Überlastung und fehlende Beauftragung von Laien. Stärkere Mitverantwortung wird gewünscht, Lehrveränderung abgelehnt; die Hoffnung richtet sich auf neue Evangelisierung.

DRITTER TEIL

Tischgespräche beim Symposium in Wels: Divergenzen und Schritte nach vorne

KERNSÄTZE

Nicht jede Verschiedenheit ist bereits ein Konflikt, und nicht jede fehlende Gegenrede bedeutet einen Konsens.

Die Tischberichte ergeben keinen widerspruchsfreien Maßnahmenkatalog.



Geistliches Gespräch, unterschiedliche Positionen und konkrete Vorschläge

Die Tischgespräche beim Symposium in Wels vertiefen die Fragen der synodalen Erneuerung in einem gemeinsamen europäischen Raum. Ihr besonderer Ertrag liegt darin, persönliche Erfahrungen, theologische Überlegungen und Vorschläge aus unterschiedlichen kirchlichen Kontexten miteinander zu verbinden. Sie werden hier eigenständig dargestellt und nicht mit den Antworten auf den Fragebogen zu einem einheitlichen Befund zusammengezogen. Jede der fünf Gesprächseinheiten folgte auf Impulse des Programms, und zwar am Montag auf die Einführungsvorträge von Predrag Bukovec, Xénia Sereghy und Robert Svatoň, am Dienstagvormittag auf die Kurzstatements zu Schlüsselfragen Europas (digitale Welt, Ökumene, Krieg, Polarisierung, Nationalismus und Migration, Katechumenat und Katechese), am Dienstagnachmittag auf die Keynotes von Tomáš Halík und Gabriele Eder-Cakl, am Mittwochvormittag auf die Keynote von Christoph Theobald und am Mittwochnachmittag auf die Keynote von Myriam Wijlens. Zu jedem Themenfeld ist in Klammern angegeben, auf welche Impulse sich die Gespräche vor allem beziehen.

Dabei sind ausdrücklicher Widerspruch, unterschiedliche Erfahrungen und ungelöste Spannungen auseinanderzuhalten. Nicht jede Verschiedenheit ist bereits ein Konflikt, und nicht jede fehlende Gegenrede bedeutet einen Konsens. Ebenso ist zwischen einer geistlichen Orientierung, einem konkreten örtlichen Vorschlag und einem europäischen Arbeitsauftrag zu unterscheiden.

Die Darstellung arbeitet diese Unterschiede in den einzelnen Themenfeldern heraus.

Vorgeschlagene Schritte werden als Anregungen der Gespräche wiedergegeben; Beschlüsse sind sie nicht. Ihre Weiterführung verlangt die Klärung von Zuständigkeiten, Voraussetzungen und möglicher Unterstützung.

Taufe, universale Heilszuwendung und die Grundlage der Synodalität

(Einführungsvortrag Bukovec; Keynotes Theobald und Wijlens)

Die Taufe bildet für zahlreiche Tische einen gemeinsamen Bezugspunkt kirchlicher Würde und Verantwortung. Dabei wird eine erhebliche Distanz zwischen sakramentalem Vollzug und gelebtem Bewusstsein beschrieben. Menschen können sich als Kirchenmitglieder verstehen, ohne ihre Zugehörigkeit mit der Taufe zu verbinden. Ebenso kann Taufe als privates Familienereignis erscheinen, während ihre gemeinschaftliche Bedeutung wenig erfahrbar wird. Die Berichte fragen daher über das Taufwissen hinaus nach einer Lebensform aus der Taufe.

Divergenzen und offene theologische Fragen

Ein ausdrücklicher Dissens ist in einem Tischbericht dokumentiert. Der Ansatz einer Taufekklesiologie wurde dort nicht von allen akzeptiert und löste eine intensive Auseinandersetzung aus. Der Bericht nennt allerdings keine ausführlichen Gegenargumente. Diese Leerstelle darf nicht durch Vermutungen über die theologischen Positionen der Beteiligten gefüllt werden.

Eine präzise theologische Gegenfrage betrifft den Ausgangspunkt der Synodalität. Setzt ihre Begründung bei der Taufe nicht zu spät an, wenn Gottes Heilshandeln allen Menschen bereits vorausgeht? Diese Position wird im Gespräch mit dem Konzil und einer Theologie universaler Gnade begründet. Der Konflikt betrifft die Frage, ob die Taufzugehörigkeit den umfassenden Horizont des gemeinsamen Gehens hinreichend ausdrückt. Eine abschließende gemeinsame Antwort ist nicht gegeben.

Weitere Fragen betreffen das Verhältnis von Taufe, Firmung und Eucharistie. Die unterschiedlichen Initiationspraktiken werden mit der Spannung zwischen einer eucharistiezentrierten Ekklesiologie und einer Taufekklesiologie verbunden. Daneben bleibt das Verhältnis allgemeiner Heilsberufung und spezifischer Taufberufung offen. Die Gespräche führen damit nicht zu einer gemeinsamen Festlegung auf einen einzigen theologischen Ausgangspunkt.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Auf gemeindlicher Ebene werden Taufgedächtnis, verständliche mystagogische Bildung, die Begleitung von Eltern und Patinnen und Paten sowie eine stärker gemeinschaftlich erfahrbare Feier vorgeschlagen. Dazu gehören regelmäßige Gespräche darüber, wie Menschen das Wort Gottes leben, und niedrigschwellige Formen des Taufgedächtnisses, die nicht an die Anwesenheit eines Priesters gebunden sind. Ein weiterer Vorschlag verbindet die Bildung zur Taufe mit einer Vertiefung des *sensus fidei*. Gemeinsam ist diesen Anregungen der Übergang von einem einmal empfangenen Sakrament zu einer lebenslangen Berufung.

Auf europäischer Ebene wird eine Task Force im Zusammenhang mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) zur Förderung des Taufbewusstseins und einer baptismalen Ekklesiologie vorgeschlagen. Daneben stehen die Idee eines Taufkongresses und die Anregung,

bei einem nächsten europäischen Treffen Erfahrungen christlicher Initiation auszutauschen. Diese Vorschläge unterscheiden sich in Form und Reichweite. Sie benennen konkrete Möglichkeiten der Weiterarbeit, ohne bereits einen gemeinsamen Beschluss darzustellen.

Offen bleibt, wie ein solcher Arbeitsstrang die theologischen Einwände aufnimmt, statt sie durch praktische Bildungsangebote zu umgehen. Ebenso ungeklärt ist, wie die Taufberufung gesellschaftliches Handeln, gelebte Gemeinschaft und kirchliche Mitentscheidung verbindet.

Gleiche Würde, unterschiedliche Dienste und die Stellung von Frauen

(Keynotes Theobald und Wijlens)

Die gleiche Würde der Getauften wird vielfach bejaht. Die Berichte zeigen aber, dass aus diesem Satz nicht selbstverständlich dieselben Vorstellungen von Verantwortung, Dienst und Amt folgen. Besonders die Erfahrungen von Frauen machen die Distanz zwischen theologischer Aussage und kirchlicher Praxis sichtbar. Frauen beschreiben in einem Gespräch, dass sie sich mit ihren Gaben, Emotionen, ihrer Sendung und ihrer Taufberufung nicht ausreichend gehört und anerkannt erleben.

Divergenzen über Gleichheit, Verantwortung und Amt

Die Gespräche zeigen Schwierigkeiten, Würde und Verantwortung begrifflich zu unterscheiden. Strittig ist unter anderem, ob alle Getauften am kirchlichen Dienst mitwirken sollen und ob Laien dafür ausreichend vorbereitet sind. Eine weitere Differenz betrifft den Ausdruck der Taufberufung. Während liturgische Teilnahme als wirklicher Ausdruck dieser Berufung anerkannt wird, wird zugleich gefragt, ob dies für Menschen mit Verantwortung in Seelsorgeteams ausreicht. Taufberufung, gemeindliche Mitarbeit und institutionelles Amt dürfen deshalb nicht stillschweigend gleichgesetzt werden.

Der schärfste ausdrücklich dokumentierte Dissens betrifft die Frauenordination. Die Position, sie sei überfällig, steht einer Position gegenüber, die sie unter Berufung auf päpstliche Lehrverbindlichkeit ausschließt und eine Kirchenspaltung befürchtet. Den unterschiedlichen praktischen Erwartungen der Beteiligten liegen damit auch unterschiedliche Auffassungen lehramtlicher Verbindlichkeit zugrunde. **Dieser Dissens darf nicht durch die allgemeine Zustimmung zur gleichen Taufwürde verdeckt werden.**

Daneben bestehen Unterschiede in der Wahrnehmung gegenwärtiger Praxis. Der Einschätzung, Frauen seien bereits sehr präsent und trügen große Verantwortung, steht die Forderung nach weitergehender Entwicklung gegenüber. Unterschiedlich gewichtet werden auch die stärkere Integration von Frauen und die Familie als Ort der Glaubensweitergabe. Diese verschiedene Prioritätensetzung ist nicht ohne Weiteres mit einer Ablehnung der Anliegen von Frauen gleichzusetzen.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Mehrere Gesprächsbeiträge fordern, Dienste nach Charismen und Eignung statt nach Geschlecht anzuvertrauen und Berufungserfahrungen von Frauen ernst zu nehmen. Vorgeschlagen wird außerdem, Leitung und Weihe zu unterscheiden, Befugnisse stärker an Aufgaben und Ämter zu binden und den Verkündigungsauftrag der Getauften auch im Blick auf die Predigt weiterzudenken. Diese Anliegen verlangen eine differenzierte Bearbeitung. Sie begründen nicht die Annahme, jede genannte Veränderung sei vor Ort bereits rechtlich möglich.

Ein Tischbericht hält fest, dass über den Frauendiakonat besonders intensiv diskutiert wurde; er ist von der Frage der Frauenordination zu unterscheiden. Derselbe Bericht benennt Fragen nach der Weihe verheirateter Männer und nach der Zölibatsverpflichtung. Auch mehrere Antworten auf den Fragebogen aus West- sowie aus Mittel- und Südosteuropa nennen den Zölibat. Einzelne Tische sprechen die Sichtbarkeit queerer Menschen, den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Fragen der Sexualethik an. Zwei westeuropäische Antworten nennen den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Fragen der Sexualethik.

Ein besonders konkreter Vorschlag betrifft die Statuten von Bischofskonferenzen. An einem Tisch wurde vorgeschlagen, sie so zu ändern, dass eine Frau das Amt der Generalsekretärin übernehmen kann. Aus der Auswertung folgt, dass sich diese Frage allen Bischofskonferenzen stellt und jede in eigener Verantwortung klären kann, ob ihre Statuten dies zulassen. In einzelnen Konferenzen ist dies bereits verwirklicht, in der Nordischen Bischofskonferenz seit 2009 mit Sr. Anna Mirijam Kaschner, in der Niederländischen Bischofskonferenz seit 2014, derzeit mit Anneke van der Kamp-van Saase, in der Deutschen Bischofskonferenz seit 2021 mit Beate Gilles, in der Slowenischen Bischofskonferenz seit 2023 mit Sr. Marija Šimenc und in der Schottischen Bischofskonferenz seit 2026 mit Luisa Campbell. Für die europäische Weiterarbeit wird zugleich gefordert, die Rolle der Frauen einschließlich der Ordinationsfrage nicht länger unausgesprochen zu lassen. Örtlich mögliche Veränderungen und weitergehender kirchlicher Klärungsbedarf sind dabei auseinanderzuhalten.

Offen bleibt, wie tatsächliche Anerkennung und Verantwortung dort ausgeweitet werden können, wo keine Einigkeit über Weihefragen besteht. Ebenso ist zu klären, welche Schritte örtlich möglich sind und welche Fragen eine weitergehende kirchliche Entscheidung benötigen.

Vom Hören zur Entscheidung und zur verantwortlichen Leitung

(Keynotes Wijlens und Eder-Cakl)

Mehrere Tische fragen, wie Beratung tatsächlich zu verantwortetem Handeln führt. Die Berichte beschreiben sowohl positive Erfahrungen mit Pastoralräten und gemeinsamer Leitung als auch Situationen, in denen viele mitarbeiten, aber nur wenige Entscheidungen vorbereiten oder beeinflussen können. Das Problem betrifft somit neben der Zahl beteiligter Menschen die Qualität ihrer Beteiligung.

Divergenzen über Zuständigkeit, Recht und institutionelle Veränderung

Die Wirksamkeit von Konsultation wird unterschiedlich eingeschätzt. In manchen Kontexten wird sie als funktionierend erlebt, in anderen bleibt nach dem Hören und Unterscheiden die Entscheidung unverändert allein beim Pfarrer oder Bischof. Auch die Prioritäten sind verschieden. Institutionell-kirchenrechtlicher Erneuerung wird teils eine hohe Dringlichkeit zugeschrieben, teils wird ein stärkerer Schwerpunkt auf Glaubensleben und Mission eingefordert.

Deutliche Skepsis richtet sich gegen eine Neukonfiguration von Rollen, wenn dadurch Funktionen statt Personen in den Mittelpunkt zu geraten scheinen. Gefragt wird, wie solche Überlegungen der Sendung der Kirche dienen. Die Einwände betreffen damit den Zusammenhang von Organisation, theologischer Begründung und konkreten Menschen. Sie sind nicht als bloßes technisches Missverständnis zu behandeln.

Auch vorhandene rechtliche Spielräume werden verschieden beurteilt. Unterschiedliche Erfahrungen benachbarter Ortskirchen machen die Bedeutung kirchenrechtlicher Interpretation sichtbar. Der Ermutigung, bestehende Möglichkeiten zu nutzen, stehen Fragen nach ihrer Reichweite gegenüber. Vorbehalte bestehen außerdem gegenüber der Metapher eines kirchlichen „Reset“. Für manche klingt sie nach einem nötigen Neubeginn, für andere nach einem problematischen Auslöschen der Geschichte oder nach einer ungeklärten Befugnis, einen solchen Neustart überhaupt auszulösen.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Auf pfarrlicher und diözesaner Ebene werden funktionsfähige Pastoralräte, bessere Verbindungen zwischen Räten und die aktive Beteiligung von Laien vorgeschlagen. Erwartet werden konkrete Vorschläge statt bloßer Meinungsäußerungen sowie nachvollziehbare Kriterien zur Überprüfung der Umsetzung. Eine Anregung nennt einen pfarrlichen Hörprozess mit anschließender Pfarrversammlung bis 2028. Sie eröffnet ein zeitlich konkretisiertes örtliches Vorhaben, aber keinen allgemeinen Zeitplan für sämtliche Diözesen.

Ein konkreter Verfahrensvorschlag betrifft den Fall, dass eine Leitung einem Ratsvotum nicht folgen will. Angeregt werden eine institutionalisierte zweite Beratungsrunde und eine klare Begründung der abweichenden Entscheidung. Damit wird eine Alternative sowohl zu folgenloser Beratung als auch zu einer ungeklärten Verlagerung sämtlicher Entscheidungskompetenz sichtbar. **Ihre konkrete rechtliche Ausgestaltung bleibt zu prüfen.**

Ein ausdrücklich europäischer Vorschlag betrifft die gegenseitige Zugänglichkeit der Briefe, die die Diözesen nach den Vorgaben des Generalsekretariats der Synode in der ersten Jahreshälfte 2027 an die anderen Ortskirchen richten. Über den CCEE beziehungsweise den Kreis der Verantwortlichen des Symposiums könnte geprüft werden, wie ein solcher Austausch ermöglicht wird. Darüber hinaus werden Vorschläge zu Rechenschaft, Transparenz und Mitverantwortung sowie konkrete Modelle für Diözesen und Pfarreien angeregt. Der europäische Beitrag läge im Erschließen und Vermitteln brauchbarer Modelle; die örtlichen Entscheidungen blieben bei den Ortskirchen.

Offen bleibt, wie beratende Beteiligung, Entscheidungskompetenz und Letztverantwortung jeweils aufeinander bezogen werden. Ebenso muss unterschieden werden, welche Probleme eine neue Regelung und welche eine veränderte Anwendung vorhandener Regeln verlangen.

Rechenschaft, Ehrenamt, Ressourcen und Begleitung von Leitung

(Keynote Wijlens)

Neben guten Absichten behandeln die Gespräche bei der Neuverteilung von Verantwortung auch deren Voraussetzungen. Die Berichte sprechen über Qualifizierung, finanzielle Voraussetzungen, die Belastung Verantwortlicher und das Verhältnis von Vertrauen und Rechenschaft. Damit wird deutlich, dass Beteiligung institutionell und personell ermöglicht werden muss.

Divergenzen über Verantwortung und ihre Absicherung

Eine besonders konkrete Auseinandersetzung betrifft die Rechenschaft Ehrenamtlicher. Eine priesterliche Stimme fragt, wie sie eingefordert werden kann, wenn Fehler letztlich dem Priester zugerechnet werden und zugleich eine seelsorgliche Beziehung erhalten werden soll. Andere betonen das notwendige Vertrauen in Ehrenamtliche, ihre Handlungsmacht und die Bedeutung angemessener Bildung. Kontrollbedürfnis und mangelnder Mut erklären den Konflikt hier nur zum Teil; zugrunde liegt eine ungeklärte Verantwortungsordnung.

In diesem Zusammenhang wird einer einseitigen Zuweisung aller Reformhemmnisse an Priester widersprochen. Auch Laien können widerständig sein; Frauen in Leitungsaufgaben können gerade nach der Übertragung von Verantwortung heftiger Kritik ausgesetzt werden. Die neue Besetzung einer Position verändert deshalb nicht automatisch die Kultur, in der sie ausgeübt wird.

Große finanzielle Unterschiede zwischen Diözesen begrenzen die Möglichkeiten geteilter Verantwortung, ohne selbst einen theologischen Dissens darzustellen. Geeignete und motivierte Personen können teilweise keine existenzsichernde Anstellung erhalten. Solche Bedingungen dürfen nicht als fehlende synodale Gesinnung fehlgedeutet werden. Hinzu kommt die Einsamkeit von Bischöfen und Priestern als ernst zu nehmende Belastung.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Vorgeschlagen werden Bildung und Begleitung von Leitungspersonen, eine Stärkung ehrenamtlicher Verantwortung und klarere Aufgabenprofile. Berufungs- und Coaching werden ebenso genannt wie kollegiale Beratung und geistliche Begleitung für Bischöfe und Leitungspersonen, Berufungsakademien und die dauerhafte Weiterbildung von Bischöfen und Priestern. Daneben steht die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung von Laien in Räten. Auch die Sprache für Dienste, die aus der Taufberufung erwachsen, bedarf einer Klärung, damit Verantwortung nicht auf gelegentliche Unterstützung reduziert wird.

Vor Ort wären daraus Vereinbarungen über Verantwortung, Unterstützung und Rückmeldung zu entwickeln, deren konkrete Ausgestaltung weiterer Arbeit bedarf. Europäisch unmittelbar anschlussfähig ist die Frage, wie qualifizierte Begleitung und zugängliche Materialien auch jenen Ortskirchen offenstehen, die sie nicht allein finanzieren können. Ein tragfähiges europäisches Finanzierungsmodell wäre dafür erst zu entwickeln.

Offen bleiben besonders die Rechenschaft Ehrenamtlicher, die Balance von Vertrauen und Kontrolle sowie die Finanzierung tragfähiger Mitarbeit.

Hören, Freimut und die Grenzen einer bloßen Gesprächsmethode

(Keynotes Halik und Eder-Cakl)

Das Hören wird als geistliche und zwischenmenschliche Grundhaltung verstanden. Es soll Menschen ermöglichen, mit eigenen Erfahrungen und Fragen vorzukommen, statt nur auf bereits formulierte kirchliche Antworten zu reagieren. Ausdrücklich benannt wird die Erfahrung, dass Kirche Antworten auf Fragen gebe, die niemand gestellt habe.

Divergenzen über Wirkung, Reichweite und geschützte Räume

Eine deutliche Spannung betrifft die Erwartung an das Hören. Für manche scheint es bereits auszureichen; andere erwarten daraus Handeln, insbesondere in der Ämter- und Frauenfrage. Zugespitzt wird gefragt, ob Dialog wirklich stattfindet oder zur Ablenkung werde. **Die Kritik gilt hier der möglichen Folgenlosigkeit von Beziehung und Verständigung.**

Eine weitere Spannung betrifft den geschützten Gesprächsraum. Ein solcher Kreis kann notwendig sein, damit Menschen frei sprechen. Er kann aber zu einer abgeschlossenen Welt werden, wenn die Erfahrungen nicht in das übrige kirchliche Leben gelangen. Die Zustimmung zu einem geschützten Gesprächsraum ist deshalb nicht mit der Zustimmung zu dauerhafter Selbstbegrenzung identisch.

Auch die Methode wird konkret kritisiert. Eine Rückmeldung fordert weniger Fragen und zehn bis zwanzig Minuten Stille vor dem Gespräch; andere Beiträge benennen fehlende Zeit für Vertiefung. Die Kritik richtet sich auf die Bedingungen des Gesprächs im Geist und zeigt, dass geistlicher Anspruch und tatsächliche Gesprächsbedingungen zusammenpassen müssen.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Vorgeschlagen werden Räume, in denen Menschen ihre Sprachfähigkeit entfalten und gehört werden können. Freimut und der Mut zum prophetischen Sprechen gehören dazu ebenso wie geschützte Diskursräume und eine überzeugende Einladung an alle Getauften. Die ausdrückliche Aufmerksamkeit für Arme, Wohnungslose und Ausgeschlossene soll verhindern, dass sich der synodale Diskurs auf einen Kreis von Fachleuten begrenzt.

Auf örtlicher Ebene wird empfohlen, das Gespräch im Geist in kleinen Einheiten einzuüben und als veränderte Weise des Miteinanders zu gestalten, ohne daraus eine zusätzliche Last zu machen. Dies wird mit dem Übergang von einer bloßen „Sonntagskirche“ zu christlicher Alltagspraxis verbunden. Weitere Vorschläge richten sich auf dauerhafte Möglichkeiten des Hörens auch auf Menschen anderer Religionen oder ohne religiöse Zugehörigkeit.

Offen bleibt, wie Gehörtes in Entscheidung und Rechenschaft übergeht und wie außerhalb kirchlicher Kernkreise tatsächlich Beteiligung möglich wird. Methodische Qualität und institutionelle Wirkung sind deshalb gemeinsam zu beachten.

Christliche Identität, Gastfreundschaft und missionarische Offenheit

(Keynote Halik; Kurzstatement Katechumenat und Katechese)

Mehrere Tische beschreiben eine Kirche, die Menschen in erster Linie als Gegenüber mit eigenen Lebensfragen anspricht; die Frage möglicher Mitgliedschaft tritt dahinter zurück.

Gastfreundschaft, verlässliche Beziehungen und die Bereitschaft, selbst verändert zu werden, bilden einen gemeinsamen Schwerpunkt. Die Berichte lassen allerdings offen, wie diese Haltung in jedem Fall mit ausdrücklicher Verkündigung und kirchlicher Zugehörigkeit verbunden werden soll.

Divergenzen über Zugehörigkeit und die Grenzen der Öffnung

Die Frage nach Zugehörigkeit führt zu einer Reihe grundlegender Gegenfragen. Sind alle Menschen potenziell Kirche, oder ist dies bereits Vereinnahmung? Sollen Menschen zu Jesus oder zur Kirche geführt werden? Welche Regeln sind unverzichtbar, welche veränderbar? Zugleich wird die Alternative zwischen Rückzug in ein geschlossenes Milieu und Preisgabe der eigenen Identität problematisiert.

Gefragt wird, ob Synodalität und Evangelisierung als Alternativen behandelt werden und wo verschiedene Ortskirchen unverzichtbare Grenzen sehen. Eine zugespitzte Sorge lautet, ab wann Öffnung zur Selbstpreisgabe werde. Ein anderer Zugang fragt, ob bereits die Person, die gelegentlich eine Kerze anzündet, zur Kirche gehört und welchen Zweck eine möglichst große Reichweite überhaupt hat. Die verschiedenen Fragen zeigen, dass nicht überall dasselbe Verständnis von Zugehörigkeit vorausgesetzt wird.

Eine weitere Grenze wird in einem Tischbericht berührt. Wenn Katholizität bedeutet, niemanden auszuschließen, wie verhält sich dies zu Positionen wie Rechtsextremismus? Die Frage macht sichtbar, dass Personenannahme, gemeinschaftliche Zugehörigkeit und die Beurteilung bestimmter Haltungen nicht ohne Weiteres zusammenfallen. Eine abschließende gemeinsame Antwort ist nicht dokumentiert.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Angeregt werden neue Begegnungsorte jenseits einer auf die Sonntagsmesse verengten Pfarrei. Die Kirche soll dorthin gehen, wo Menschen nicht auf kirchliche Angebote warten, Einsamkeit wahrnehmen und durch glaubwürdiges Leben Neugier wecken. Das Bild offener Türen bezeichnet deshalb sowohl den Empfang von Menschen, die kommen, als auch das Hinausgehen der Kirche.

Tragfähige persönliche Beziehungen zu Neugetauften sowie das Teilen von Kultur und Alltag werden als konkrete Schritte genannt. Verkündigung durch Taten, Zuhören und Gemeinschaft verbindet sich dabei mit der Erfahrung konkreter Liebe. Diese Vorschläge sind vor allem gemeindlich und persönlich verortet. Als gemeinsamer Prüfstein gilt neben steigender Reichweite vor allem die Qualität der Beziehung.

Offen bleibt, wie Gastfreundschaft ohne Vereinnahmung und Zeugnis ohne Unbestimmtheit gelebt werden können. Europäische Vielfalt stellt hier organisatorische Fragen und berührt zugleich unterschiedliche Vorstellungen davon, was christliche Identität heute ausmacht.

Säkularisierung, gesellschaftliche Macht und die Deutung Europas

(Keynote Halik; Kurzstatement Polarisierung, Nationalismus und Migration)

Europa erscheint in den Tischgesprächen nicht als einheitlicher Erfahrungsraum. Geschichte, kirchliche Präsenz, staatliche Beziehungen und gesellschaftliche Anerkennung werden unterschiedlich erlebt. Gemeinsam ist die Frage, wie die Kirche unter diesen Bedingungen glaubwürdig und wirksam sein kann.

Divergenzen über Machtverlust und gesellschaftliche Unterstützung

Die Deutung von Säkularisierung als Chance bleibt für einige Teilnehmende mit osteuropäischen Erfahrungen schwierig. Offen bleibt auch, ob eine Geschichte starken christlichen Einflusses als Verlust zu bedauern oder als problematische Machtgeschichte zu überwinden sei. Staatliche Unterstützung katholischer Schulen wird nicht durchweg als selbstverständlich angesehen. In diesen Fragen wirken unterschiedliche historische Erfahrungen bis in die gegenwärtige pastorale Orientierung hinein.

Gegensätzliche Akzente werden in der Bewertung gesellschaftlicher Macht besonders deutlich. Einerseits wird argumentiert, dass Kirche ohne diese Macht glaubwürdiger sein könne und dies historisch bereits gewesen sei. Andererseits wird gefragt, wie ohne Handlungsmacht Bildung, Hilfe für Arme und gesellschaftliches Engagement möglich seien. Der Dissens betrifft damit das Ausmaß von Macht ebenso wie ihren Begriff und ihren Zweck.

Die pauschale Aussage, Religion erfahre keine gesellschaftliche oder politische Unterstützung mehr, wird ausdrücklich bezweifelt. Im Gespräch wird zwischen Unterstützung des Glaubens, kulturellem Interesse und institutionellen Motiven unterschieden. Hinzu kommen die Spannung zwischen nationaler Identität und Universalität der Kirche sowie jene zwischen religiöser Freiheit und dem Bedürfnis nach einer starken eigenen Identität.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Vorgeschlagen werden Bildungsangebote, die bei den tatsächlichen Lebensfragen der Menschen ansetzen und diese mit biblischem Zeugnis und Glaubenstradition ins Gespräch bringen. Weitere Anregungen betreffen die Aussöhnung mit der eigenen historischen Vergangenheit, kleine glaubwürdige Gemeinschaften und ein Hören auf Bedürfnisse vor der Planung neuer Aktivitäten. Die Verbindung von Synodalität, katholischer Soziallehre und dem Beitrag zum Gemeinwohl wird ausdrücklich eingefordert.

Auf europäischer Ebene liegen die Anknüpfungspunkte im Austausch unterschiedlicher Erfahrungen und in einer gemeinsamen Deutung, die keine Region zum Maßstab aller anderen erklärt. Das Erzählen gelebter Glaubens- und Missionserfahrungen könnte helfen, solche Verbindungen aufzubauen. Zugleich wird vorgeschlagen, gemeinsam statt isoliert auf die unterschiedlichen Lebenslagen von jungen Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Katechumenen zu antworten.

Offen bleibt, wie gemeinsame Orientierung ohne historische Gleichschaltung möglich wird. Ost und West dürfen dabei nicht als geschlossene Gegenlager behandelt werden. Die Gespräche zeigen unterschiedliche, teilweise quer zueinander liegende Erfahrungen, deren gemeinsames Potenzial erst durch wirkliche Begegnung erschlossen werden kann.

Europas Wunden, kirchliche Verletzungen und konkrete Solidarität

(Kurzstatements Krieg sowie Polarisierung, Nationalismus und Migration)

Die Wunden Europas werden vor allem durch Krieg, Flucht, Einsamkeit, Angst und Polarisierung gegenwärtig. Eine gemeinsame Frage verdichtet diesen Horizont und fragt danach, wo in den Wunden der Menschen Europas dem auferstandenen Christus begegnet werde. Die Berichte zur Ukraine geben dieser Frage einen existenziellen Charakter. Hinter dem Bild stehen Menschen und Gemeinschaften unter konkreter Bedrohung.

Spannungen zwischen Hoffnung, Ohnmacht und Verantwortung

Eine grundlegende Spannung besteht zwischen dem Wunsch, Europa Hoffnung zu geben, und einem Gefühl eigener Ohnmacht. Unterschiedlich wahrgenommen wird auch, welche Erfahrungen tatsächlich Hoffnung wecken. Die elementare Glaubenserfahrung im Krieg wird besonders hervorgehoben, während andere Stimmen Gottes Wirken in säkularen Kontexten und die Vielfalt europäischer Erfahrungen nennen. Die Verschiedenheit dieser Zugänge eröffnet keine einfache gemeinsame Erfolgserzählung.

Kritisch wird angemerkt, dass familiäre Krisen zu wenig zur Sprache gekommen seien, während viel über kirchliche Neuordnung gesprochen werde. Ebenso wird die Distanz zwischen europäischen Gesprächen und der erfahrbaren Kirche in der Nachbarschaft betont. Diese Rückfragen korrigieren eine mögliche Selbstbezogenheit der europäischen Arbeit und verweisen auf ihren Dienst an konkretem Leben.

Die Berichte sprechen zugleich von einer verwundeten Kirche. Dabei muss zwischen erlittenen Verletzungen und kirchlich verursachtem Unrecht unterschieden werden. **Sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch dürfen nicht durch eine allgemeine Sprache gemeinsamer Verwundbarkeit entpolitisiert oder der Verantwortungsfrage entzogen werden.** Eine solche Unterscheidung ist für eine verantwortliche kirchliche Praxis unverzichtbar.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Als konkreter Schritt wird die Zusammenarbeit mit anderen Religionsgemeinschaften zugunsten von Menschen genannt, die von Krieg und Armut betroffen sind. Solidarität wird ausdrücklich mit Spiritualität und einer Barmherzigkeit über die eigene Gruppe hinaus verbunden. Verletzungen sollen nicht verdeckt werden. Aus der Anerkennung eigener Verwundbarkeit kann vielmehr eine aufmerksamere Gegenwart bei anderen Menschen erwachsen.

Die europäische Dimension liegt hier in Beziehungen über Grenzen hinweg; die Hilfe selbst bleibt örtlich verantwortet. Wo Berichte noch bei einer geistlichen Orientierung bleiben, muss dies sichtbar bleiben. Sie benennen nicht durchgehend Zuständige, Finanzierung oder verbindliche nächste Termine. Der vierte Teil übersetzt diese Anregungen deshalb ausdrücklich als Arbeitsvorschläge in mögliche europäische Unterstützungsformen.

Offen bleibt, wie Betroffenheit zu dauerhafter Solidarität wird und wie Menschen mit Verletzungserfahrungen selbst über ihre Beteiligung mitentscheiden.

Geistliche Vertiefung, Liturgie und die Gefahr einer bloß organisatorischen Erneuerung

(Einführungsvorträge Bukovec und Sereghy)

Gebet, Stille, Schrift und persönliche Christusbeziehung werden wiederholt als Quellen synodaler Praxis genannt. Die Bewegung, in Gott einzutauchen und bei den Menschen aufzutauchen, verbindet Kontemplation und gesellschaftliche Gegenwart. Zugleich warnen die Berichte vor einem Prozess, der seine geistliche Dimension im Organisieren verliert.

Divergenzen über die Rolle der Liturgie und das Verhältnis von Geist und Struktur

Zur Liturgie werden unterschiedliche Positionen deutlich. Für eine Stimme steht authentisches liturgisches Feiern im Zentrum; eine andere hält den Bezug auf Liturgie und Eucharistie angesichts der Erfahrungen vieler Menschen für zu stark betont. Die Frage wird auch praktisch gestellt. Sollten kirchlich distanzierte Menschen unmittelbar zur Liturgie eingeladen werden, weil diese kostbar ist, oder braucht es zunächst eine Vorbereitung, damit die Einladung nicht ins Leere führt?

Auch die Bedeutung der Predigt wird unterschiedlich gewichtet. Eine Stimme betont, dass sie nicht das wichtigste Element der Messe sei; andere bestehen auf ihrer Bedeutung für die Fragen der Menschen und auf der Freiheit, gut vorbereitete Feiern zu suchen. Liturgische Einheit wird andernorts zugleich als hilfreiche Orientierung und als mögliche Begrenzung von Kreativität beschrieben.

In Tischberichten wie in Antworten auf den Fragebogen wird wiederholt die unvollständige Rezeption des Zweiten Vatikanischen Konzils genannt. Gewünscht wird eine Rückkehr zu Sacrosanctum Concilium und zur Bedeutung des Wortes Gottes. Beschrieben wird eine Nostalgie nach der Vergangenheit, die sich auch bei Jüngeren zeigt, und erhofft wird, dass Priester das Konzil, das sie kennen, auch leben. Eine Gegenstimme verlangt eine eigenständige theologische Begründung, ohne immer nur auf das Konzil zu verweisen.

Eine ergänzende persönliche Reflexion warnt vor einer Verwechslung von christlicher Hoffnung mit organisatorischem Optimismus und immer neuen Projekten. Sie ist als persönliche Stimme von den gemeinsamen Tischgesprächen zu unterscheiden. Ihr Einwand verschärft jedoch eine auch dort erkennbare Frage nach den Grenzen menschlicher Planbarkeit. Hoffnung erschöpft sich nicht in der Erwartung, dass die eigenen Maßnahmen den gewünschten Erfolg hervorbringen.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Gefordert werden Orte der Kontemplation, für deren Ermöglichung ausdrücklich auch eine Verantwortung der Bischöfe gesehen wird. Liturgische Bildung, Mystagogie und eine stärkere Verbindung der Predigt mit dem Alltag werden als weitere Schritte genannt. Gebet und Stille brauchen Raum; die Organisation von Feiern soll ihre Würde nicht durch logistische Erfordernisse beeinträchtigen.

Dauerhafte Bildung wird mit Exerzitien, Wallfahrten und der Pflege innerer Aufmerksamkeit verbunden. Menschen sollen zu einem authentischen und sprachfähigen Christsein befähigt werden. Die Schritte bleiben überwiegend in Gemeinden, Diözesen und Bildungseinrichtungen verortet. Ein europäischer Austausch könnte ihre Erfahrungen erschließen, wäre aber kein Ersatz für örtlich gelebte Spiritualität.

Offen bleibt, wie geistliche Vertiefung und institutionelle Konsequenzen zusammenkommen, ohne gegeneinander ausgespielt zu werden.

Initiation, junge Menschen und konkrete Orte gelebten Glaubens

(Kurzstatement Katechumenat und Katechese; Einführungsvortrag Bukovec)

Die Gespräche fragen wiederholt nach dem Leben nach der Sakramentenfeier. Vorbereitung allein schafft noch keine verlässliche Zugehörigkeit. Neugetaufte, Familien, Kinder und Jugendliche brauchen Gemeinschaften, in denen sie empfangen und mit ihren Gaben und Fragen zugleich selbst vorkommen.

Divergenzen über Voraussetzungen, Begleitung und Verbindlichkeit

Die Überlegungen zu Firmalter, Vorbereitung und Motivation gehen auseinander. Eine örtliche Erfahrung setzt auf eine spätere Firmung in der Hoffnung auf größere Reife; zugleich wird davor gewarnt, den Zugang zur Eucharistie durch immer mehr Anforderungen zu erschweren. Damit verbindet sich die Frage, ob pastorale Anpassung wirklich hilft oder nur unverbindlicher macht. Ein gemeinsames Modell für Initiation lässt sich daraus nicht ableiten.

Spannungen bestehen zwischen der Wertschätzung von Gemeinschaften, die eine klare Identität und tragfähige religiöse Praxis anbieten, und der Sorge, dass diese zu geschlossen werden. Bewegungen werden teils als Hilfe bei der Wiederentdeckung der Taufe, teils als möglicherweise wenig offen für den synodalen Weg wahrgenommen. Die Suche junger Menschen nach geistlicher Tiefe darf deshalb weder pauschal als Rückschritt noch unesehen als Lösung bewertet werden.

Die Abwesenheit junger Menschen in den Gesprächen wird ausdrücklich angesprochen. Ihr steht die Forderung nach Räumen gegenüber, in denen Initiation, Glaubenserfahrung und synodales Miteinander von Anfang an verbunden sind. Die zentrale Spannung liegt zwischen dem Sprechen über junge Menschen und einer Praxis, in der sie selbst sprechen und gestalten.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Vorgeschlagen werden katechumenale Orte des Glaubens, an denen unterschiedliche Berufungen mit dem Bischof auf einem gemeinsamen Weg sind. Neue Gemeindemitglieder sollen aktiv aufgenommen werden und mit ihren Erfahrungen an gemeinsamen Lernräumen mitwirken können. Dazu gehört eine kontinuierliche Begleitung junger Menschen und Familien nach der Sakramentenspendung. Die Gemeinde soll für sie handeln und sich zugleich mit ihnen verändern können.

Jugendliche und junge Erwachsene sollen so gebildet werden, dass sie selbst andere erreichen können. Bildungsangebote werden deshalb mit neuen Räumen des Hörens und der Zusammenarbeit von Gemeinden, Bewegungen, Ordensleuten, Priestern und Laien verbunden. Für ein nächstes europäisches Treffen wird ausdrücklich ein Austausch guter Initiationserfahrungen angeregt.

Offen bleiben die konkreten Formen längerfristiger Begleitung und die Mitwirkung der bisher fehlenden jungen Menschen an ihrer Entwicklung.

Digitale Lebensräume und persönliche Beziehung

(Kurzstatement Digitale Welt)

Die digitale Welt wird als wirklicher Lebensraum junger Menschen und als möglicher Ort von Glaubenskommunikation wahrgenommen. Zugleich bestehen Vorbehalte gegen eine bloße Übernahme medialer Erfolgsmaßstäbe. Persönliche Begegnung bleibt ein wiederkehrender Bezugspunkt.

Divergenzen über Reichweite und Nachhaltigkeit

Kontrovers wird diskutiert, ob religiöse Aufmerksamkeit in sozialen Medien mehr als einen kurzfristigen Effekt erzeugt. Die Sichtbarkeit prominenter Personen wird einerseits als mögliche Öffnung, andererseits als Teil von Selbstinszenierung und instrumenteller Medienlogik betrachtet. Gefragt wird, ob Religion hier glaubwürdig bezeugt oder zur Ansprache bestimmter Zielgruppen verwendet werde.

Andere Beiträge betonen die Chancen vorhandener Angebote und nennen konkrete digitale Initiativen als Beispiele einer Begleitung junger Menschen. Deren digitale Lebenswelt ist gerade deshalb wichtig, weil junge Menschen in manchen kirchlichen Gesprächen fehlen. Eine einheitlich positive oder negative Bewertung der digitalen Mission liegt damit nicht vor.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Vorgeschlagen werden eine verständliche Sprache, das Lernen von bestehenden Angeboten und die Begleitung junger Menschen in ihren tatsächlichen Kommunikationsräumen. Ein belgisches Netzwerk von „Godfluencern“ wird als konkrete Anregung genannt. Zugleich bleibt die Bedeutung persönlicher Beziehungen in einer digitalisierten Welt ein zentraler Gesichtspunkt. Digitale und persönliche Begegnung sollten deshalb nicht als Alternativen behandelt werden.

Offen bleibt, wie digitale Erstkontakte in verlässliche Begleitung übergehen und woran mehr als Aufmerksamkeit erkennbar wird. Für eine europäische Zusammenarbeit wäre deshalb neben dem Vergleich der Reichweite die Verbindung von Kontakt, Gespräch und örtlicher Gemeinschaft zu untersuchen. Ein solcher Austausch könnte dabei helfen, geeignete Formen weiterzuentwickeln und ihre Grenzen genauer wahrzunehmen.

Ökumene, Ost und West und europäische Gemeinschaft

(Einführungsvorträge Svatoň und Sereghy; Kurzstatement Ökumene)

Die verschiedenen kirchlichen Traditionen werden als Lernmöglichkeit und zugleich als Quelle von Missverständnissen sichtbar. Gemeinsame Taufe bedeutet nicht, dass Liturgie, Kirchenverständnis, Zugehörigkeit und synodale Praxis überall gleich verstanden werden. Besonders wichtig ist die Unterscheidung zwischen katholischen Ostkirchen, anderen christlichen Kirchen und unterschiedlichen nationalen Prägungen.

Divergenzen und Verständigungshindernisse

Deutliche Unterschiede und gegenseitiges Nichtverstehen zwischen östlichen und westlichen Erfahrungen werden offen benannt. Die Treue zum eigenen Ritus kann in Spannung zur Offenheit für andere geraten. Zugleich wird ein weiter gefasstes Verständnis von Ökumene gefordert, das Gebet und gemeinsame Sendung einschließt. Die Aufgabe besteht darin, die eigene Tradition zu bewahren und in eine lernbereite Beziehung zu anderen zu bringen.

Die Verbindung nationaler und kirchlicher Identität sowie die Belastung ökumenischer Beziehungen durch den Krieg erschweren die Verständigung. Solche Erfahrungen lassen sich nicht durch allgemeine Appelle an Einheit aufheben. Gleichzeitig muss vermieden werden, die Haltung einzelner Akteure mit einer ganzen Tradition gleichzusetzen.

Wo eher von Nuancen als von eigentlichen Divergenzen gesprochen wird, bleiben dennoch Begriffe wie Integration klärungsbedürftig. Auch zwischen ost- und südeuropäischen Erfahrungen werden Verständigungsprobleme benannt. Selbst bei ausbleibendem offenem Konflikt kann deshalb nicht vorausgesetzt werden, dass die Beteiligten unter denselben Begriffen dasselbe verstehen.

Vorgeschlagene Schritte nach vorne

Angeregt werden eine bessere Kenntnis der christlichen Kirchen im jeweiligen örtlichen Raum sowie konkrete Begegnungen zwischen ihnen. Gemeinsame Gebetsformen, die Kenntnis anderer Riten und eine Zusammenarbeit im Dienst der Versöhnung können dafür Wege eröffnen. Ebenso wichtig ist, anderen Kirchen genauer zu erklären, was mit Synodalität, Dialog und Ökumene gemeint ist, und ihre eigenen Erfahrungen und Fragen aufzunehmen.

Der deutlichste europäische Strukturvorschlag findet sich in einem Tischbericht. Eine europäische ökumenische synodale Versammlung solle christliche Gemeinschaften zusammenbringen und ein gemeinsames Sprechen aus ihrer Verschiedenheit ermöglichen. Dies ist als ausdrücklicher Tischvorschlag ernst zu nehmen. Er ist weder mit einem bereits bestehenden Gremium identisch noch schon ein Auftrag, eine neue Einrichtung zu gründen.

Offen bleiben Zweck, Beteiligung, Verhältnis zu vorhandenen ökumenischen Strukturen und die Frage, wie ein europäisches Treffen das örtliche Miteinander stärkt. Gerade hier wäre Subsidiarität der Maßstab einer möglichen Weiterentwicklung.

Eigenständiger Ertrag der Tischgespräche beim Symposium in Wels

Die Tischberichte ergeben keinen widerspruchsfreien Maßnahmenkatalog. Ihr besonderer Ertrag liegt in der Verbindung theologischer Grundfragen mit Erfahrungen aus unterschiedlichen kirchlichen Kontexten und konkreten Vorschlägen. Die stärksten ausdrücklich benannten Dissense betreffen die Begründung der Synodalität, Frauen und Ämter, den Zusammenhang von Beratung und Entscheidung sowie die Bedeutung institutioneller Reform. Weitere Spannungen betreffen gesellschaftliche Macht, Identität und Offenheit, Liturgie, Initiation und das Verhältnis von europäischer Verständigung zu örtlicher Wirklichkeit.

Bei den Schritten nach vorne ist die Spannweite ebenso wichtig. Neben grundlegenden Haltungen stehen konkrete örtliche Vorhaben, nationale Reformanregungen und ausdrücklich europäische Vorschläge. Zur europäischen Weiterarbeit genannt werden insbesondere eine Task Force zum Taufbewusstsein, ein möglicher Taufkongress, die Weitergabe diözesaner Briefe, Modelle zu Transparenz und Rechenschaft, der Austausch über Initiation und eine ökumenische synodale Versammlung.

Nicht jeder Vorschlag ist bereits ausreichend bestimmt. Wo Zuständigkeiten, Ressourcen oder Umsetzungsschritte fehlen, bleibt eine weitere Klärung notwendig. Die Roadmap sollte deshalb weder aus allen Anregungen europäische Projekte machen noch sich auf eine Sammlung örtlicher guter Praxis beschränken. Sie muss unterscheiden, was örtlich zu verantworten ist und welche zusätzliche europäische Unterstützung diese Verantwortung wirksamer macht.

Die Divergenzen als gemeinsame theologische Arbeitsaufgabe

Unterschiede in der Begründung sind nicht bloß Verständigungsprobleme

Die Tischgespräche zeigen, dass nicht jede Spannung durch eine bessere Erklärung desselben Ansatzes überwunden werden kann. Wo nach dem Verhältnis von Taufe und universaler Heilszuwendung, von gleicher Würde und unterschiedlichen Diensten oder von Beratung und Entscheidung gefragt wird, stehen teilweise verschiedene theologische Begründungen im Raum. Diese Unterschiede sind als Teil der gemeinsamen Arbeit an einer tragfähigen Gestalt der Synodalität zu behandeln; ein abgeschlossener Konsens, den sie stören könnten, liegt in diesen Fragen nicht vor.

Eine solche Arbeit muss jedoch über das Nebeneinander von Positionen hinausgehen. Unterschiedliche Begriffe sollten geklärt und ihre praktischen Folgen sichtbar gemacht werden. Was bedeutet eine bestimmte Auffassung von Amt für die Beteiligung anderer? Welche Konsequenzen hat ein Verständnis von Taufwürde für die Anerkennung von Charismen? Welche Form von Einheit wird angestrebt, wenn lokale Wege voneinander abweichen? Erst wenn die Folgen einer Position erkennbar werden, ist eine verantwortete Verständigung möglich.

Dabei ist auch die Art des Widerspruchs wichtig. Eine Aussage kann theologisch bestritten, pastoral als unzureichend erfahren oder rechtlich für nicht umsetzbar gehalten werden. Diese Ebenen verlangen unterschiedliche Formen der Bearbeitung. Werden sie vermischt, kann eine rechtliche Grenze als endgültige theologische Antwort erscheinen oder eine theologische Forderung als unmittelbar verfügbare Handlungsmöglichkeit.

Gemeinsame Wege trotz unterschiedlicher Reichweite von Reformvorstellungen

Die Gespräche enthalten Reformwünsche, über die keine Einigkeit besteht. Dazu gehören insbesondere Weihefragen und die künftige Zuordnung von Leitung, Amt und Entscheidung. Zugleich besteht an vielen Stellen ein gemeinsamer Wunsch nach verlässlicherem Hören, besserer Bildung, größerer Transparenz und einer tatsächlichen Anerkennung der Gaben von Frauen und Männern. Die Weiterarbeit sollte diese gemeinsamen Möglichkeiten nutzen, ohne die strittigen Fragen zu verschweigen.

Ein solcher Weg darf allerdings nicht zur dauerhaften Ausweichbewegung werden. Wo eine offene Frage für Menschen eine konkrete Grenze ihrer Berufung und Verantwortung bildet, genügt es nicht, auf andere Beteiligungsmöglichkeiten zu verweisen. Die Frage muss in geeigneter Weise weitergetragen werden. Zugleich können bereits mögliche Verbesserungen nicht davon abhängig gemacht werden, dass zuvor sämtliche Grundsatzfragen entschieden sind.

Die europäische Ebene könnte helfen, diese doppelte Verantwortung wahrzunehmen. Sie kann unterschiedliche Erfahrungen miteinander ins Gespräch bringen, Missverständnisse sichtbar machen und Fragen so aufbereiten, dass sie an der jeweils zuständigen Stelle weiterbearbeitet werden können. Ihre Aufgabe ist damit eine vermittelnde; eine Vollmacht, aus einem europäischen Gespräch eine neue universalkirchliche Entscheidung abzuleiten, ist mit ihr nicht verbunden.

Das Verhältnis von geistlicher Erfahrung und institutioneller Gestalt

Eine wiederkehrende Spannung betrifft die Frage, ob Erneuerung zuerst in der Haltung oder zuerst in den Strukturen ansetzen müsse. Die Erfahrungen aus Wels legen nahe, diese Alternative zu überwinden. Eine geistliche Haltung braucht Gelegenheiten, in denen sie gelebt werden kann. Eine institutionelle Form benötigt Menschen, die ihre Verantwortung in diesem Geist wahrnehmen. Beide Seiten können einander fördern und beide können einander blockieren.

So kann ein neu geschaffenes Gremium scheitern, wenn es lediglich bestehende Machtverhältnisse in einer anderen Zusammensetzung reproduziert. Umgekehrt kann eine vertrauensvolle Gesprächskultur an ihre Grenze kommen, wenn ihre Ergebnisse institutionell keine Bedeutung erhalten. Der synodale Anspruch betrifft deshalb das Zusammenspiel von Beziehungen, Verfahren und Zuständigkeiten.

Das hat Folgen für die Bewertung von Fortschritten. Ein veränderter Umgangston ist nicht unbedeutend, nur weil noch keine Rechtsänderung vorliegt. Eine Rechtsänderung ist nicht bedeutungslos, nur weil sie die Haltung der Beteiligten nicht automatisch verändert. Entscheidend ist, ob die verschiedenen Schritte aufeinander bezogen werden und ob sich daraus eine verlässlichere gemeinsame Verantwortung entwickelt.

Mission als Prüfstein synodaler Erneuerung

Die Sorge, synodale Prozesse könnten sich in innerkirchlicher Selbstbeschäftigung verlieren, muss ernst genommen werden. Sie wird jedoch nicht dadurch beantwortet, dass Fragen nach Beteiligung, Macht und Anerkennung von der Mission abgetrennt werden. Wie die Kirche entscheidet, mit Kritik umgeht und Menschen Verantwortung zutraut, prägt die Glaubwürdigkeit ihres Zeugnisses.

Ebenso wenig darf Mission nur als nachträgliche Begründung institutioneller Reform verwendet werden. Die Begegnung mit Menschen, die Frage nach ihrem Leben und die Bereitschaft zum Dienst besitzen einen eigenen Vorrang. Sie können die Kirche dazu führen, andere Fragen zu stellen als diejenigen, mit denen sie zunächst in einen Prozess gegangen ist.

Die Tischgespräche verbinden diese beiden Perspektiven. Sie verlangen eine Kirche, die ihre Beziehungen erneuert und sich zugleich über ihre vertrauten Kreise hinaus öffnet. Eine europäische Roadmap sollte daher bei jedem Vorhaben fragen, welche Menschen dadurch besser gehört, begleitet und zur Mitverantwortung befähigt werden und wie darin die Sendung der Kirche konkreter wird.

Länderbezogene Erfahrungen aus den Tischgesprächen beim Symposium in Wels

Die Tischgespräche benennen neben übergreifenden Fragen auch konkrete örtliche Erfahrungen. Die folgende Übersicht hält diese zusammen und unterscheidet sie von den zuvor dargestellten Einzelantworten. Anders als beim Fragebogen werden hier Länder genannt, weil die Tischberichte Erfahrungen aus Gesprächen wiedergeben und keine einzelnen Antwortenden ausweisen. Aufgenommen ist ein Land nur dort, wo ein Tischbericht selbst eine örtliche Erfahrung anführt; die Reihenfolge ist alphabetisch. Wo ein Beitrag auf ein vorgestelltes Beispiel oder einen Vergleich Bezug nimmt, wird daraus kein umfassender Länderbefund abgeleitet.

Land / örtlicher Kontext	Erfahrung oder Anliegen aus den Tischgesprächen
Belgien, Diözese nicht benannt	Vielfältig besetzte Räte, Frauen in Verantwortung, Gespräch im Geist und Rückkopplung pastoraler Vorschläge an Pfarreien. Ein Bildungszentrum mit unterschiedlichen Berufungen und ein digitales Netzwerk werden als Anregungen vorgestellt.
Deutschland	Taufbewusstsein in den Gemeinden und die Stellung von Frauen; Erfahrungen mit Evaluation sowie Bedarf an klaren Umsetzungskriterien. Unterschiedliche Auslegungen kirchenrechtlicher Möglichkeiten werden angesprochen.
Frankreich	Berichte über neue Glaubensaufbrüche lösen Hoffnung aus; an anderer Stelle werden bischöfliche Delegierte mit bestimmten Verantwortungen beschrieben. Die Tische greifen neben eigenen Ortsbeobachtungen teils Erfahrungen aus Beiträgen des Symposiums auf.

Land / örtlicher Kontext	Erfahrung oder Anliegen aus den Tischgesprächen
Irland	Das pastorale Programm „Getauft und gesandt“ wird als Erfahrung genannt. Weitere Beiträge thematisieren den Verlust gesellschaftlichen Einflusses, kulturelle Identität, Migration und Chancen europäischen Lernens.
Italien und Deutschland	Unterschiedliche Erwartungen und Spannungen auf nationaler Ebene werden vergleichend erwähnt. Der Bericht entfaltet dazu keine genaueren örtlichen Fallbeschreibungen.
Lettland	Ein ergänzender Beitrag beschreibt ökumenischen Dialog und Zusammenarbeit mit gesellschaftlicher Wirkung.
Luxemburg	Frauen in diözesaner Verantwortung, Zusammenarbeit von Räten, Unterstützung Ehrenamtlicher und Umstrukturierung. Finanzielle Einschränkungen werden als Hindernis benannt.
Niederlande	Materialien zu Konzilstexten werden als Anregung für eine verständliche Erschließung von Glauben und Taufbewusstsein genannt. Es handelt sich um einen Ressourcenhinweis ohne Anspruch auf einen umfassenden Länderbefund.
Österreich, besonders Diözese Linz / Oberösterreich	Seelsorgeteams, gemeinsame Verantwortung und Unterstützung Ehrenamtlicher; positive Erfahrungen mit Transparenz und Widerspruchsmöglichkeiten. Daneben Fragen nach dem Verständnis der Taufberufung und der Anerkennung von Diensten. Unterschiede zu Wien werden ausdrücklich erwähnt.
Schweiz	Zusammenarbeit mit nichtgeweihten pastoralen Mitarbeitenden und Förderung des gemeinsamen Priestertums. Taufgedächtnis und die Ermutigung durch Priester werden als konkrete Ansatzpunkte genannt.
Slowakei	In einem Beitrag werden eine stark priesterzentrierte Pfarrpraxis und geringe Einflussmöglichkeiten der Laien beschrieben. Dies bleibt eine örtlich nicht genauer eingegrenzte Erfahrung.
Slowenien	Bedarf an Mystagogie sowie an einer Überwindung der Distanz zwischen Klerus und Laien. Beteiligung soll zu einer kirchlichen Alltagspraxis werden.
Ukraine	Krieg, Begleitung Verwundeter, gemeinschaftliches Gebet, Schrift und Hoffnung unter existenziellen Bedingungen. Auch konkrete Pfarreierfahrungen und missionarische Praxis werden zur Sprache gebracht.
Ungarn	Pastorale Dienste von Laien, Wort-Gottes-Feiern und Förderung des Taufbewusstseins bei Priestermangel. Andere Beiträge fragen nach fehlenden Pastoralräten sowie nach Glaubensvertiefung jenseits punktueller Sakramentenfeiern.
Vereinigtes Königreich	Ein Vergleich mit Deutschland verweist auf unterschiedliche Rahmenbedingungen. Eine präzise Zuordnung zu einem Landesteil ist hier nicht möglich.

VIERTER TEIL

Ein subsidiäres Arbeitsprogramm für die europäische Ebene

KERNSÄTZE

Europäisch handeln, damit die Ortskirchen selbst handeln können.

Ein weiteres Großereignis ohne verlässliche Weiterarbeit wäre kein ausreichendes Ergebnis.



Europäisch handeln, damit die Ortskirchen selbst handeln können

Die europäische Aufgabe besteht nicht darin, die Umsetzung der Synodalität in den Diözesen zu übernehmen. Was eine Diözese in eigener Verantwortung entscheiden, gestalten und begleiten muss, soll sie auch tatsächlich leisten können. Subsidiarität bedeutet deshalb nicht bloß Zurückhaltung der übergeordneten Ebene. Sie verlangt ebenso, Unterstützung dort zu organisieren, wo örtliche Verantwortung ohne zusätzliche Kenntnisse, Beziehungen, Ressourcen oder Schutzräume nur formal bestehen würde.

Die europäische Ebene ist also weder eine zusätzliche kirchliche Leitungsebene noch lediglich ein Ort für Veranstaltungen. Ihr eigener Beitrag liegt in Aufgaben, die einzelne Ortskirchen nicht sinnvoll allein erfüllen können. Dazu gehören grenzüberschreitendes Lernen, gemeinsame theologische Klärung, mehrsprachige Bildungsressourcen, der Ausgleich ungleicher Zugangsmöglichkeiten, die Verständigung über europäische Konfliktlagen und die gebündelte Weitergabe von Fragen an die zuständige weltkirchliche Ebene.

Die folgenden Vorschläge entwickeln aus den Erfahrungen von Wels ein mögliches europäisches Arbeitsprogramm. Sie sind weder Beschlüsse des Symposiums noch bereits zugesagte Leistungen bestehender Institutionen. Wie sie aufgenommen werden, ist mit den zuständigen Stellen zu klären.

Verantwortungen und Handlungsebenen auseinanderhalten

Was in den Diözesen und Gemeinden zu verantworten ist

Die örtliche Ebene müsste die eigenen Hör- und Unterscheidungsprozesse gestalten, ihre Beteiligungsorgane funktionsfähig machen und konkrete pastorale Entscheidungen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten verantworten. Dazu gehören die Auswahl und Begleitung von Mitarbeitenden, der Einsatz örtlicher Ressourcen, die verlässliche Rückmeldung an Beteiligte sowie die Ausgestaltung von Katechumenat, Gemeindeleben und pastoraler Zusammenarbeit.

Auf europäischer Ebene wird deshalb nicht über die Besetzung eines Seelsorgeteams, die Zusammensetzung eines konkreten Pfarrgemeinderates oder das pastorale Programm einer Diözese entschieden. Dort können dafür Erfahrungen, fachliche Orientierung, Bildungsangebote und Beratung vermittelt werden. Die Entscheidung bleibt dort, wo sie kirchlich zu verantworten ist.

Was nationale beziehungsweise regionale Zusammenarbeit verlangt

Einige Aufgaben überschreiten die einzelne Diözese, ohne deshalb unmittelbar europäisch zu werden. Dazu zählen sprachraumbezogene Materialien, gemeinsame Qualifizierung, nationale Abstimmung und Anliegen an eine Bischofskonferenz. Der in einem Tischbericht dokumentierte Vorschlag, die Statuten von Bischofskonferenzen so zu ändern, dass eine Frau das Amt der Generalsekretärin übernehmen kann, ist ein Beispiel. Ob ihre Statuten dies zulassen, kann jede Bischofskonferenz in eigener Verantwortung klären.

Auf europäischer Ebene könnten solche Entwicklungen vergleichend erschlossen und Erfahrungen vermittelt werden. Nationale und regionale Zusammenarbeit sollte dabei aber nicht umgangen oder durch ein eigenes paralleles System ersetzt werden. Wo vorhandene Strukturen hilfreich sind, wäre mit ihnen zu arbeiten; wo Lücken bestehen, wären diese gemeinsam zu benennen.

Was einen eigenen europäischen Mehrwert hat

Ein europäischer Mehrwert entsteht dort, wo die Verschiedenheit der Kontexte selbst zur Erkenntnisquelle wird oder gemeinsame Ressourcen nötig sind. Die Fragen nach gesellschaftlicher Macht, Säkularisierung, nationaler Identität und ökumenischer Verständigung können nicht angemessen aus nur einem nationalen Erfahrungshorizont bearbeitet werden. Dasselbe gilt für die Übersetzung und gemeinsame Nutzung von Bildungsangeboten sowie für Partnerschaften mit finanziell schwächer ausgestatteten Ortskirchen.

Die europäische Ebene ist damit von eigener Art und mit einer Diözese nur begrenzt vergleichbar. Die eigene Leistung dieser Ebene besteht in Verbindung, Verständigung, Unterstützung und gemeinsamer Artikulation. Das Ergebnis müsste an den Orten wieder nutzbar werden, an denen Menschen Kirche leben und Verantwortung tragen.

Was an die weltkirchliche Ebene weiterzugeben ist

Fragen nach Weiheämtern, nach universalkirchlichen Normen oder nach dem verbindlichen Verhältnis von Amt und Mitentscheidung lassen sich auf europäischer Ebene nicht lösen. Dort können unterschiedliche Positionen sorgfältig dokumentiert, Erfahrungen ihrer Auswirkungen gesammelt, fachliche Klärung ermöglicht und begründete Anliegen an die zuständigen Stellen weitergegeben werden.

Dabei sollte die Weitergabe nach oben nicht zum Vorwand werden, bereits vorhandene örtliche Möglichkeiten ungenutzt zu lassen. Umgekehrt sollte der Verweis auf Erprobung nicht den Eindruck erzeugen, jede gewünschte Veränderung liege bereits in diözesaner Zuständigkeit. Die Klärung dieser Grenze ist selbst ein wichtiger europäischer Unterstützungsdienst.

Eine Prüfung für jedes europäische Vorhaben

Vor jedem neuen europäischen Vorhaben wäre dessen zusätzlicher Nutzen zu bestimmen. Es genügt nicht, dass ein Thema wichtig ist. Entscheidend wäre, weshalb gerade eine gemeinsame europäische Bearbeitung nötig oder hilfreich ist.

Der Bedarf müsste aus konkreten Erfahrungen hervorgehen. Ein Vorhaben sollte auf ein benanntes Problem oder eine von mehreren Orten geteilte Frage antworten. Die hier dokumentierten Erfahrungen sind Ausgangspunkte; sie ersetzen keine Rückfrage bei den Beteiligten.

Die örtliche Verantwortung müsste erkennbar bleiben. Für jede Unterstützung ist festzuhalten, was die Diözese oder Gemeinde selbst entscheidet und welches zusätzliche Angebot Europa bereitstellt. Ziel ist eine Erweiterung örtlicher Handlungsmöglichkeiten, die dauerhafte Abhängigkeit vermeidet.

Vorhandene Arbeit müsste genutzt werden. Bevor ein neues Format, Institut oder Dokument entsteht, ist zu prüfen, ob es geeignete Angebote bereits gibt. Übersetzung, Zugänglichmachen und gemeinsame Nutzung können hilfreicher sein als eine weitere Neugründung.

Ungleiche Möglichkeiten müssten berücksichtigt werden. Angebote sollten nicht vor allem denen nützen, die bereits ausreichend Personal, Geld und internationale Kontakte besitzen. Sprache, Reisekosten, Zeit und Zugang zu Fachwissen sind mitzudenken.

Das Ergebnis müsste praktisch verwendbar sein. Jedes Vorhaben braucht ein bestimmtes Ergebnis und eine Rückfrage nach seinem Nutzen. **Eine Tagung oder Publikation ist ein Mittel; ob die Unterstützung gelungen ist, muss sich an ihrem Nutzen zeigen.**

Einen europäischen Lern- und Unterstützungsverbund aufbauen

Der Fragebogen der Task Force zeigt erhebliche Unterschiede zwischen Regionen und innerhalb derselben Ortskirche. Die Tischberichte zeigen zugleich, wie produktiv das Zusammentreffen dieser Erfahrungen sein kann. Ein europäischer Verbund sollte deshalb nicht einfach vermeintlich fortgeschrittene Länder zu Lehrenden und andere zu Lernenden erklären. Auch aus fragilen, minoritären oder durch Krieg belasteten Kontexten kommen Erfahrungen, die für andere Ortskirchen wesentlich sind.

Der konkrete europäische Beitrag wäre eine verlässliche Vermittlung zwischen Personen und Orten mit verwandten Fragen. Eine Diözese, die Beteiligungsräte neu aufbaut, könnte mit einer anderen über deren tatsächliche Entscheidungswege sprechen. Ein Ort mit langjähriger Gremienkultur könnte von Gemeinschaften lernen, in denen persönliche Glaubensweitergabe stärker ausgeprägt ist. Ausgangspunkt wären jeweils konkret benannte Fragen, auf die auch etwaige Besuche zugeschnitten würden.

Als erstes Ergebnis sollte ein überschaubares internes Verzeichnis entstehen, das Ansprechpersonen, Erfahrungsfelder, Unterstützungsbedarfe und verfügbare Angebote erfasst. Darauf könnten wenige freiwillige Lernpartnerschaften aufbauen. Zu jeder Partnerschaft wären die gemeinsame Frage, der örtlich verantwortete nächste Schritt und der europäische Beitrag festzuhalten. Auf europäischer Ebene würden Kontakt, Übersetzung und Auswertung ermöglicht; die Leitung des Prozesses bliebe vor Ort.

Die in einem Tischbericht angeregte gegenseitige Zugänglichmachung diözesaner Briefe könnte dafür eine konkrete Grundlage bilden. Vor einer Weitergabe wären Zweck, Zustimmung und Vertraulichkeit zu klären. Persönliche Erfahrungsberichte und intern sensible Konfliktschilderungen sind nicht automatisch zur Weiterverbreitung bestimmt.

Der Wunsch nach einem solchen europäischen Unterstützungsverbund wird ausdrücklich formuliert. Aus Westeuropa kommt der Vorschlag eines „Synodality Network“, während eine Einzelantwort aus Nordeuropa die Verbindung von Menschen und den Austausch konkreter Praxis hervorhebt. Der Verbund sollte daher Materialien sammeln und zugleich den Zugang zu passender Begleitung und zu Gesprächspartnern mit ähnlichen Aufgaben erleichtern. Seine Leistung wäre an der verbesserten örtlichen Handlungsfähigkeit zu prüfen.

Gemeinsame theologische Klärung organisieren, ohne Dissens zu verdecken

Die theologischen Divergenzen aus Wels sind nicht durch eine rein organisatorische Roadmap zu lösen. Auf europäischer Ebene sollte ein begrenzter, arbeitsfähiger Dialog unterschiedlicher Fachrichtungen und kirchlicher Erfahrungen ermöglicht werden. Theologische Fakultäten, Bildungseinrichtungen und pastorale Verantwortliche könnten daran beteiligt werden, ebenso Menschen, deren konkrete Erfahrung in den strittigen Fragen auf dem Spiel steht.

Ein erster Arbeitsstrang sollte Taufe, Initiation, universale Heilszuwendung, *sensus fidei* und kirchliche Verantwortung zusammen behandeln. Der vorgeschlagene Schwerpunkt Taufbewusstsein würde dadurch praktisch und theologisch weitergeführt. Die Einwände gegen eine ausschließliche Begründung bei der Taufe und die Fragen nach dem Verhältnis der Initiationssakramente müssten ausdrücklich dazugehören. Ein weiterer Schwerpunkt wäre das Verhältnis von gemeinsamer Würde, verschiedenen Diensten, Leitung und Weihe.

Das europäische Ergebnis sollte nicht allein ein umfangreicher neuer Grundlagentext sein. Sinnvoll wären knappe, fachlich verantwortete Klärungsdossiers, die eine Frage, unterschiedliche Begründungen, einen möglichen gemeinsamen Stand und weiterhin offene Punkte benennen. Ergänzend wären mehrsprachige Materialien für diözesane Bildung nötig. Solche Dossiers würden Verständigung erleichtern, ohne lehramtliche Entscheidungen zu ersetzen.

Die Diözesen blieben dafür verantwortlich, diese Fragen in ihre Bildungs- und Pastoralprozesse aufzunehmen. Zu prüfen wäre, ob die Klärungen dafür tatsächlich verständlich und brauchbar sind. Theologische Arbeit wäre damit weder von der Praxis abgekoppelt noch auf die nachträgliche Begründung bereits gewünschter Maßnahmen reduziert.

Modelle für Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft erschließen

Sowohl der Fragebogen der Task Force als auch die Tischgespräche beim Symposium in Wels zeigen Unklarheiten im Verhältnis von Hören, Beraten und Entscheiden. Ein europäischer Beitrag wäre eine vergleichende Sammlung tatsächlich erprobter Modelle, die ihre Stärken ebenso zeigt wie ihre Voraussetzungen und Grenzen. Damit würde ein ausdrücklicher Vorschlag aus den Tischgesprächen aufgegriffen.

Ein Modell sollte nachvollziehbar machen, wie Anliegen eingebracht werden, wer gehört wird, wie Entscheidungen vorbereitet werden und welche Zuständigkeit besteht. Ebenso wichtig sind die Begründung einer Entscheidung, der Umgang mit abweichenden Positionen, die Rechenschaft über Umsetzung und die Rückmeldung an Beteiligte. Für haupt- und ehrenamtlich Tätige wären Rollen, Rechte und Unterstützung getrennt zu klären. Die in einem Tischbericht dokumentierte Frage nach der Verantwortung Ehrenamtlicher sollte nicht übergangen werden.

Die Sammlung müsste theologisch und kirchenrechtlich geprüft werden. Sie dürfte weder eine einheitliche europäische Satzung vorgeben noch Erfahrungen aus einem Rechtssystem oder einer kirchlichen Organisationskultur unesehen übertragen. Zu jedem Beispiel wären die Bedingungen seines Funktionierens und mögliche Anpassungsbedarfe zu nennen.

Das konkrete Ergebnis wäre ein mehrsprachiger Baukasten geprüfter Fallbeispiele mit einer Möglichkeit zur fachlichen Rückfrage. Die Diözesen würden selbst entscheiden, ob und wie sie daraus lernen. Der europäische Erfolg wäre daran zu erkennen, dass örtliche Verantwortliche Entscheidungen besser vorbereiten, begründen und überprüfen können; die Zahl gleichartig entstandener Strukturen wäre dafür kein Maßstab.

Gemeinsame Bildung und Begleitung zugänglich machen

Viele benannte Blockaden betreffen neben Positionen auch Fähigkeiten. Zuhören, geistliche Unterscheidung, Teamleitung, Konfliktbearbeitung und verantwortlicher Umgang mit Macht müssten gelernt werden. Eine einzelne Diözese kann nicht jedes dieser Felder in gleicher Qualität selbst entwickeln. Hier liegt ein besonders klarer subsidiärer Auftrag für europäische Zusammenarbeit.

Zunächst wären vorhandene Angebote zu erfassen und zugänglich zu machen. Darauf aufbauend könnten gemeinsame Module entstehen, die in verschiedenen Sprachen und Kontexten eingesetzt werden können. Inhaltlich sollten theologische Orientierung, geistliche Praxis, Beteiligungsverfahren, Kommunikationsfähigkeit und Konfliktbearbeitung verbunden werden. Gemeinsame Lernräume von Bischöfen, Priestern, Ordensleuten und Laien wären dabei wichtig, ohne alle berufs- und aufgabenspezifischen Angebote aufzulösen.

Dabei sollte methodische Vielfalt ausdrücklich berücksichtigt werden. Die in einer westeuropäischen Einzelantwort angeregte Erschließung weiterer geistlicher und theologischer Gesprächstraditionen eröffnet einen konkreten europäischen Arbeitsauftrag. Ein vergleichendes Angebot könnte verständlich machen, welche Form sich für Erfahrungsaustausch, kontroverse theologische Klärung oder die Vorbereitung zeitnaher Entscheidungen eignet. Die Auswahl und Anwendung blieben bei den örtlich Verantwortlichen.

Ein europäischer Pool qualifizierter Begleitpersonen könnte bei Bedarf vermittelt werden. Seine Aufgabe wäre Beratung und Befähigung; die örtliche Leitung bliebe davon unberührt. Berufungskoaching und Begleitung von Leitungspersonen könnten als begrenzte Pilotangebote erprobt werden. Sie dürften weder notwendige Rechenschaft noch unabhängige Verfahren bei Machtmissbrauch ersetzen.

Eine vernetzte Berufungsakademie wäre erst dann sinnvoll, wenn ein entsprechender Bedarf und tragfähige Partner vorhanden sind. Zunächst wäre ein gemeinsames Angebot bestehender Einrichtungen einer neuen Institution vorzuziehen. Berufungsunterscheidung, geistliche Begleitung und die Reflexion kirchlicher Leitung könnten auf diese Weise miteinander verbunden werden, ohne vorschnell eine weitere dauerhafte Struktur zu schaffen.

Einzelne Stimmen aus Süd- und Westeuropa legen nahe, die Ausbildung und Begleitung jüngerer Priester ausdrücklich einzubeziehen. Europäisch könnte ein Austausch zwischen Ausbildungsstätten und diözesanen Verantwortlichen unterstützt werden, der gelebte Zusammenarbeit mit Laien, theologische Begründung und den Umgang mit Reformkonflikten verbindet. Zugleich verlangt eine Einzelantwort aus Osteuropa eine sorgfältige Unterscheidung zwischen stärkerer Mitverantwortung und unterschiedlichen Erwartungen an Lehrveränderungen. Ein gemeinsames Bildungsangebot sollte solche Positionen zum Gespräch befähigen, ohne eine Seite vorab als unsynodal auszuschneiden.

Solidarität organisieren und ungleiche Voraussetzungen ausgleichen

Die finanzielle und personelle Ungleichheit der Ortskirchen ist kein Nebenproblem. Wenn Beteiligung Zeit, Bildung, Sprachkenntnisse und Begleitung voraussetzt, kann ein formal gleiches Angebot ungleiche Möglichkeiten sogar verstärken. Ein europäischer Prozess müsste deshalb fragen, wer nicht teilnehmen kann und weshalb.

Unterstützungsbedarfe wären mit vorhandenen kirchlichen Hilfs- und Partnerschaftsstrukturen in Verbindung zu bringen. Mögliche Beiträge wären Übersetzungen, Teilnahnehilfen, zugängliche digitale Angebote oder zeitlich begrenzte fachliche Unterstützung.

Die Ortskirchen in Osteuropa benötigen dabei einen gesonderten Blick. Krieg, Armut und Emigration verändern, was örtlich leistbar und vorrangig ist. Hier sollten keine zusätzlichen Berichtspflichten entstehen, die knappe Kräfte binden. Verlässliche Beziehungen und Entlastung wären sinnvoller als ein an stabileren Kontexten entwickeltes Standardprogramm.

Subsidiarität bedeutet in solchen Situationen weder alleinlassen noch stellvertretend entscheiden. Die örtlichen Verantwortlichen und Betroffenen müssten den Bedarf mitbestimmen. Der europäische Beitrag besteht darin, Hilfe erreichbar zu machen und den Erfahrungsaustausch so zu gestalten, dass die unterstützten Orte nicht auf ihre Bedürftigkeit reduziert werden.

Einen europäischen Verständigungsraum für gemeinsame Herausforderungen schaffen

Manche Fragen können gerade wegen ihrer grenzüberschreitenden Bedeutung nicht ausschließlich diözesan bearbeitet werden. Dazu zählen das Verhältnis von nationaler und kirchlicher Identität, Krieg und Frieden, Migration, gesellschaftliche Polarisierung sowie die unterschiedlichen Erfahrungen mit Säkularisierung und staatlicher Macht. In Wels werden diese Fragen nicht einheitlich beantwortet. Ein europäischer Verständigungsraum müsste diesen Unterschieden Raum geben.

Dafür könnten thematisch begrenzte Gespräche stattfinden, in denen theologische Reflexion, gesellschaftliche Analyse und konkrete Erfahrung aufeinandertreffen. Junge Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung, kirchlich Distanzierte und von kirchlichen Verletzungen Betroffene sollten an der Beratung, deren Gegenstand sie sind, selbst mitwirken. Ihre Beteiligung müsste freiwillig, zugänglich und bei sensiblen Erfahrungen geschützt erfolgen.

Der in einem Tischbericht vorgeschlagene Gedanke einer europäischen ökumenischen synodalen Versammlung gehört in diesen Zusammenhang. Ebenso könnte ein Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit als mögliche Form geprüft werden. Es könnte an die Symposien der europäischen Bischöfe anknüpfen, die zwischen 1967 und 1996 stattfanden und in deren Linie auch Wels steht; in den 1980er und 1990er Jahren haben sie gesellschaftliche Grundfragen Europas im Licht des Evangeliums gedeutet. Ein solches Forum könnte alle zwei Jahre zusammenkommen, ein gesellschaftlich relevantes Thema beraten und bearbeiten und dazu Stellung nehmen. Vor einer Entscheidung über ein neues Format wären Zweck, ökumenische Partnerschaft, Verhältnis zu vorhandenen Gremien und erwarteter Nutzen für die Ortskirchen zu klären. **Ein weiteres Großereignis ohne verlässliche Weiterarbeit wäre kein ausreichendes Ergebnis.**

Ein konkreter erster Schritt könnte ein kleiner ökumenischer Arbeitsprozess zu einer gemeinsam benannten europäischen Frage sein. Er würde mit Erfahrungen vor Ort beginnen, Unterschiede auswerten und Ergebnisse zur örtlichen Beratung zurückgeben. Erst aus seinem Nutzen sollte sich ergeben, ob eine größere Versammlung oder eine dauerhafte Form sinnvoll ist.

Offene Fragen bündeln und an die zuständigen Ebenen weitergeben

Die europäischen Gespräche werden unglaublich, wenn gerade die strittigen Anliegen aus der Dokumentation verschwinden. Hilfreich wäre deshalb ein Arbeitsverzeichnis offener Fragen. Es müsste zwischen theologischer Klärung, örtlicher Handlungsmöglichkeit, nationaler Zuständigkeit und universalkirchlichem Entscheidungsbedarf unterscheiden.

Zu jeder Frage wären die unterschiedlichen Positionen, die Herkunft der Anliegen und ein nächster verantworteter Schritt festzuhalten. Das betrifft unter anderem Frauen und Ämter, Leitung und Weihe, das Verhältnis von Konsultation und Entscheidung, die Verantwortung Ehrenamtlicher und die Spannung zwischen gesellschaftlicher Offenheit und christlicher Identität. Wo keine Einigung besteht, sollte dies ausdrücklich stehen bleiben.

Die Weitergabe an europäische oder weltkirchliche Gesprächspartner wäre ein eigener Arbeitsschritt mit Rückmeldung an die Beteiligten. Es genügt nicht, Anliegen einzusammeln und dann aus dem Blick zu verlieren. Über Stand und Fortgang wäre zu informieren, ohne Entscheidungen zu versprechen, die nicht in europäischer Zuständigkeit liegen.

CCEE und Synodalität

Die Kommissionen des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen für Evangelisierung und Kultur, für Jugend, für Familie und Leben sowie für Sozialpastoral könnten die Vorschläge dieses Berichts insgesamt in ihrer Arbeit in den Blick nehmen, ohne Parallelstrukturen zu schaffen. Wie dies geschehen kann und ob darüber hinaus weitere Kommissionen angedacht werden könnten, wäre mit den Verantwortlichen zu klären.

Länder- und regionenbezogenes Monitoring als Instrument gezielter Unterstützung

Die Angaben nach Regionen und aus den Tischgesprächen erschließen für das Monitoring Orte für vertiefte Rückfragen; eine Einordnung von Ländern auf einer Skala synodaler Entwicklung ist damit nicht beabsichtigt. Die kleine und ungleich verteilte Zahl der Antworten erlaubt keine repräsentative nationale Bewertung. Ein Profil müsste deshalb immer kenntlich machen, welcher konkrete Erfahrungsraum beschrieben wird.

Persönliche Wahrnehmungen und gemeinsam formulierte Gesprächsergebnisse sind dabei weiterhin zu unterscheiden. Übereinstimmende Motive können einen Gesprächsanlass verstärken, begründen aber noch keine repräsentative Bewertung eines Landes. Erst eine aktuelle Rückfrage vor Ort kann klären, was weiterhin zutrifft und welche Unterstützung erwünscht ist.

Umsetzung, Beteiligung und Rückhalt durch Leitung

In Mittel- und Südosteuropa wäre zu klären, wie örtliche Initiativen mit diözesaner Unterstützung verbunden werden können, wo Beteiligungsorgane fehlen oder wenig wirksam sind und wie sich Gemeinden über gewachsene Gruppen hinaus öffnen. Wo Antworten von Kommunikations- und Vertrauensproblemen berichten, sollten diese zunächst mit konkreten Ansprechpersonen geklärt werden. Der europäische Beitrag könnte in passend vermittelten Lernpartnerschaften, im Zugang zu Bildungsangeboten und in einem geschützten Erfahrungsaustausch liegen, ohne aus einzelnen kritischen Antworten eine landesweite Diagnose zu machen. Die konkrete Entwicklung und Begleitung der Gremien bliebe örtliche Aufgabe, für die Erfahrungen mit gemeindenahen Lernwegen hilfreicher wären als eine von außen entworfene Organisationsreform.

In Nordeuropa stehen der Übergang von Teilnahme zu Mitverantwortung, die wahrgenommene Unterstützung durch Leitung und die Verbindung zwischen bischöflichen Impulsen, Priestern und Gemeinden im Vordergrund. Die europäische Unterstützung könnte an Bildung, Beratung und der Vermittlung vergleichbarer Erfahrungen ansetzen.

Vertrauen, erkennbare Wirkung und Verbindung zur Gemeindepraxis

Wo aus demselben Herkunftskontext sehr unterschiedliche Erfahrungen berichtet werden, sollten sie ausdrücklich nebeneinanderbleiben. Zu fragen wäre, wie nationale und diözesane Impulse vor Ort wirksam werden und wo Vertrauen oder Ressourcen fehlen. Antworten aus Westeuropa verlangen eine Unterscheidung zwischen diözesaner Initiative, ländlicher Begleitung und der Aufnahme neuer Glaubenssuchender. Ein europäischer Austausch sollte sich jeweils auf eine konkrete Frage beschränken, ohne einen gesamten nationalen Prozess zu bewerten.

In Westeuropa wären die unterschiedlichen Dynamiken innerhalb einzelner Länder und die Verbindung von Konsultation, Entscheidung und Rückmeldung zu beachten. Für Teile Westeuropas steht zudem die Frage im Vordergrund, wie vorhandene Mitspracherechte mit geistlicher Mitverantwortung und einer glaubwürdigen Weiterentwicklung von Leitung verbunden werden. Europa könnte hierzu Modelle und Gesprächspartner vermitteln; die Prüfung und Veränderung der jeweiligen Praxis blieben örtlich beziehungsweise national zu verantworten.

Wechselseitiges Lernen aus konkreten Erprobungen

Westeuropa sowie Mittel- und Südosteuropa bieten Anknüpfungspunkte für den Austausch über Bildungsangebote, Synodalteams, Beratungswege und örtliche Prozesse. Zugleich enthält jeder dieser Kontexte Berichte über Widerstände oder Überlastung. Sie kommen daher mit ihren Erfolgen wie mit ihren Schwierigkeiten als Partner in einem wechselseitigen Lernen in Betracht.

In Mittel- und Südosteuropa wären konkrete diözesane Erfahrungen von anderen Kontexten desselben Landes zu unterscheiden, in Westeuropa wäre die Verbindung überörtlicher Strukturen mit pfarrlicher Wirkung zu betrachten. Zugleich könnten in Westeuropa zugängliche Materialien, in Mittel- und Südosteuropa Bildungsangebote, Synodalteams und ausdrücklich genannte diözesane Prozesse erschlossen werden. Entscheidend wäre jeweils, die Bedingungen einer Erprobung zu verstehen, statt allein ihr sichtbares Ergebnis zu übernehmen.

Aus den Tischgesprächen kommen westeuropäische Erfahrungen mit Frauen in Verantwortung, vernetzten Räten und finanziellen Voraussetzungen. Eine Antwort auf den Fragebogen wünscht zudem ein europäisches Synodalitätsnetzwerk und betont die Bedeutung einer gemeinsam handlungsfähigen diözesanen Leitung. Zu prüfen wäre, welche Elemente unter anderen personellen und finanziellen Bedingungen übertragbar sind.

Besondere Lebensbedingungen und einzelne Stimmen

Für Nordeuropa wären darüber hinaus priesterliche Beteiligung, Jugend und mehrsprachige Gemeinschaftsbildung, für Südeuropa die Umsetzung gemeinsamer pastoraler Vorhaben und die Einbindung neuer Generationen und für Teile Mittel- und Südosteuropas die Bildung zu geteilter Verantwortung zu vertiefen. Da es sich hier um einzelne Stimmen innerhalb dieser Regionen handelt, genügt zunächst ein klärendes Gespräch. Ein dichtes europäisches Erhebungsprogramm wäre weder sachgerecht noch subsidiär.

In Südeuropa bieten die berichteten verbindlichen Beteiligungsstrukturen und die Fragen der Priesterbildung konkrete Ansatzpunkte für ein vertieftes Gespräch. Erfahrungen aus Nordeuropa mit synodaler Pastoralplanung eröffnen insbesondere einen Austausch über die Verbindung von Beteiligung mit Finanz-, Personal- und Immobilienfragen. Dabei sind die unterschiedlichen kirchlichen Zuständigkeiten zu beachten. In Osteuropa wäre zunächst mit den örtlich Verantwortlichen zu klären, wie Mitverantwortung unter den jeweiligen Bedingungen gestärkt werden kann und welche Unterstützung dafür tatsächlich gebraucht wird.

Die europäische Zusammenarbeit institutionell und regional breit verankern

Der europäische Unterstützungsverbund sollte über jene Kontexte hinausreichen, aus denen bereits ausführliche Rückmeldungen vorliegen. Auch Erfahrungen aus Albanien, Bulgarien und Polen gehören in die gemeinsame Verständigung. Unterschiedlich dichte Rückmeldungen sollten nicht mit unterschiedlicher Bedeutung für den europäischen Weg gleichgesetzt werden.

Die Nordische Bischofskonferenz und die Internationale Bischofskonferenz der Hll. Kyrill und Method sollten als eigene übernationale Gesprächszusammenhänge berücksichtigt werden. Die ostkirchlichen Erfahrungen der Ukraine, Ungarns und Zyperns sollten nicht in einer ausschließlich lateinisch-nationalen Gliederung verschwinden. Ebenso sind die unterschiedlichen kirchlichen Zuständigkeiten in England und Wales sowie Schottland zu beachten.

Die Verbindungen bedürfen einer institutionellen Rückbindung. Sie sollten zugleich offen genug bleiben, um neue Erfahrungen und unterschiedliche Verantwortungsbereiche aufzunehmen. Ein arbeitsfähiger europäischer Kreis braucht weder eine unbegrenzte Zahl von Mitgliedern noch eine ausschließlich nationale Repräsentationslogik. Entscheidend wären verlässliche Ansprechpartner, klare Aufgaben und die Rückbindung an die kirchliche Praxis.

Wie das Monitoring praktisch und ohne zusätzliche Kontrollbürokratie geführt werden kann

Ein kurzes internes Profil pro begleitetem Kontext sollte ausreichen. Es sollte den konkreten Ort, die vereinbarte Kontaktperson, den getrennten Ausgangsbefund aus Fragebogen und Tischberichten, die aktuelle örtliche Rückmeldung und den nächsten selbst verantworteten Schritt enthalten. Hinzu käme eine klare Angabe, welche europäische Unterstützung benötigt und vereinbart wird. Neue Informationen würden datiert ergänzt, sodass frühere Erfahrungen erkennbar bleiben.

Die leitenden Fragen wären, ob zusätzliche Menschen wirksam beteiligt sind, ob gemeinsame Beratung eine Entscheidung verändert hat und ob die Verantwortlichen ihre Aufgaben besser erfüllen können. Ebenso wichtig ist, welche Hindernisse fortbestehen und welche Unterstützung wirkungslos war. **Im Mittelpunkt sollte die Veränderung konkreter Handlungsmöglichkeiten stehen; die Anzahl von Sitzungen ist demgegenüber nachrangig.**

Ein halbjährliches Reflexionsgespräch könnte als freiwillig vereinbarter Arbeitsrhythmus dienen. In stark belasteten Kontexten wären Umfang und Zeitpunkt an die örtlichen Möglichkeiten anzupassen. Vorhandene Dokumentation sollte genutzt werden, um keine parallelen Berichtspflichten zu schaffen. Die Teilnahme am Unterstützungsverbund wäre nicht mit einer Befugnis zur kirchlichen Aufsicht gleichzusetzen.

Subsidiarität sollte allerdings nicht bedeuten, kritische Stimmen ausschließlich durch amtliche Rückmeldungen zu ersetzen. Wo Einzelantworten von Ausschluss oder blockierten Informationswegen berichten, sind mehrere Erfahrungsperspektiven wichtig. Vertrauliche Gespräche müssen geschützt bleiben. Bei Hinweisen auf Missbrauch oder Gefährdung ersetzt ein Lernmonitoring keine zuständigen Schutz-, Beschwerde- oder Aufarbeitungsverfahren.

Prioritäten und realistische Reihenfolge

Die europäische Agenda sollte nicht mit möglichst vielen neuen Projekten beginnen. Die europäische Weiterarbeit folgt den Phasen der Umsetzung der Weltsynode, dem Sammeln in den Diözesen, dem Deuten in den Bischofskonferenzen, dem Orientieren auf europäischer Ebene und dem Feiern in der Ekklesialen Versammlung 2028 in Rom.

Drei Ergebnisse sollten dabei Vorrang haben. Ein funktionsfähiger Lern- und Unterstützungsverbund schafft die Beziehungen; er knüpft an die Erhebung der synodalen Entwicklungen in Europa und an das Dossier der nationalen Synodalteams an. Ein erster Satz geprüfter Fallbeispiele zu Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft beantwortet einen konkreten praktischen Bedarf. Ein theologischer Arbeitsstrang zu Taufberufung und Verantwortung nimmt den ausdrücklichen europäischen Vorschlag aus Wels auf und bearbeitet

zugleich dessen offene Fragen. Ergänzend wäre ein Leitfaden für die Arbeit mit Minderheiten- und Diasporakirchen hilfreich, für die sich die Frage stellt, was Synodalität bedeutet, wo weder Geld noch Personal vorhanden sind.

Eine mögliche europäische ökumenische Versammlung, ein Taufkongress oder eine dauerhafte Berufungsakademie sollten erst nach Klärung ihres zusätzlichen Nutzens weiterentwickelt werden. Bereits geplante europäische Treffen könnten für die gemeinsame Reflexion genutzt werden, statt zusätzliche Veranstaltungen allein um der Sichtbarkeit willen zu schaffen.

Auf dem Weg zur Ekklesialen Versammlung 2028

Die Ergebnisse aus Wels gehen in den Weg zur Ekklesialen Versammlung 2028 ein. Auf diesem Weg werden die Erfahrungen der Diözesen in den Bischofskonferenzen gedeutet und auf europäischer Ebene gebündelt; das Generalsekretariat der Synode sieht dafür in den ersten vier Monaten des Jahres 2028 Kontinentalversammlungen vor, in Europa wie auf allen anderen Kontinenten. Für Europa stellt sich damit die Frage, welche Themen es als Kontinent einbringt und welche Entscheidungen auf dieser Ebene möglich sein könnten. Die Antwort darauf wird aus den Berichten der Diözesen und Bischofskonferenzen hervorgehen; Wels kann sie nicht vorwegnehmen.

Was sich in Wels abzeichnet

Fragebogen und Tischgespräche lassen gleichwohl Richtungen erkennen, die über einzelne Länder hinausreichen und an denen sich die weitere Unterscheidung orientieren könnte. Die erste ist die Taufe als Grundlage gemeinsamer Verantwortung, einschließlich der offenen Frage, wie sie sich zu Gottes Heilshandeln an allen Menschen verhält. Die zweite ist der Weg vom Hören zur Entscheidung, also Verbindlichkeit, Rückmeldung und Rechenschaft. Die dritte ist die Stellung von Frauen in Verantwortung und Leitung, mit der Unterscheidung von Leitung und Weihe und mit dem offen benannten Dissens zur Ordinationsfrage. Die vierte ist Synodalität unter Bedingungen von Krieg, Armut, Emigration und Minderheitensituation. Die fünfte ist die Gemeinschaft von Ost und West, die ökumenische Verbundenheit und die Vielfalt der Riten. Die sechste ist die Sendung in einem säkularen und polarisierten Europa, mit den Fragen nach Initiation, jungen Menschen und digitalen Lebensräumen.

Was auf europäischer Ebene zu beraten wäre

Manche Schritte könnten auf europäischer Ebene beraten werden. Hilfreich, damit Beteiligung Folgen hat, wären verlässliche Verbindungen zwischen Ortskirchen mit verwandten Fragen, geprüfte Fallbeispiele zu Beteiligung, Entscheidung und Rechenschaft, auch nicht gelungene, und die Wahrnehmung ungleicher Zugangsmöglichkeiten zu Übersetzung, Teilnahme und Bildung. Möglich nach weiterer Klärung wäre erstens ein Europäisches Kirchenforum für die Deutung der Zeichen der Zeit, wie es in der Abschlussrede vorgeschlagen wurde; seine ökumenische Dimension wäre mit den Partnern zu klären. Zweitens kämen begrenzte europäische Angebote zur Begleitung von Leitung und zum Berufungskoaching in Betracht; eine Berufungsakademie erst, wenn Bedarf und tragfähige Partner geklärt sind.

Was in weltkirchlicher Zuständigkeit liegt

Andere in Wels genannte Fragen kann Europa nicht selbst entscheiden. Dazu gehören Fragen nach Weiheämtern und nach universalkirchlichen Normen, das verbindliche Verhältnis von Amt und Mitentscheidung sowie die Rolle der Frauen einschließlich der Ordinationsfrage. Hinzu kommen der Frauendiakonat und die Zölibatsfrage; auch zu ihnen gehen die Positionen auseinander. Ob und wie diese Anliegen in die Ekklesiale Versammlung eingehen, wird sich auf dem weiteren Weg zeigen. Hilfreich wäre, dass sie dann mit den in Europa vertretenen Positionen, auch den gegensätzlichen, benannt werden.

Gemeinsame Entscheidungen über die europäische Weiterarbeit

Eine begrenzte erste Arbeitsphase

Die europäische Weiterarbeit sollte die verfügbaren Kräfte nicht überfordern und offen genug bleiben, um aus den Erfahrungen der Ortskirchen zu lernen. Es wäre wenig hilfreich, von Beginn an eine große Zahl gleichrangiger Projekte zu beschließen. Sinnvoller erscheint es, Beziehungen aufzubauen, zwei oder drei gemeinsame Vorhaben zu erproben und deren Nutzen zu prüfen.

Die Beteiligung unterschiedlicher Regionen, kirchlicher Traditionen und Verantwortungsbereiche gehört dabei zur Qualität des Auftrags. Sie ist nicht durch eine möglichst große Zahl von Mitgliedern allein zu erreichen. Wichtig sind verlässliche Rückbindungen, zugängliche Kommunikationswege und die Möglichkeit, auch außerhalb eines kleinen Arbeitskreises Erfahrungen einzubringen.

Ergebnisse, die vor Ort verwendet werden können

Die ersten Ergebnisse sollten einen erkennbaren praktischen Wert haben. Ein Lernverbund müsste tatsächlich Kontakte vermitteln können. Ein theologisches Dossier müsste eine strittige Frage verständlicher machen. Ein Modell gemeinsamer Beratung müsste zeigen, unter welchen Bedingungen es funktioniert und welche Schwierigkeiten aufgetreten sind. Ein Bildungsangebot müsste für Menschen zugänglich sein, die es ohne gemeinsame Unterstützung nicht nutzen könnten.

Dabei sollten auch Grenzen und nicht gelungene Versuche dokumentiert werden. Eine Sammlung ausschließlich gelungener Beispiele kann Erwartungen erzeugen, die der Komplexität örtlicher Prozesse nicht entsprechen. Für das Lernen ist es ebenso wichtig zu verstehen, weshalb ein Vorhaben keine Wirkung entfaltet hat, welche Voraussetzungen fehlten oder an welcher Stelle eine Anpassung nötig wurde.

Die Diözesen und Gemeinden müssten an der Bewertung dieser Ergebnisse beteiligt sein. Der Nutzen eines europäischen Angebots lässt sich nicht allein aus der Perspektive seiner Entwicklung beurteilen. Entscheidend wäre, ob es unter anderen Bedingungen aufgenommen werden kann und ob es den örtlich Verantwortlichen hilft, ihre eigene Aufgabe besser zu erfüllen.

Eine Kultur der Rückmeldung

Die europäische Arbeit sollte selbst jene Verbindlichkeit praktizieren, die sie fördern möchte. Wer Erfahrungen, Zeit oder fachliche Arbeit einbringt, müsste erkennen können, was damit geschieht. Übernommene Aufgaben brauchen eine verlässliche Rückmeldung; nicht weiterverfolgte Anliegen eine nachvollziehbare Erklärung. Eine begrenzte Arbeitsstruktur kann gerade darin glaubwürdig sein, dass sie ihre Möglichkeiten und Grenzen offenlegt.

Dies gilt auch für die Weitergabe strittiger Fragen. Die europäische Ebene kann nicht jede Frage lösen, aber sie kann verhindern helfen, dass Anliegen zwischen den Ebenen verlorengehen. Ein nachvollziehbarer Weg von der örtlichen Erfahrung über gemeinsame Klärung bis zur zuständigen Gesprächsebene würde die Verbindung zwischen synodaler Beteiligung und kirchlicher Verantwortung stärken.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Eine Kirche, die Verantwortung gemeinsam trägt

KERNSÄTZE

Der stärkste gemeinsame Auftrag liegt im Übergang von der Zustimmung zur Synodalität zu einer verlässlichen Praxis.



Die Erfahrungen aus Wels zeigen eine Kirche, die weder ohne Weiteres als erneuert noch als unbeweglich beschrieben werden kann. Es gibt tragfähige Anfänge, konkrete Erfahrungen geteilter Verantwortung und eine erkennbare Bereitschaft, voneinander zu lernen. Daneben stehen erhebliche Blockaden, verletztes Vertrauen und unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Veränderungen notwendig und möglich sind. Eine verantwortliche Weiterarbeit muss beides wahrnehmen.

Der stärkste gemeinsame Auftrag liegt im Übergang von der Zustimmung zur Synodalität zu einer verlässlichen Praxis. Menschen, die eingeladen werden, ihre Erfahrungen zu erzählen, sollen auch erkennen können, wie diese Erfahrungen das kirchliche Handeln mitprägen. Leitung soll über die Rede von Beteiligung hinaus die Bedingungen schaffen, unter denen gemeinsame Verantwortung wahrgenommen werden kann. Bildung soll die Vermittlung von Begriffen mit wirklichen Aufgaben und Lernmöglichkeiten verbinden.

Die besondere Verantwortung des bischöflichen Amtes bleibt dabei bestehen; gefragt wird nach ihrer Ausübung in einer Kirche, in der unterschiedliche Gaben und Berufungen zum gemeinsamen Leben gehören. Die Verantwortung für Einheit verlangt, Verschiedenheit wahrzunehmen, geistliche Unterscheidung zu ermöglichen und dort Orientierung zu geben, wo gemeinsame Wege gesucht werden müssen; dass jede Entscheidung allein vorbereitet wird, folgt aus ihr nicht.

Die europäische Ebene kann dazu einen eigenen Beitrag leisten. Sie verbindet Erfahrungen über nationale Grenzen hinweg, ermöglicht gemeinsame theologische Arbeit und kann Unterstützung dort zugänglich machen, wo sie örtlich fehlt. Sie soll nicht an die Stelle der Diözesen treten. Ihr Auftrag ist es, deren Handlungsfähigkeit zu stärken und jene Aufgaben aufzunehmen, die nur gemeinsam angemessen bearbeitet werden können.

Dabei bleiben die Wunden Europas und die Verletzungen innerhalb der Kirche ein Prüfstein. Eine synodale Erneuerung, die Menschen in Krieg, Armut, Einsamkeit und Ausgrenzung nicht näherkommt, würde hinter ihrem eigenen Anspruch zurückbleiben. Dasselbe gilt, wenn die Sprache gemeinsamer Würde nicht zu einem veränderten Umgang mit Macht, Verantwortung und Anerkennung führt.

Der weitere Weg wird unterschiedliche Geschwindigkeiten und Formen haben. Nicht jede Ortskirche muss dasselbe Vorhaben beginnen, und nicht jede offene Frage kann sofort entschieden werden. Verbindlich werden sollte jedoch die Bereitschaft, einander zu hören, Erfahrungen zu teilen, Verantwortung zu klären und begonnene Schritte gemeinsam zu prüfen. Darin kann eine Einheit wachsen, die Vielfalt als Gabe und Aufgabe annimmt.

Wels hat für diesen Weg einen Raum eröffnet. Seine Weiterführung wird sich in erster Linie daran zeigen, ob Beziehungen tragfähiger werden, ob Hören Folgen hat und ob Menschen ihre kirchliche Verantwortung mit größerer Freiheit und größerem Vertrauen wahrnehmen können; ob weitere Veranstaltungen stattfinden, ist dafür nicht das erste Kriterium. Eine solche Entwicklung bleibt auf das Wirken des Geistes angewiesen. Sie fordert dennoch zu eigenem Handeln heraus, das hörend, verantwortlich und offen für die Gaben der anderen bleibt.

Synodalität in Europa. Erfahrungen aus Wels, kirchliche Blockaden und Perspektiven gemeinsamer Verantwortung. Bericht zum Online-Fragebogen der Task Force und zu den Tischgesprächen beim Symposium „Shaping Synodality in Europe – From Vision to Roadmap“, Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels, 14. bis 17. September 2026. Oktober 2026.

Herausgeberin: Katholische Privat-Universität Linz, Abteilung für Synodalität, synod@ku-linz.at. Verantwortlich für die Erstellung: Univ.-Prof. Dr. Klára-Antonia Csiszár. Geprüft durch die Europäische Synodale Task Force des CCEE, der neben der Verfasserin Prof. Christoph Theobald SJ, Diakon Geert De Cubber, Sr. Anna Mirijam Kaschner CPS und Helena Jeppesen-Spuhler angehören; die Koordination liegt bei Kardinal Ladislav Németh SVD. Der Bericht ist keine Stellungnahme des CCEE.

Der Bericht erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch. Der Fragebogen ist keine repräsentative Erhebung; Antworten werden nur nach Regionen zugeordnet, Tischberichte ohne Namen wiedergegeben. Vorschläge sind weder Beschlüsse des Symposiums noch zugesagte Leistungen bestehender Institutionen.

Bei der Sichtung der Materialmenge, bei Zusammenfassung und Gestaltung sowie bei der Übersetzung ins Englische, Französische und Italienische wurde KI unterstützend eingesetzt.



SHAPING SYNODALITY IN EUROPE

From Vision to Roadmap

Internationales Symposium · Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels · 14.–17. September 2026

Katholische Privat-Universität Linz · Abteilung für Synodalität
synod@ku-linz.at



DER VOLLSTÄNDIGE BERICHT

online in vier Sprachen



Facebook



Instagram

Institut für Pastoraltheologie
der KU Linz